Bundesgesetzblatt®213

Teil I G 5702

| 2004 | Ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2004 | Nr. 66 |
|-----------|--|--------|
| Tag | Inhalt | Seite |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts | 3214 |
| 9.12.2004 | Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügengesetz) FNA: 310-4, 312-2, 451-1, 315-1, 315-11, 315-18, 320-1, 340-1, 330-1, 350-1, 360-7, 361-1, 362-2, 363-1, 360-3, 367-3, 368-3, 454-1, 52-5, 703-5, 362-2, 860-12/1, 362-2 GESTA: C109 | 3220 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 100g, 100h StPO | 3231 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und anderer Vorschriften des gewerblichen Rechtsschutzes FNA: 420-1, 423-5-2, 424-4-9, 442-5 GESTA: C098 | 3232 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA-Errichtungsgesetz) FNA: neu: 643-1; 2032-1, 600-1, 105-7, 188-40, 2032-1-31-1, 2032-1-27, 2032-1-28 GESTA: D052 | 3235 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (RVOrgG) | 3242 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen | 3299 |
| 9.12.2004 | Siebentes Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (7. SGGÄndG) | 3302 |
| 9.12.2004 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozial- gesetzbuch | 3305 |
| 8.12.2004 | Zehnte Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung | 3307 |
| 9.12.2004 | Bekanntmachung der Umrechnungsfaktoren für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung | 3308 |

Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Arzneimittelgesetzes

§ 90 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1998 (BGBI. I S. 3586), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBI. I S. 2031) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 2

Änderung des Lebensmittelspezialitätengesetzes

§ 3 Abs. 4 des Lebensmittelspezialitätengesetzes vom 29. Oktober 1993 (BGBI. I S. 1814), das zuletzt durch § 20 Abs. 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBI. I S. 1414) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes

In § 24 Abs. 2 Satz 3 des Bundes-Bodenschutzgesetzes vom 17. März 1998 (BGBI. I S. 502), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 9. September 2001 (BGBI. I S. 2331) geändert worden ist, wird der Punkt am Satzende durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz eingefügt:

"die §§ 438, 548 und 606 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind nicht anzuwenden."

Artikel 4

Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung

Die Bundesrechtsanwaltsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 18 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- 1. § 51b wird aufgehoben.
- 2. In § 59m Abs. 2 wird die Angabe "§§ 51b, 52 Abs. 2" durch die Angabe "§ 52 Abs. 2" ersetzt.

Artikel 5

Änderung der Insolvenzordnung

Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBI. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. April 2004 (BGBI. I S. 502), wird wie folgt geändert:

- 1. § 26 Abs. 3 Satz 3 wird aufgehoben.
- 2. § 62 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Schadens, der aus einer Pflichtverletzung des Insolvenzverwalters entstanden ist, richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch."

- 3. § 146 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Die Verjährung des Anfechtungsanspruchs richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch."
- 4. § 147 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung "(1)" wird gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 6

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche

Dem Artikel 229 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBI. I S. 2494, 1997 I S. 1061), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3102) geändert worden ist, wird folgender § 12 angefügt:

"§ 12

Überleitungsvorschrift zum

Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts

- (1) Auf die Verjährungsfristen gemäß den durch das Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3214) geänderten Vorschriften
- 1. im Arzneimittelgesetz,
- 2. im Lebensmittelspezialitätengesetz,
- 3. in der Bundesrechtsanwaltsordnung,
- 4. in der Insolvenzordnung,
- 5. im Bürgerlichen Gesetzbuch,
- 6. im Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung,

- 7. im Handelsgesetzbuch,
- 8. im Umwandlungsgesetz,
- 9. im Aktiengesetz,
- im Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,
- 11. im Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,
- 12. in der Patentanwaltsordnung,
- 13. im Steuerberatungsgesetz,
- 14. in der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden,
- 15. in der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden,
- in der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser,
- in der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme,
- 18. im Rindfleischetikettierungsgesetz,
- 19. in der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung und
- in der Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie für den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen

ist § 6 entsprechend anzuwenden, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. An die Stelle des 1. Januar 2002 tritt der 15. Dezember 2004, an die Stelle des 31. Dezember 2001 der 14. Dezember 2004.

(2) Noch nicht verjährte Ansprüche, deren Verjährung sich nach Maßgabe des bis zum 14. Dezember 2004 geltenden Rechts nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt hat und für die durch das Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts längere Verjährungsfristen bestimmt werden, verjähren nach den durch dieses Gesetz eingeführten Vorschriften. Der Zeitraum, der vor dem 15. Dezember 2004 abgelaufen ist, wird in die Verjährungsfrist eingerechnet."

Artikel 7

Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs

Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBI. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3102), wird wie folgt geändert:

- 1. § 197 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 4 wird das Wort "und" durch ein Komma ersetzt.
 - b) In Nummer 5 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und das Wort "und" angefügt.
 - Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 angefügt:
 - "6. Ansprüche auf Erstattung der Kosten der Zwangsvollstreckung."
- In § 201 Satz 1 wird die Ziffer "5" durch die Ziffer "6" ersetzt.
- 3. § 1996 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) War der Erbe ohne sein Verschulden verhindert, das Inventar rechtzeitig zu errichten, die nach den Umständen gerechtfertigte Verlängerung der Inventarfrist zu beantragen oder die in Absatz 2 bestimmte Frist von zwei Wochen einzuhalten, so hat ihm auf seinen Antrag das Nachlassgericht eine neue Inventarfrist zu bestimmen."
- 4. § 1997 wird wie folgt gefasst:

"§ 1997 Hemmung des Fristablaufs

Auf den Lauf der Inventarfrist und der im § 1996 Abs. 2 bestimmten Frist von zwei Wochen finden die für die Verjährung geltenden Vorschriften des § 210 entsprechende Anwendung."

Artikel 8

Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung

§ 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung vom 4. November 1971 (BGBI. I S. 1745, 1747), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 13. September 2001 (BGBI. I S. 2376) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 9

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166), wird wie folgt geändert:

- 1. § 61 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Die Ansprüche verjähren in drei Monaten von dem Zeitpunkt an, in welchem der Prinzipal Kenntnis von dem Abschluss des Geschäfts erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste; sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von dem Abschluss des Geschäfts an."
- 2. § 88 wird aufgehoben.

- 3. § 113 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Die Ansprüche verjähren in drei Monaten von dem Zeitpunkt an, in welchem die übrigen Gesellschafter von dem Abschluss des Geschäfts oder von der Teilnahme des Gesellschafters an der anderen Gesellschaft Kenntnis erlangen oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müssten; sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von ihrer Entstehung an."
- 4. § 902 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung "(1)" wird gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- 5. In § 903 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe "Abs. 1" gestrichen
- 6. § 905 wird aufgehoben.

Artikel 10

Änderung des Umwandlungsgesetzes

§ 93 Abs. 4 des Umwandlungsgesetzes vom 28. Oktober 1994 (BGBI. I S. 3210, 1995 I S. 428), das zuletzt durch Artikel 8 Abs. 10 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166) geändert worden ist, wird aufgehoben

Artikel 11

Änderung des Aktiengesetzes

Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBI. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 51 Satz 1 wird die Angabe "den §§ 46 bis 49" durch die Angabe "den §§ 46 bis 48" ersetzt.
- 2. Dem § 54 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Der Anspruch der Gesellschaft auf Leistung der Einlagen verjährt in zehn Jahren von seiner Entstehung an. Wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet, so tritt die Verjährung nicht vor Ablauf von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Eröffnung ein."
- 3. § 62 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Die Ansprüche nach diesen Vorschriften verjähren in zehn Jahren seit dem Empfang der Leistung. § 54 Abs. 4 Satz 2 findet entsprechende Anwendung."
- 4. § 88 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Die Ansprüche der Gesellschaft verjähren in drei Monaten seit dem Zeitpunkt, in dem die übrigen Vorstandsmitglieder und die Aufsichtsratsmitglieder von der zum Schadensersatz verpflichtenden Handlung Kenntnis erlangen oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müssten. Sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von ihrer Entstehung an."

- 5. § 284 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Die Ansprüche der Gesellschaft verjähren in drei Monaten seit dem Zeitpunkt, in dem die übrigen persönlich haftenden Gesellschafter und die Aufsichtsratsmitglieder von der zum Schadensersatz verpflichtenden Handlung Kenntnis erlangen oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müssten. Sie verjähren ohne Rücksicht auf diese Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von ihrer Entstehung an."
- 6. Dem § 302 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Die Ansprüche aus diesen Vorschriften verjähren in zehn Jahren seit dem Tag, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrags in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs als bekannt gemacht gilt."
- 7. § 327 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:
 - "(4) Endet die Eingliederung, so haftet die frühere Hauptgesellschaft für die bis dahin begründeten Verbindlichkeiten der bisher eingegliederten Gesellschaft, wenn sie vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Ende der Eingliederung fällig und daraus Ansprüche gegen die frühere Hauptgesellschaft in einer in § 197 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art festgestellt sind oder eine gerichtliche oder behördliche Vollstreckungshandlung vorgenommen oder beantragt wird; bei öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten genügt der Erlass eines Verwaltungsakts. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Eintragung des Endes der Eingliederung in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs als bekannt gemacht gilt. Die für die Verjährung geltenden §§ 204, 206, 210, 211 und 212 Abs. 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind entsprechend anzuwenden. Einer Feststellung in einer in § 197 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art bedarf es nicht, soweit die frühere Hauptgesellschaft den Anspruch schriftlich anerkannt hat."

Artikel 12

Änderung des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz

Nach § 26d des Einführungsgesetzes zum Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBI. I S. 1185), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166) geändert worden ist, wird folgender § 26e eingefügt:

> "§ 26e Übergangsregelung zum Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts

§ 327 Abs. 4 des Aktiengesetzes in der ab dem 15. Dezember 2004 geltenden Fassung ist auf vor diesem Datum entstandene Verbindlichkeiten anzuwenden, wenn

- die Eintragung des Endes der Eingliederung in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs nach diesem Datum als bekannt gemacht gilt und
- die Verbindlichkeiten nicht später als vier Jahre nach dem Tag, an dem die Eintragung des Endes der Eingliederung in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs als bekannt gemacht gilt, fällig werden.

Auf später fällig werdende Verbindlichkeiten im Sinne des Satzes 1 ist das bisher geltende Recht mit der Maßgabe anwendbar, dass die Verjährungsfrist ein Jahr beträgt."

Artikel 13

Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166), wird wie folgt geändert:

- In § 9 Abs. 2 wird das Wort "fünf" durch das Wort "zehn" ersetzt.
- 2. Dem § 19 wird folgender Absatz 6 angefügt:
 - "(6) Der Anspruch der Gesellschaft auf Leistung der Einlagen verjährt in zehn Jahren von seiner Entstehung an. Wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft eröffnet, so tritt die Verjährung nicht vor Ablauf von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Eröffnung ein."
- 3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
 - "(5) Die Ansprüche der Gesellschaft verjähren in den Fällen des Absatzes 1 in zehn Jahren sowie in den Fällen des Absatzes 3 in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Tages, an welchem die Zahlung, deren Erstattung beansprucht wird, geleistet ist. In den Fällen des Absatzes 1 findet § 19 Abs. 6 Satz 2 entsprechende Anwendung."
 - b) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:
 - "Die Bestimmungen in § 43 Abs. 1 und 4 finden entsprechende Anwendung."
- 4. § 55 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

"(4) Die Bestimmungen in § 5 Abs. 1 und 3 über den Betrag der Stammeinlagen, die Bestimmung in § 5 Abs. 2 über die Unzulässigkeit der Übernahme mehrerer Stammeinlagen sowie die Bestimmungen in § 19 Abs. 6 über die Verjährung finden auch hinsichtlich der auf das erhöhte Kapital zu leistenden Stammeinlagen Anwendung."

Artikel 14

Änderung des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

Das Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBI. I S. 2202), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166), wird wie folgt geändert:

- 1. Dem § 22 wird folgender Absatz 6 angefügt:
 - "(6) Der Anspruch der Genossenschaft auf Leistung von Einzahlungen auf den Geschäftsanteil verjährt in zehn Jahren von seiner Entstehung an. Wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Genossenschaft eröffnet, so tritt die Verjährung nicht vor Ablauf von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Eröffnung ein."
- 2. § 62 Abs. 6 wird aufgehoben.
- 3. § 74 wird aufgehoben.
- 4. In § 77 Abs. 4 wird die Angabe "die §§ 73 bis 75" durch die Angabe "die §§ 73 und 75" ersetzt.
- 5. § 118 Abs. 4 Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 15

Änderung der Patentanwaltsordnung

Die Patentsanwaltsordnung vom 7. September 1966 (BGBI. I S. 557), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 48 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- 1. § 45b wird aufgehoben.
- In § 52m Abs. 2 wird die Angabe "§§ 45b, 49 und 50 bis 52" durch die Angabe "§§ 49 und 50 bis 52" ersetzt.

Artikel 16

Änderung des Steuerberatungsgesetzes

Das Steuerberatungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBI. I S. 2735), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Juli 2004 (BGBI. I S. 1427), wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 68 wie folgt gefasst:
 - "(weggefallen) § 68".
- 2. § 68 wird aufgehoben.

Artikel 17

Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden

§ 7 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden vom 21. Juni 1979 (BGBI. I S. 684), die zuletzt durch Artikel 1 Abs. 1 Nr. 11 der Verordnung vom 5. April 2002 (BGBI. I S. 1250) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 18

Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden

§ 7 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Gasversorgung von Tarifkunden vom 21. Juni 1979 (BGBI. I S. 676), die zuletzt durch Artikel 1 Abs. 1 Nr. 12 der Verordnung vom 5. April 2002 (BGBI. I S. 1250) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 19

Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser

§ 7 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser vom 20. Juni 1980 (BGBI. I S. 750, 1067), die zuletzt durch Artikel 1 Abs. 1 Nr. 13 der Verordnung vom 5. April 2002 (BGBI. I S. 1250) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 20

Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme

§ 7 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme vom 20. Juni 1980 (BGBI. I S. 742), die zuletzt durch Artikel 1 Abs. 1 Nr. 14 der Verordnung vom 5. April 2002 (BGBI. I S. 1250) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 21

Änderung des Rindfleischetikettierungsgesetzes

§ 9 Abs. 4 des Rindfleischetikettierungsgesetzes vom 26. Februar 1998 (BGBI. I S. 380), das zuletzt durch § 20 Abs. 7 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBI. I S. 1414) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 22

Änderung der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung

§ 8 der Telekommunikations-Kundenschutzverordnung vom 11. Dezember 1997 (BGBI. I S. 2910), die zuletzt durch § 152 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBI. I S. 1190) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

"§ 8 Verjährung

Die Verjährung der Ansprüche der Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit und ihrer Kunden richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch."

Artikel 23

Änderung der Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie für den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen

§ 15 der Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie für den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 27. Februar 1970 (BGBI. I S. 230), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. Oktober 2002 (BGBI. I S. 4046) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 24

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf den Artikeln 17 bis 20, 22 und 23 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 25 Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries

Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügengesetz)

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Zivilprozessordnung

Die Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

- 0a. In § 81 werden nach den Wörtern "eine Wiederaufnahme des Verfahrens" ein Komma und die Angabe "eine Rüge nach § 321a" eingefügt.
- 0b. In § 172 Abs. 1 Satz 2 werden nach den Wörtern "einer Wiederaufnahme des Verfahrens" ein Komma und die Angabe "einer Rüge nach § 321a" eingefügt.
- 0c. In § 310 Abs. 3 Satz 1 wird die Angabe "§ 307 Abs. 2, § 331 Abs. 3" durch die Angabe "§§ 307, 331 Abs. 3" ersetzt.
- 1. § 321a wird wie folgt gefasst:

"§ 321a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge der durch die Entscheidung beschwerten Partei ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieser Partei auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) Die Rüge ist innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

- (3) Dem Gegner ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. § 343 gilt entsprechend. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können."
- 2. Nach § 544 Abs. 6 wird folgender Absatz 7 angefügt:
 - "(7) Hat das Berufungsgericht den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, so kann das Revisionsgericht abweichend von Absatz 6 in dem der Beschwerde stattgebenden Beschluss das angefochtene Urteil aufheben und den Rechtsstreit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverweisen."
- 3. § 705 wird wie folgt gefasst:

"§ 705

Formelle Rechtskraft

Die Rechtskraft der Urteile tritt vor Ablauf der für die Einlegung des zulässigen Rechtsmittels oder des zulässigen Einspruchs bestimmten Frist nicht ein. Der Eintritt der Rechtskraft wird durch rechtzeitige Einlegung des Rechtsmittels oder des Einspruchs gehemmt."

In § 707 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort "beantragt" die Wörter "oder die Rüge nach § 321a erhoben" eingefügt.

Artikel 2 Änderung der Strafprozessordnung

Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBI. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. September 2004 (BGBI. I S. 2318), wird wie folgt geändert:

1. § 33a wird wie folgt gefasst:

"§ 33a

Hat das Gericht in einem Beschluss den Anspruch eines Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt und steht ihm gegen den Beschluss keine Beschwerde und kein anderer Rechtsbehelf zu, versetzt es, sofern der Beteiligte dadurch noch beschwert ist, von Amts wegen oder auf Antrag insoweit das Verfahren durch Beschluss in die Lage zurück, die vor dem Erlass der Entscheidung bestand. § 47 gilt entsprechend."

2. Nach § 356 wird folgender § 356a eingefügt:

"§ 356a

Hat das Gericht bei einer Revisionsentscheidung den Anspruch eines Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, versetzt es insoweit auf Antrag das Verfahren durch Beschluss in die Lage zurück, die vor dem Erlass der Entscheidung bestand. Der Antrag ist binnen einer Woche nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle beim Revisionsgericht zu stellen und zu begründen. Der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. § 47 gilt entsprechend."

Artikel 3

Änderung des Jugendgerichtsgesetzes

Das Jugendgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974 (BGBI. I S. 3427), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

 $Dem \S \, 55 \, wird \, folgender \, Absatz \, 4 \, angefügt:$

"(4) Soweit ein Beteiligter nach Absatz 1 Satz 1 an der Anfechtung einer Entscheidung gehindert ist oder nach Absatz 2 kein Rechtsmittel gegen die Berufungsentscheidung einlegen kann, gilt § 356a der Strafprozessordnung entsprechend."

Artikel 4

Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Nach § 29 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 12b des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198) geändert worden ist, wird folgender § 29a eingefügt:

"§ 29a

- (1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung oder eine andere Abänderungsmöglichkeit nicht gegeben ist und

das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung an diesen Beteiligten kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. § 29 Abs. 1 Satz 2 und 3 findet entsprechende Anwendung, soweit die Entscheidung eines Oberlandesgerichts angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ist die Rüge nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist."

Artikel 5

Änderung der Grundbuchordnung

- § 81 der Grundbuchordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBI. I S. 1114), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 26. Oktober 2001 (BGBI. I S. 2710) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
- 1. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
 - "(3) Die Vorschrift des § 29a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Fortführung des Verfahrens bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör ist entsprechend anzuwenden."
- 2. Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Artikel 6

Änderung der Schiffsregisterordnung

§ 89 der Schiffsregisterordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Mai 1994 (BGBI. I S. 1133), die zuletzt durch Artikel 86 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBI. I S. 2785) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
 - "(3) Die Vorschrift des § 29a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die Fortführung des Verfahrens bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör ist entsprechend anzuwenden."
- 2. Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

Artikel 7

Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes

Das Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBI. I S. 853, 1036), zuletzt geändert durch Artikel 5 Nr. 1 des Gesetzes vom 18. Mai 2004 (BGBI. I S. 974), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 55 Abs. 1 wird in Nummer 8 das Semikolon durch einen Punkt ersetzt; Nummer 9 wird aufgehoben.
- 2. § 72 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
 - "1. eine entscheidungserhebliche Rechtsfrage grundsätzliche Bedeutung hat,".
 - b) Nach Nummer 2 wird der Punkt durch das Wort "oder" ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:
 - "3. ein absoluter Revisionsgrund gemäß § 547 Nr. 1 bis 5 der Zivilprozessordnung oder eine entscheidungserhebliche Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör geltend gemacht wird und vorliegt."
- 3. § 72a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Die Nichtzulassung der Revision durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden."
 - b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Die Begründung muss enthalten:

- die Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung einer Rechtsfrage und deren Entscheidungserheblichkeit.
- die Bezeichnung der Entscheidung, von der das Urteil des Landesarbeitsgerichts abweicht, oder
- die Darlegung eines absoluten Revisionsgrundes nach § 547 Nr. 1 bis 5 der Zivilprozessordnung oder der Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör und der Entscheidungserheblichkeit der Verletzung."
- c) In Absatz 5 werden die S\u00e4tze 3 bis 7 durch folgende S\u00e4tze ersetzt:

"Die ehrenamtlichen Richter wirken nicht mit, wenn die Nichtzulassungsbeschwerde als unzulässig verworfen wird, weil sie nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet ist. Dem Beschluss soll eine kurze Begründung beigefügt werden. Von einer Begründung kann abgesehen werden, wenn sie nicht geeignet wäre, zur Klärung der Voraussetzungen beizutragen, unter denen eine Revision zuzulassen ist, oder wenn der Beschwerde stattgegeben wird. Mit der Ablehnung der Beschwerde durch das Bundesarbeitsgericht wird das Urteil rechtskräftig."

- d) Folgende Absätze 6 und 7 werden angefügt:
 - "(6) Wird der Beschwerde stattgegeben, so wird das Beschwerdeverfahren als Revisionsverfahren fortgesetzt. In diesem Fall gilt die formund fristgerechte Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde als Einlegung der Revision. Mit der Zustellung der Entscheidung beginnt die Revisionsbegründungsfrist.
 - (7) Hat das Landesarbeitsgericht den Anspruch des Beschwerdeführers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, so kann das Bundesarbeitsgericht abweichend von Absatz 6 in dem der Beschwerde stattgebenden Beschluss das angefochtene Urteil aufheben und den Rechtsstreit zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückverweisen."
- 4. Nach § 72a wird folgender § 72b eingefügt:

"§ 72b

Sofortige

Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Berufungsurteils

- (1) Das Endurteil eines Landesarbeitsgerichts kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden, wenn es nicht binnen fünf Monaten nach der Verkündung vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist. § 72a findet keine Anwendung.
- (2) Die sofortige Beschwerde ist innerhalb einer Notfrist von einem Monat beim Bundesarbeitsgericht einzulegen und zu begründen. Die Frist beginnt mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung des Urteils des Landesarbeitsgerichts. § 9 Abs. 5 findet keine Anwendung.
- (3) Die sofortige Beschwerde wird durch Einreichung einer Beschwerdeschrift eingelegt. Die Beschwerdeschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt werde. Die Beschwerde kann nur damit begründet werden, dass das Urteil des Landesarbeitsgerichts mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung noch nicht vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist.
- (4) Über die sofortige Beschwerde entscheidet das Bundesarbeitsgericht ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter durch Beschluss, der ohne mündliche Verhandlung ergehen kann. Dem Beschluss soll eine kurze Begründung beigefügt werden.

- (5) Ist die sofortige Beschwerde zulässig und begründet, ist das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufzuheben und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurückzuverweisen. Die Zurückverweisung kann an eine andere Kammer des Landesarbeitsgerichts erfolgen."
- Dem § 73 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
 "Sie kann nicht auf die Gründe des § 72b gestützt werden."
- 6. Die Überschrift des Vierten Unterabschnitts des Ersten Abschnitts des Dritten Teils wird wie folgt gefasst:

"Vierter Unterabschnitt Beschwerdeverfahren, Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".

7. § 78 erhält die Überschrift:

"§ 78

Beschwerdeverfahren".

8. Nach § 78 wird folgender § 78a eingefügt:

"§ 78a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge der durch die Entscheidung beschwerten Partei ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieser Partei auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

- (2) Die Rüge ist innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Dem Gegner ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.

- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. § 343 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können.
- (6) Die Entscheidungen nach den Absätzen 4 und 5 erfolgen unter Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter. Die ehrenamtlichen Richter wirken nicht mit, wenn die Rüge als unzulässig verworfen wird oder sich gegen eine Entscheidung richtet, die ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter erlassen wurde.
- (7) § 707 der Zivilprozessordnung ist unter der Voraussetzung entsprechend anzuwenden, dass der Beklagte glaubhaft macht, dass die Vollstreckung ihm einen nicht zu ersetzenden Nachteil bringen würde
- (8) Auf das Beschlussverfahren finden die Absätze 1 bis 7 entsprechende Anwendung."
- 9. § 92a wird wie folgt gefasst:

"§ 92a

Nichtzulassungsbeschwerde

Die Nichtzulassung der Rechtsbeschwerde durch das Landesarbeitsgericht kann selbständig durch Beschwerde angefochten werden. § 72a Abs. 2 bis 7 ist entsprechend anzuwenden."

10. Nach § 92a wird folgender § 92b eingefügt:

"§ 92b

Sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung der Beschwerdeentscheidung

Der Beschluss eines Landesarbeitsgerichts nach § 91 kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden, wenn er nicht binnen fünf Monaten nach der Verkündung vollständig abgefasst und mit den Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Kammer versehen der Geschäftsstelle übergeben worden ist. § 72b Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend. § 92a findet keine Anwendung."

11. Dem § 93 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Sie kann nicht auf die Gründe des § 92b gestützt werden."

Artikel 8

Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung

Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBI. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

- 1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zum 14. Abschnitt wie folgt gefasst:
 - "14. Abschnitt: Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge ... §§ 146 bis 152a".
- Die Überschrift des 14. Abschnitts wird wie folgt gefasst:

"14. Abschnitt

Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge".

3. Nach § 152 wird folgender § 152a eingefügt:

"§ 152a

- (1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. § 67 Abs.1 bleibt unberührt. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ist die Rüge nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Für den Ausspruch des Gerichts ist § 343 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.
- (6) § 149 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden."

Artikel 9

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBI. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

 In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zum Dritten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Zweiten Teils wie folgt gefasst:

"Dritter Unterabschnitt Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge ... §§ 172 bis 178a".

- In § 33 Satz 2 wird die Angabe "4" durch die Angabe "5" ersetzt.
- 1b. In § 40 wird folgender Satz 3 angefügt:

"In den Senaten für Angelegenheiten des § 51 Abs. 1 Nr. 6a wirken ehrenamtliche Richter aus der Vorschlagsliste der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände mit."

 In § 41 Abs. 5 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt:

"Legt der Senat für Angelegenheiten des § 51 Abs. 1 Nr. 6a vor oder soll von dessen Entscheidung abgewichen werden, gehören dem Großen Senat außerdem zwei ehrenamtliche Richter aus dem Kreis der von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände Vorgeschlagenen an."

Die Überschrift des Dritten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Zweiten Teils wird wie folgt gefasst:

> "Dritter Unterabschnitt Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge".

3. Nach § 178 wird folgender § 178a eingefügt:

"§ 178a

- (1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. § 166 bleibt unberührt. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ist die Rüge nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Für den Ausspruch des Gerichts ist § 343 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.
 - (6) § 175 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden."

Artikel 10

Änderung der Finanzgerichtsordnung

Die Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBI. I S. 442, 2262, 2002 I S. 679), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

 Die Überschrift des Unterabschnitts 2 des Abschnitts V wird wie folgt gefasst:

"Unterabschnitt 2

Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge".

2. Nach § 133 wird folgender § 133a eingefügt:

"§ 133a

- (1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs

- zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. § 62a bleibt unberührt. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ist die Rüge nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. In schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Für den Ausspruch des Gerichts ist § 343 der Zivilprozessordnung entsprechend anzuwenden.
- (6) § 131 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden."

Artikel 11

Änderung des Gerichtskostengesetzes

Das Gerichtskostengesetz vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), zuletzt geändert durch Artikel 12f des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198), wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 69 folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 69a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
- In § 12 Abs. 5 werden nach dem Wort "Über" die Wörter "Anträge auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung (§ 733 der Zivilprozessordnung) und über" eingefügt und die Angabe "oder § 886" durch ein Komma und die Angabe "886 bis 888 oder § 890" ersetzt.
- 3. In § 63 Abs. 1 Satz 4 wird die Angabe "§ 52 Abs. 4 Satz 1" durch die Angabe "§ 52 Abs. 4" ersetzt.
- Nach § 68 Abs. 1 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt: "Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht."

5. Nach § 69 wird folgender § 69a eingefügt:

"§ 69a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.
- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 66 Abs. 5 Satz 1 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.
 - (6) Kosten werden nicht erstattet."
- Dem § 70 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt: "§ 69a gilt entsprechend."
- Die Anlage 1 (Kostenverzeichnis) wird wie folgt geändert:
 - a) Die Gliederung wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach der Angabe zu Teil 3 Hauptabschnitt 8
 Abschnitt 2 wird folgende Angabe eingefügt:
 - "Hauptabschnitt 9 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
 - bb) Nach der Angabe zu Teil 4 Hauptabschnitt 4 wird folgende Angabe eingefügt:
 - "Hauptabschnitt 5 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
 - b) In Nummer 1700 wird im Gebührentatbestand nach der Angabe "§ 321a ZPO" ein Komma und die Angabe "§ 71a GWB" eingefügt.

- c) In der Kopfzeile vor Teil 3 Hauptabschnitt 7 wird der Text in der Gebührenspalte wie folgt gefasst:
 - "Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG".
- d) Nach Teil 3 Hauptabschnitt 8 wird folgender Hauptabschnitt 9 eingefügt:

| Nr. Gebührentatbestand | | Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG |
|--|--|--|
| | "Hauptabschnitt 9 Rüge wegen Verletzung des Anspruc auf rechtliches Gehör | |
| 3900 Verfahren über die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§§ 33a, 311a Abs. 1 Satz 1, § 356a StPO, auch i. V. m. § 55 Abs. 4 JGG und § 120 StVollzG): Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen oder zurückgewiesen | | 50,00 EUR". |

e) Nach Teil 4 Hauptabschnitt 4 wird folgender Hauptabschnitt 5 eingefügt:

| Nr. | Gebührentatbestand | Gebühr oder Satz der Gebühr 4110, soweit nichts anderes vermerkt ist |
|------|---|--|
| | "Hauptabschnitt 5 Rüge wegen Verletzung des Anspruc auf rechtliches Gehör | |
| 4500 | Verfahren über die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§§ 33a, 311a Abs. 1 Satz 1, § 356a StPO i. V. m. § 46 Abs. 1 und § 79 Abs. 3 OWiG): Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen oder zurückgewiesen | |

- f) In Nummer 5231 werden im Gebührentatbestand in Nummer 1 Buchstabe b nach dem Wort "Beschluss" die Wörter "der Geschäftsstelle" eingefügt.
- g) In Nummer 5400 wird im Gebührentatbestand die Angabe "(§ 321a ZPO, § 173 VwGO)" durch die Angabe "(§ 152a VwGO)" ersetzt.

- h) In Nummer 6400 wird im Gebührentatbestand die Angabe "(§ 321a ZPO, § 155 FGO)" durch die Angabe "(§ 133a FGO)" ersetzt.
- i) In Nummer 7400 wird im Gebührentatbestand die Angabe "(§ 321a ZPO, § 202 SGG)" durch die Angabe "(§ 178a SGG)" ersetzt.
- j) In Nummer 8500 wird im Gebührentatbestand die Angabe "(§ 321a ZPO)" durch die Angabe "(§ 78a des Arbeitsgerichtsgesetzes)" ersetzt.
- k) In den Nummern 3200 und 4300 werden jeweils in der Anmerkung die Wörter "die Mindestgebühr" durch die Angabe "10,00 EUR" ersetzt.

Artikel 12

Änderung der Kostenordnung

Die Kostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 361-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBI. I S. 1410), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 131c wird folgender § 131d eingefügt:

"§ 131d

Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

Für das Verfahren über die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§ 29a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, auch in Verbindung mit § 81 Abs. 3 der Grundbuchordnung und § 89 Abs. 3 der Schiffsregisterordnung) wird eine Gebühr von 50 Euro erhoben, wenn die Rüge in vollem Umfang verworfen oder zurückgewiesen wird. Wird die Rüge zurückgenommen, bevor eine Entscheidung über sie ergangen ist, wird keine Gebühr erhoben. § 131 Abs. 3 gilt entsprechend."

2. Vor § 158 wird folgender § 157a eingefügt:

"§ 157a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung nach diesem Gesetz beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.
- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die

Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 14 Abs. 6 Satz 1 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.
 - (6) Kosten werden nicht erstattet."

Artikel 13

Änderung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes

Das Gerichtsvollzieherkostengesetz vom 19. April 2001 (BGBI. I S. 623), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBI. I S. 2014), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Bei der Durchführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sind die Träger der Sozialhilfe, bei der Durchführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch die nach diesem Buch zuständigen Träger der Leistungen, bei der Durchführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe und bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben nach dem Bundesversorgungsgesetz die Träger der Kriegsopferfürsorge von den Gebühren befreit."

 In § 5 Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort "Gerichtskostengesetzes" ein Komma und die Wörter "auf die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör § 69a des Gerichtskostengesetzes" eingefügt.

Artikel 14

Änderung der Justizverwaltungskostenordnung

- § 13 der Justizverwaltungskostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 363-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1748) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
- Dem bisherigen Text wird die Absatzbezeichnung "(1)" vorangestellt.

- 2. Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 - "(2) Auf gerichtliche Entscheidungen ist § 157a der Kostenordnung entsprechend anzuwenden."

Artikel 15

Änderung des Artikels XI des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften

- § 1 Abs. 2 Satz 3 des Artikels XI des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 360-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 4 Abs. 28 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
- "§ 14 Abs. 3 bis 9 und § 157a der Kostenordnung gelten entsprechend."

Artikel 16

Änderung des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes

Das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776) wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 4 folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 4a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
- 2. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:

"§ 4a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung nach diesem Gesetz beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.
- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 4 Abs. 6 Satz 1 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.
 - (6) Kosten werden nicht erstattet."
- In Anlage 1 wird in der Spalte "Gegenstand medizinischer und psychologischer Gutachten" bei der Honorargruppe M 1 die Angabe "oder nach § 35a KJHG" gestrichen.

Artikel 17

Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes

Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBI. I S. 1838), wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 12 folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 12a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
- 2. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

"§ 12a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

- (1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung nach diesem Gesetz beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn
- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.
- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 33 Abs. 7 Satz 1 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

- (4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.
 - (6) Kosten werden nicht erstattet."
- 3. In § 19 Abs. 1 Nr. 5 wird die Angabe "(§ 321a der Zivilprozessordnung)" gestrichen.
- Die Anlage 1 (Vergütungsverzeichnis) wird wie folgt geändert:
 - a) In Vorbemerkung 3.1 Abs. 1 werden das Wort "soweit" durch die Wörter "für die" ersetzt und das Wort "besonderen" gestrichen.
 - b) Vor Nummer 3300 wird folgende Vorbemerkung 3.3.1 eingefügt:

"Vorbemerkung 3.3.1:

Die Terminsgebühr bestimmt sich nach Abschnitt 1."

- c) Die Nummer 3304 wird aufgehoben.
- d) Vor Nummer 3305 wird folgende Vorbemerkung 3.3.2 eingefügt:

"Vorbemerkung 3.3.2:

Die Terminsgebühr bestimmt sich nach Abschnitt 1."

e) In Nummer 3327 wird der Gebührentatbestand wie folgt gefasst:

"Verfahrensgebühr für gerichtliche Verfahren über die Bestellung eines Schiedsrichters oder Ersatzschiedsrichters, über die Ablehnung eines Schiedsrichters oder über die Beendigung des Schiedsrichteramts, zur Unterstützung bei der Beweisaufnahme oder bei der Vornahme sonstiger richterlicher Handlungen anlässlich eines schiedsrichterlichen Verfahrens".

- f) In Nummer 3330 wird im Gebührentatbestand die Angabe "(§ 321a ZPO)" gestrichen.
- g) In Nummer 3516 wird im Gebührentatbestand die Angabe "3506" durch die Angabe "3502, 3504, 3506" ersetzt.
- h) Der Vorbemerkung 5.1 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

"Mehrere Geldbußen sind zusammenzurechnen."

Artikel 18

Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten

In § 79 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBI. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198) geändert worden ist, werden nach dem Wort "hatte" die Wörter "oder ihm in sonstiger Weise das rechtliche Gehör versagt wurde" eingefügt.

Artikel 19

Änderung der Wehrdisziplinarordnung

Die Wehrdisziplinarordnung vom 16. August 2001 (BGBI. I S. 2093), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 56 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 121 wird folgender § 121a eingefügt:

"§ 121a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

Hat das Bundesverwaltungsgericht bei einer Berufungsentscheidung den Anspruch eines Beteiligten auf das rechtliche Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt, versetzt es, sofern der Beteiligte noch beschwert ist, von Amts wegen oder auf Antrag insoweit das Verfahren durch Beschluss in die Lage zurück, die vor dem Erlass der Entscheidung bestand. Der Antrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der Entscheidung schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle beim Berufungsgericht zu stellen und zu begründen."

- 2. In § 139 Abs. 5 wird nach der Angabe "§ 98 Abs. 3 Satz 2," die Angabe "§ 121a," eingefügt.
- 3. In § 140 Abs. 9 wird nach der Angabe "§ 98 Abs. 3 Satz 2," die Angabe "§ 121a," eingefügt.

Artikel 20

Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1998 (BGBI. I S. 2546), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 63 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 71 folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 71a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör".
- 2. Nach § 71 wird folgender § 71a eingefügt:

"§ 71a

Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

(1) Auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn

- ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
- das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt.

- (2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntgabe der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gegeben. Die Rüge ist schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.
- (3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Ist die Rüge nicht statthaft oder nicht in der gesetzlichen Form oder Frist erhoben, so ist sie als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.
- (5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist. Das Verfahren wird in die

Lage zurückversetzt, in der es sich vor dem Schluss der mündlichen Verhandlung befand. Im schriftlichen Verfahren tritt an die Stelle des Schlusses der mündlichen Verhandlung der Zeitpunkt, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Für den Ausspruch des Gerichts ist § 343 der Zivilprozessordnung anzuwenden.

- (6) § 149 Abs. 1 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung ist entsprechend anzuwenden."
- 3. In § 120 Abs. 2 wird die Angabe "§§ 72, 73" durch die Angabe "§§ 71 a, 72, 73" ersetzt.

Artikel 21 Aufhebung von Rechtsvorschriften

Es werden aufgehoben:

- Artikel 24 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2954) und
- Artikel 40 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022).

Artikel 22 Inkrafttreten

Artikel 21 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Im Übrigen tritt das Gesetz am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries

Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer der §§ 100g, 100h StPO

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung

In Artikel 4 Satz 2 des Gesetzes zur Änderung der Strafprozessordnung vom 20. Dezember 2001 (BGBI. I S. 3879) wird die Angabe "1. Januar 2005" durch die Angabe "1. Januar 2008" ersetzt.

Artikel 2

Zitiergebot

Das Grundrecht des Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries

Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und anderer Vorschriften des gewerblichen Rechtsschutzes

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Patentgesetzes

(420-1)

Das Patentgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBI. 1981 I S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 41 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 27 Abs. 4 werden die Wörter "und die Bewilligung der Verfahrenskostenhilfe" gestrichen.
- 2. § 147 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe "1. Januar 2005" durch die Angabe "1. Juli 2006" ersetzt.
 - b) In Nummer 2 wird die Angabe "31. Dezember 2004" durch die Angabe "30. Juni 2006" ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Markengesetzes

(423-5-2)

Das Markengesetz vom 25. Oktober 1994 (BGBI. I S. 3082, 1995 I S. 156, 1996 I S. 682), zuletzt geändert durch § 20 Abs. 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2004 (BGBI. I S. 1414), wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Angabe zu § 29 wird das Wort "Konkursverfahren" durch das Wort "Insolvenzverfahren" ersetzt.
 - b) Der Angabe zu § 107 werden ein Semikolon und das Wort "Sprache" angefügt.
 - Der Angabe zu § 119 werden ein Semikolon und das Wort "Sprachen" angefügt.
 - d) Die Angaben zu den §§ 130 bis 133 werden wie folgt gefasst:
 - "§ 130 Verfahren vor dem Patentamt; Weiterleitung

- § 131 Einspruchsverfahren
- § 132 Löschungsverfahren
- § 133 Antrag auf Änderung der Spezifikation".
- e) Nach § 133 wird folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 133a Rechtsmittel".
- In der Überschrift des § 29 wird das Wort "Konkursverfahren" durch das Wort "Insolvenzverfahren" ersetzt.
- 3. § 107 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift werden ein Semikolon und das Wort "Sprache" angefügt.
 - b) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
 - c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 - "(2) Sämtliche Anträge sowie sonstige Mitteilungen im Verfahren der internationalen Registrierung und das Verzeichnis der Waren und Dienstleistungen sind in französischer Sprache einzureichen"
- 4. § 108 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Mit dem Antrag ist das Verzeichnis der Waren und Dienstleistungen, nach Klassen geordnet in der Reihenfolge der internationalen Klassifikation von Waren und Dienstleistungen, einzureichen."
- 5. § 119 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Überschrift werden ein Semikolon und das Wort "Sprachen" angefügt.
 - b) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
 - c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
 - "(2) Sämtliche Anträge sowie sonstige Mitteilungen im Verfahren der internationalen Registrierung und das Verzeichnis der Waren und Dienstleistungen sind nach Wahl des Antragstellers in französischer oder in englischer Sprache einzureichen."

- 6. § 120 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Mit dem Antrag ist das Verzeichnis der Waren und Dienstleistungen, nach Klassen geordnet in der Reihenfolge der internationalen Klassifikation von Waren und Dienstleistungen, einzureichen."
- 7. In § 125 Abs. 3 wird vor dem Wort "Übersetzung" das Wort "deutsche" eingefügt.
- 8. § 125d Abs. 2 wird aufgehoben. Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden die Absätze 2 bis 4.
- 9. Die §§ 130 bis 133 werden durch folgende §§ 130 bis 133a ersetzt:

"§ 130

Verfahren vor dem Patentamt; Weiterleitung

- (1) Anträge auf Eintragung einer geografischen Angabe oder einer Ursprungsbezeichnung in das Verzeichnis der geschützten geografischen Angaben und der geschützten Ursprungsbezeichnungen, das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 des Rates vom 14. Juli 1992 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABI. EG Nr. L 208 S. 1), in ihrer jeweils geltenden Fassung geführt wird, sind beim Patentamt einzureichen.
- (2) Für die in diesem Abschnitt geregelten Verfahren sind die im Patentamt errichteten Markenabteilungen zuständig.
- (3) Bei der Prüfung des Antrags holt das Patentamt die Stellungnahmen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, der interessierten öffentlichen Körperschaften sowie der interessierten Verbände und Organisationen der Wirtschaft ein.
- (4) Das Patentamt veröffentlicht den Antrag im Markenblatt. Innerhalb von vier Monaten seit Veröffentlichung des Antrags kann von jeder Person beim Patentamt eine Stellungnahme zur Schutzfähigkeit der geografischen Angabe oder der Ursprungsbezeichnung, die Gegenstand des Antrags ist, eingereicht werden.
- (5) Entspricht der Antrag unter Berücksichtigung der Stellungnahmen nach den Absätzen 3 und 4 den Voraussetzungen der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 und den zu ihrer Durchführung erlassenen Vorschriften, so stellt das Patentamt dieses durch Beschluss fest. Andernfalls wird der Antrag durch Beschluss zurückgewiesen. Der Beschluss ist dem Antragsteller und denjenigen zuzustellen, die innerhalb der Frist von Absatz 4 eine Stellungnahme abgegeben haben.
- (6) Steht rechtskräftig fest, dass der Antrag den Voraussetzungen der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 und den zu ihrer Durchführung erlassenen Vorschriften entspricht, so unterrichtet das Patentamt den Antragsteller hierüber und übermittelt den Antrag dem Bundesministerium der Justiz. Das Bundesministerium der Justiz übermittelt den Antrag mit den erforderlichen Unterlagen an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

§ 131

Einspruchsverfahren

- (1) Einsprüche nach Artikel 7 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 gegen die Eintragung von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen in das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geführte Verzeichnis der geschützten geografischen Angaben und der geschützten Ursprungsbezeichnungen oder gegen die Änderung der Spezifikation einer geografischen Angabe oder einer Ursprungsbezeichnung sind beim Patentamt innerhalb von vier Monaten seit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union gemäß Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 einzulegen.
- (2) Die Zahlungsfrist für die Einspruchsgebühr richtet sich nach § 6 Abs. 1 des Patentkostengesetzes. Eine Wiedereinsetzung in die Einspruchsfrist und in die Frist zur Zahlung der Einspruchsgebühr ist nicht gegeben.

§ 132

Löschungsverfahren

- (1) Anträge auf Löschung einer geschützten geografischen Angabe oder einer geschützten Ursprungsbezeichnung nach Artikel 11a Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 sind beim Patentamt einzureichen. Ist der Antrag begründet, so stellt das Patentamt dies fest und übermittelt den Antrag an das Bundesministerium der Justiz zur Weiterleitung an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Ist der Antrag unbegründet, so weist ihn das Patentamt zurück.
- (2) Anträge auf Löschung einer geschützten geografischen Angabe oder einer geschützten Ursprungsbezeichnung nach Artikel 11a Buchstabe b der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 können beim Patentamt eingereicht werden. Die Anträge werden ohne Prüfung an das Bundesministerium der Justiz zur Weiterleitung an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften übermittelt.

§ 133

Antrag auf Änderung der Spezifikation

Für Anträge auf Änderung der Spezifikation einer geschützten geografischen Angabe oder einer geschützten Ursprungsbezeichnung gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2081/92 gilt § 130 entsprechend. Eine Gebühr ist nicht zu zahlen.

§ 133a

Rechtsmittel

Gegen Entscheidungen, die das Patentamt nach den Vorschriften dieses Abschnitts trifft, findet die Beschwerde zum Bundespatentgericht und die Rechtsbeschwerde zum Bundesgerichtshof statt. Gegen eine Entscheidung gemäß § 130 Abs. 5 Satz 1 steht die Beschwerde denjenigen Personen zu, die gemäß § 130 Abs. 4 fristgerecht zu dem Antrag Stellung genommen haben und die durch die Entschei-

dung in ihrem berechtigten Interesse betroffen sind. Im Übrigen sind die Vorschriften dieses Gesetzes über das Beschwerdeverfahren vor dem Bundespatentgericht (§§ 66 bis 82) und über das Rechtsbeschwerdeverfahren vor dem Bundesgerichtshof (§§ 83 bis 90) entsprechend anzuwenden."

In § 138 Abs. 1 werden die Wörter "Antrags- und Einspruchsverfahren" durch die Wörter "Antrags-, Einspruchs- und Löschungsverfahren" ersetzt.

Artikel 3

Änderung des Patentkostengesetzes

(424-4-9)

Teil A der Anlage zu § 2 Abs. 1 (Gebührenverzeichnis) des Patentkostengesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBI. I S. 3656), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 47 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In der Vorbemerkung wird das Wort "Anmeldeverordnung" durch die Wörter "nach der jeweiligen Verordnung des Deutschen Patent- und Markenamts" ersetzt.
- 2. Abschnitt III wird wie folgt geändert:
 - a) Im Unterabschnitt 2 wird bei Nummer 332 100 der bisherige Gebührenbetrag "600" durch "750" ersetzt.
 - b) Der Unterabschnitt 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) Im Gebührentatbestand zu Nummer 336 200 wird die Angabe "§ 132" durch die Angabe "§ 131" ersetzt.

bb) Nach der Nummer 336 200 wird folgende Nummer 336 300 angefügt:

| Nr. | Gebührentatbestand | Gebühr in Euro |
|----------|---|-------------------|
| "336 300 | Löschungsverfahren (§ 132 Abs. 1 MarkenG) | 120". |

Artikel 4

Änderung des Geschmacksmustergesetzes

(442-5)

Das Geschmacksmustergesetz vom 12. März 2004 (BGBI. I S. 390), geändert durch Artikel 4 Abs. 52 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- In § 52 Abs. 4 wird die Angabe "§ 11 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte" durch die Angabe "§ 13 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes" ersetzt.
- In § 53 wird die Angabe "§ 24" durch die Angabe "§ 14" ersetzt.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft, soweit in Absatz 2 nichts Abweichendes bestimmt ist.
- (2) Artikel 3 Nr. 2 Buchstabe a tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries

Gesetz zur Gründung einer Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA-Errichtungsgesetz)

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

| | Artil |
|---|-------|
| Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilien- aufgaben (BImAG) | 1 |
| Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes | 2 |
| Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes | 3 |
| Änderung des Vermögenszuordnungsgesetzes | 4 |
| Änderung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Jnion der Sozialistischen Sowjetrepubliken | 5 |
| Änderung der Bundesobergrenzenverordnung | 6 |
| Änderung der Leistungsstufenverordnung | 7 |
| Änderung der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung | 8 |
| Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang | 9 |
| nkrafttreten | 10 |

Artikel 1 Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

§ 1

(BImAG)

Errichtung, Zweck, Sitz

(1) Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen wird eine bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2005 errich-

tet. Sie trägt die Bezeichnung "Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" (BImA). Die Bundesanstalt nimmt die ihr vom Bund übertragenen liegenschaftsbezogenen sowie sonstigen Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Hierzu gehört insbesondere die Verwaltung von Liegenschaften, die von Dienststellen der Bundesverwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt werden (Dienstliegenschaften). Die Bundesanstalt hat das Ziel, eine einheitliche Verwaltung des Liegenschaftsvermögens des Bundes nach kaufmännischen Grundsätzen vorzunehmen und nicht betriebsnotwendiges Vermögen wirtschaftlich zu veräußern. Die Abführung an den Bundeshaushalt erfolgt auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes.

(2) Die Bundesanstalt hat ihren Sitz in Bonn. Sie hat das Recht, Außenstellen als Haupt- oder Nebenstellen einzurichten.

§ 2

Aufgaben, Vermögen, Zielsetzung

(1) Auf die Bundesanstalt gehen die Aufgaben über, die am 31. Dezember 2004 den Bundesvermögensämtern, den Bundesforstämtern und den Bundesvermögensabteilungen der Oberfinanzdirektionen übertragen sind. Dazu gehören neben den sonst übertragenen Aufgaben insbesondere die Deckung des Grundstücks- und Raumbedarfs für Bundeszwecke und die Wohnungsfürsorge des Bundes sowie die Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, die nicht für Verwaltungszwecke des Bundes oder im Rahmen des Gemeingebrauchs im Aufgabenbereich des Bundes benötigt werden (Allgemeines Grundvermögen) und die forstlichen Dienstleistungen einschließlich forstlicher Bewirtschaftung und naturschutzfachlicher Betreuung des Liegenschaftsvermögens des Bundes. Soweit derartige Aufgaben anderen Bundesbehörden oder Gesellschaften des Bundes übertragen sind, verbleibt es bei deren Zuständigkeit.

- (2) Der Bundesanstalt ist mit Wirkung vom 1. Januar 2005 das Eigentum an sämtlichen Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und beschränkten dinglichen Rechten der Bundesrepublik Deutschland, welche zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gehören, übertragen. Die Bundesanstalt ist antragsberechtigt im Sinne der Grundbuchordnung. Soweit die in Satz 1 genannten Vermögenswerte in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet belegen sind und die Bundesrepublik Deutschland noch nicht als Eigentümerin festgestellt ist, findet das Verfahren nach dem Vermögenszuordnungsgesetz Anwendung.
- (3) Der Bundesanstalt wird schrittweise ab dem Jahr 2006 bis zum Ende des Jahres 2010 das Eigentum an allen inländischen Dienstliegenschaften des Bundes übertragen. Die Bundesanstalt und die abgebenden Dienststellen bezeichnen in schriftlichen Vereinbarungen mit den betroffenen obersten Bundesbehörden die Liegenschaften, an denen das Eigentum übergehen soll. Mit Abschluss der jeweiligen Vereinbarung nach Satz 2 geht das Eigentum an den bezeichneten Liegenschaften über. Soweit bis zum 31. Dezember 2011 eine Vereinbarung nach Satz 2 nicht zustande gekommen ist, geht das Eigentum an den Dienstliegenschaften am 1. Januar 2012 auf die Bundesanstalt über. Die Bundesanstalt ist antragsberechtigt im Sinne der Grundbuchordnung. Die für die Übernahme des Eigentums und die Verwaltung der Dienstliegenschaften in den jeweils maßgeblichen Einzelplänen des Bundeshaushaltsplanes angesetzten Mittel werden auf die Bundesanstalt übertragen und in den Wirtschaftsplan der Bundesanstalt eingestellt.
- (4) Im Einvernehmen zwischen den bewirtschaftenden obersten Bundesbehörden und dem Bundesministerium der Finanzen können Ausnahmen von der Eigentumsübertragung getroffen werden. Dies gilt insbesondere für die von den Verfassungsorganen, den obersten Bundesbehörden und den obersten Bundesgerichten unmittelbar genutzten Dienstliegenschaften.
- (5) Das Bundesministerium der Finanzen kann mit der Bundesanstalt eine Vereinbarung über die unentgeltliche Übertragung von beweglichen Sachen schließen.
- (6) Die Bundesanstalt ist bevollmächtigt, die Bundesrepublik Deutschland im Rechtsverkehr zu vertreten. Sie übt diese Vollmacht nur im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben aus. Diese Einschränkung ist von den Grundbuchämtern nicht zu prüfen.
- (7) Das Bundesministerium der Finanzen kann der Bundesanstalt weitere Aufgaben übertragen und diese wieder entziehen. Andere Bundesministerien können der Bundesanstalt durch öffentlich-rechtlichen Vertrag weitere Aufgaben übertragen.

Aufsicht

- (1) Die Bundesanstalt untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen.
- (2) Soweit die Bundesanstalt Aufgaben aus dem Geschäftsbereich eines anderen Bundesministeriums erledigt, übt dieses die Rechts- und Fachaufsicht aus. Fachliche Weisungen mit wesentlichen finanziellen oder organisatorischen Auswirkungen auf die Bundesanstalt ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen.

§ 4

Organe, Satzung

- (1) Die Bundesanstalt wird von einem Vorstand geleitet und vertreten. Er besteht aus der Sprecherin oder dem Sprecher und bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Aufgaben und Befugnisse des Vorstandes bestimmen dieses Gesetz und die Satzung. Die Sprecherin oder der Sprecher führt die Amtsbezeichnung "Sprecherin des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" oder "Sprecher des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben"; die übrigen Mitglieder führen die Amtsbezeichnung "Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben".
- (2) Bei der Bundesanstalt wird ein Verwaltungsrat gebildet. Der Verwaltungsrat berät und unterstützt den Vorstand. Der Verwaltungsrat setzt sich aus bis zu zehn sachverständigen Personen zusammen, die vom Bundesministerium der Finanzen nach Maßgabe der Satzung benannt werden. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates wird vom Bundesministerium der Finanzen bestimmt. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates, die vom Bundesministerium der Finanzen erlassen wird.
- (3) Das Bundesministerium der Finanzen erlässt die Satzung der Bundesanstalt. In die Satzung sind insbesondere Bestimmungen aufzunehmen über
- 1. den Aufbau und die Organisation,
- 2. die Aufgaben und Befugnisse des Vorstandes,
- 3. die Aufgaben und Befugnisse eines Verwaltungsrates,
- 4. die rechtsgeschäftliche Vertretung,
- 5. die Wirtschaftsführung einschließlich Buchführung und Rechnungslegung.

Die Satzung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

§ 5

Rechtsstellung der Vorstandsmitglieder

- (1) Die Mitglieder des Vorstandes werden für die Dauer von bis zu fünf Jahren berufen. Verlängerungen sind zulässig. Die Mitglieder des Vorstandes sollen in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis gemäß den Bestimmungen der Absätze 2 bis 7 stehen.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Bundespräsidentin oder vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesministerin oder des Bundesministers der Finanzen ernannt. Das Amtsverhältnis der Mitglieder des Vorstandes beginnt mit der Aushändigung der Ernennungsurkunde, wenn nicht in der Urkunde ein späterer Tag bestimmt ist. Es endet mit Ablauf der Amtszeit, Erreichen der Altersgrenze des § 41 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes oder mit der Entlassung. Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident entlässt ein Mitglied des Vorstandes auf dessen Verlangen oder auf Beschluss der Bundesregierung bei gestörtem Vertrauensverhältnis oder aus wichtigem Grund. Vor dem Beschluss ist dem Mitglied des Vorstandes Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Falle der Beendigung des Amtsverhältnisses erhält das Mitglied des Vorstandes eine von der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten vollzogene Urkunde. Die Entlassung auf Verlangen wird mit der Aushändigung der Urkunde wirksam, wenn in ihr nicht aus-

drücklich ein späterer Tag bestimmt ist. Die Entlassung aus wichtigem Grund oder bei gestörtem Vertrauensverhältnis wird mit dem Vollzug des Beschlusses der Bundesregierung wirksam, wenn sie sie nicht ausdrücklich für einen späteren Tag beschließt.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes leisten nach Aushändigung der Ernennungsurkunde vor der Bundesministerin oder dem Bundesminister der Finanzen folgenden Eid:

"Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

- (4) Im Übrigen werden die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Vorstandes durch Verträge geregelt, die das Bundesministerium der Finanzen mit den Mitgliedern des Vorstandes schließt.
- (5) Wird eine Bundesbeamtin oder ein Bundesbeamter zum Mitglied des Vorstandes ernannt, scheidet sie oder er mit Beginn des Amtsverhältnisses aus dem bisherigen Amt aus. Für die Dauer des Amtsverhältnisses ruhen die in dem Beamtenverhältnis begründeten Rechte und Pflichten mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen oder Geschenken. Satz 2 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.
- (6) Endet das Amtsverhältnis nach Absatz 1 und wird die oder der Betroffene nicht anschließend in ein anderes öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis zum Bund berufen. treten Beamtinnen und Beamte, wenn ihnen nicht innerhalb von drei Monaten unter den Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes oder vergleichbarer landesgesetzlicher Regelungen ein anderes Amt übertragen wird, mit Ablauf dieser Frist aus ihrem Dienstverhältnis als Beamte in den einstweiligen Ruhestand, sofern sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht die gesetzliche Altersgrenze erreicht haben. Sie erhalten ein Ruhegehalt, das sie in ihrem früheren Amt unter Hinzurechnung der Zeit des öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses erdient hätten. Die Zeit des Amtsverhältnisses ist auch ruhegehaltfähig, wenn der Beamtin oder dem Beamten nach Satz 1 ein anderes Amt im Beamtenverhältnis übertragen wird. Für die beamteten Mitglieder des Vorstandes gilt § 107b des Beamtenversorgungsgesetzes entsprechend. Für Mitglieder des Vorstandes, die in keinem Beamtenverhältnis standen oder stehen, bleibt eine vertragliche Versorgungsregelung nach Absatz 4 unberührt. Die Ruhens- und Anrechnungsvorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß an-
- (7) Die Absätze 5 und 6 gelten für Richterinnen und Richter und für Berufssoldatinnen und Berufssoldaten entsprechend.

§ 6

Finanzierung

(1) Die Anstalt deckt ihren Aufwand für die ihr nach § 2 übertragenen Aufgaben aus den Erträgen der Verwaltung und Verwertung des ihr übertragenen Bundesvermögens

und aus vereinbarten Erstattungen. Die Bundesanstalt kann in ihrer Eröffnungsbilanz und in den folgenden Jahresabschlüssen Rücklagen bilden. Mit Feststellung des Jahresabschlusses durch das Bundesministerium der Finanzen ist über die Verwendung des Bilanzgewinnes zu beschließen. Einzelheiten regelt die Satzung.

- (2) Die Anstalt hat kein Recht zur Kreditaufnahme am Markt; notwendige Kredite gewährt der Bund nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes.
- (3) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Bundesanstalt findet nicht statt. § 12 Abs. 2 der Insolvenzordnung ist entsprechend in der Weise anzuwenden, dass sich die Ansprüche der Arbeitnehmer gegen den Bund richten.

§ 7

Wirtschaftsplan

- (1) Der Vorstand stellt vor Beginn des Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan auf, der
- eine Vorschau-Gewinn- und Verlustrechnung,
- eine Überleitungsrechnung auf Einnahmen und Ausgaben einschließlich der Investitionsplanung,
- eine Personalplanung

umfasst. In den Wirtschaftsplan können Mittel zur Bildung von Rücklagen eingestellt werden. Die Bundesanstalt ist verpflichtet, aufgrund der Entscheidung des Bundesministers der Finanzen hieraus Beträge dem Bundeshaushalt zuzuführen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Einzelheiten regelt die Satzung.

(2) Der Wirtschaftsplan bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen. Übersichten über die Einnahmen und Ausgaben und ein Stellenplan sind dem Haushaltsplan des Bundes als Anlagen beizufügen.

§ 8

Buchung, Jahresabschluss

- (1) Die Bundesanstalt bucht nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung.
- (2) Das der Bundesanstalt übertragene Vermögen ist nach handelsrechtlichen Grundsätzen zu bewerten. Die Regelungen der §§ 7, 9, 10, 17 und 36 des D-Markbilanzgesetzes finden entsprechende Anwendung, wobei die Frist des § 36 Abs. 4 Satz 2 des D-Markbilanzgesetzes mit Ablauf des Jahres 2009 endet.
- (3) Die Bundesanstalt stellt für jedes Geschäftsjahr einen Jahresabschluss, einen Lagebericht nach handelsrechtlichen Grundsätzen sowie eine Liquiditätsrechnung auf und legt sie dem Bundesministerium der Finanzen zur abschließenden Festsetzung der Abführungen an den Bundeshaushalt und zur Entlastung des Vorstandes vor. Näheres regeln die Satzung und die vom Bundesministerium der Finanzen zu erlassenden Wirtschaftsführungsbestimmungen. § 109 Abs. 2 Satz 2 bis 4 der Bundeshaushaltsordnung ist anzuwenden.

§ 9

Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes

Für das Prüfungsrecht des Bundesrechnungshofes gilt § 111 der Bundeshaushaltsordnung.

Anwendung des Haushaltsrechts

- (1) Die §§ 7, 9, 24 der Bundeshaushaltsordnung sowie die Vorschriften des Teils III der Bundeshaushaltsordnung gelten entsprechend mit Ausnahme der §§ 38 und 45 sowie der Bestimmungen, die eine Buchung nach Einnahmen und Ausgaben voraussetzen. Hinsichtlich der nach § 2 Abs. 2 und 3 übertragenen Grundstücke bleiben die §§ 63 und 64 der Bundeshaushaltsordnung unberührt.
- (2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, weitere Ausnahmen von der Anwendung der Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zuzulassen.
- (3) Das Bundesministerium der Finanzen sowie andere Bundesministerien, die der Bundesanstalt Aufgaben übertragen, können die Bundesanstalt ermächtigen, Teile des Bundeshaushaltes zu bewirtschaften. Insoweit gelten die Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung einschließlich der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung.

§ 11

Beamtinnen und Beamte

- (1) Der Bundesanstalt wird das Recht verliehen, Beamtinnen und Beamte zu haben; sie sind mittelbare Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Übernahme von Beamtinnen und Beamten anderer Dienstherren ist nur mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen zulässig. Neue Beamtenverhältnisse darf die Bundesanstalt nicht begründen.
- (2) Für die Beamtinnen und Beamten ist oberste Dienstbehörde die Sprecherin oder der Sprecher des Vorstandes.
- (3) Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident ernennt die Beamtinnen und Beamten der Bundesbesoldungsordnung B; die Sprecherin oder der Sprecher des Vorstandes ernennt die übrigen Beamtinnen und Beamten.
- (4) Die Bundesanstalt kann mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen ihre Befugnisse und Zuständigkeiten einschließlich der Entscheidung über Rechtsbehelfe auf den Gebieten der Besoldung, Beihilfe, Reise- und Umzugskosten sowie Trennungsgeld und die automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten ganz oder teilweise gegen Erstattung der Verwaltungskosten auf Behörden der Bundesfinanzverwaltung übertragen. Die Übertragung ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

§ 12

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Auszubildende

- (1) Auf die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden der Bundesanstalt sind die für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende des Bundes jeweils geltenden Tarifverträge und sonstigen Bestimmungen anzuwenden.
- (2) Angestellte können auch oberhalb der höchsten tarifvertraglichen Vergütungsgruppe in einem außertarifli-

chen Angestelltenverhältnis beschäftigt werden, soweit dies für die Durchführung der Aufgaben erforderlich ist. Satz 1 gilt für die sonstige Gewährung von übertariflichen und außertariflichen Leistungen entsprechend.

§ 13

Auflösung von Organisationseinheiten der Bundesvermögensverwaltung

Die Bundesvermögensämter, die Bundesforstämter und die Bundesvermögensabteilungen der Oberfinanzdirektionen als Organisationseinheiten der Bundesvermögensverwaltung sind mit Ablauf des 31. Dezember 2004 aufgelöst.

§ 14

Überleitung von Verfahren

Bei den in § 13 genannten Organisationseinheiten am 31. Dezember 2004 anhängige Verwaltungsverfahren werden von der Bundesanstalt fortgeführt. Die Bundesanstalt handelt als zuständige Stelle des Bundes und vertritt ihn auch vor Gericht.

§ 15

Übergangsregelung Personalvertretung

- (1) Die erstmaligen Wahlen zur Personalvertretung nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz in der Bundesanstalt finden innerhalb von fünf Monaten nach deren Errichtung statt.
- (2) Bis zur Konstituierung der nach Absatz 1 zu wählenden Personalvertretung nimmt deren Aufgaben ein Übergangspersonalrat wahr. Diesem können nur Beschäftigte angehören, die nach § 18 auf die Bundesanstalt übergeleitet werden. Er setzt sich zusammen aus den bisherigen Mitgliedern des Hauptpersonalrates. Hinzu kommen je ein bisheriges Mitglied der Bezirkspersonalräte der Oberfinanzdirektionen, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes über eine Bundesvermögensabteilung verfügten, sowie je ein bisheriges Mitglied der Personalräte Bund oder des Gesamtpersonalrates der ehemaligen Bundesvermögensabteilungen. Mitglied ist jeweils der Vorsitzende, ersatzweise ein Vorstandsmitglied oder ein Mitglied der jeweiligen Personalvertretung. Kommt nach Satz 4 mehr als ein ehemaliger Mandatsträger in Betracht, so findet § 17 Abs. 1 Satz 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes entsprechend Anwendung. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrates beim Bundesministerium der Finanzen beruft die Mitglieder unter Übersendung der Tagesordnung zur ersten Sitzung ein und leitet diese, bis der Übergangspersonalrat aus seiner Mitte einen Wahlleiter zur Wahl des Vorstandes bestellt
- (3) Der Übergangspersonalrat bestellt den Wahlvorstand für die erstmaligen Wahlen nach Absatz 1.
- (4) Die am 31. Dezember 2004 bestehenden Dienstvereinbarungen für den Bereich der Bundesvermögensverwaltung gelten bis zu einer Neuregelung für die Bundesanstalt fort, längstens aber für die Dauer von 18 Monaten.

Übergangsregelung Schwerbehindertenvertretung

- (1) Die erstmaligen Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch finden in der Bundesanstalt spätestens fünf Monate nach deren Errichtung statt.
- (2) Die Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung nimmt bis zur Aufnahme ihrer Tätigkeit eine Übergangsschwerbehindertenvertretung wahr. Dieser können nur Beschäftigte angehören, die nach § 18 auf die Bundesanstalt übergeleitet werden. Aus der Mitte der ehemaligen Bezirksvertrauenspersonen und örtlichen Vertrauenspersonen werden eine Person, die den Vorsitz ausübt, sowie zwei Vertretungspersonen mit jeweils einfacher Mehrheit bestimmt.
- (3) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende der Übergangsschwerbehindertenvertretung bestellt unverzüglich den Wahlvorstand für die erstmaligen Wahlen nach Absatz 1.

§ 17

Übergangsregelung Gleichstellungsbeauftragte

- (1) Die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten erfolgt nach den Regelungen der Verordnung über die Wahl der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Stellvertreterin in Dienststellen des Bundes. Die Bestellung muss danach innerhalb von vier Monaten nach Errichtung der Bundesanstalt abgeschlossen sein.
- (2) Die für die Bundesvermögensverwaltung bestellten Gleichstellungsbeauftragten bestimmen zeitnah nach der Errichtung der Bundesanstalt mit einfacher Mehrheit aus dem Kreis der nach § 18 auf die Bundesanstalt übergeleiteten ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten aus jedem der ehemaligen neun Bereiche der Oberfinanzdirektionen mit Bundesvermögensabteilung eine Gleichstellungsbeauftragte. Diese und die Gleichstellungsbeauftragte des Bundesministeriums der Finanzen nehmen bis zur Neuwahl das Übergangsmandat wahr. Sie entscheiden mit einfacher Mehrheit. Soweit im Bereich der Oberfinanzdirektionen mit Bundesvermögensabteilung keine Gleichstellungsbeauftragte auf die Bundesanstalt übergeleitet wird, nimmt die am Tag vor der Gründung der Bundesanstalt zuständige Gleichstellungsbeauftragte das Übergangsmandat wahr.

§ 18

Überleitung von Beschäftigten

(1) Die Beamtinnen und Beamten der in § 13 genannten Organisationseinheiten sind mit Wirkung vom 1. Januar 2005 Beamtinnen und Beamte der Bundesanstalt. § 130 Abs. 1 Satz 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes findet entsprechend Anwendung. Die ersten Amtsinhaber nach Artikel 2 Nr. 1 Buchstabe b erhalten ihre Bezüge aus der Besoldungsgruppe B 3, die ersten Amtsinhaber nach Artikel 2 Nr. 3 dieses Gesetzes erhalten ihre Bezüge aus der Besoldungsgruppe B 6. Satz 3 gilt nur, soweit die Amtsinhaber bisher ein entsprechendes Amt innehatten.

(2) Die bei den in § 13 genannten Organisationseinheiten beschäftigten Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden sind mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in den Dienst der Bundesanstalt übernommen. Die Bundesanstalt tritt unbeschadet des § 12 Abs. 1 in die Rechte und Pflichten der im Zeitpunkt der Übernahme bestehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse ein.

§ 19

Verteilung der Versorgungslasten

- (1) Der Bund erbringt die Versorgungs- und Beihilfeleistungen für die ehemaligen Beamtinnen und Beamten der Bundesvermögensverwaltung.
- (2) Der Bund zahlt die Versorgungsbezüge für die Beamtinnen und Beamten der Bundesanstalt sowie die Beihilfeleistungen für deren Versorgungsempfänger.
- (3) Die Bundesanstalt führt jährlich Beiträge an den Bund in Höhe von 33 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Bruttobezüge ihrer aktiven Beamtinnen und Beamten sowie der fiktiven Bruttobezüge ihrer ruhegehaltfähig beurlaubten Beamtinnen und Beamten ab.

Artikel 2

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBI. I S. 3020), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBI. I S. 2027) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In der Besoldungsgruppe B 2 werden
 - a) bei der Amtsbezeichnung "Abteilungsdirektor, Abteilungspräsident" der Funktionszusatz "– als Leiter der Gruppe Forstinspektion bei einer Oberfinanzdirektion –" gestrichen und
 - b) nach der Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bahnversicherungsanstalt" die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" sowie der Fußnotenhinweis "8)" eingefügt.
- In der Besoldungsgruppe B 3 werden nach der Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesanstalt Die Deutsche Bibliothek" die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" und der Fußnotenhinweis "15)" eingefügt.
- In der Besoldungsgruppe B 4 werden nach der Amtsbezeichnung "Direktor und Professor des Deutschen Historischen Instituts in Rom" die Amtsbezeichnung "Erster Direktor bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" eingefügt.

Artikel 3

Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes

Das Finanzverwaltungsgesetz in der Fassung des Artikels 5 des Gesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I

- S. 1426, 1427), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3112), wird wie folgt geändert:
- 1. § 1 Nr. 4 wird wie folgt gefasst:
 - "4. als örtliche Behörden die Hauptzollämter einschließlich ihrer Dienststellen (Zollämter, Zollkommissariate) und die Zollfahndungsämter."
- 2. § 2a Abs. 3 und § 2b werden aufgehoben.
- 3. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "eine Bundesvermögensabteilung" gestrichen.
 - b) Absatz 5 wird aufgehoben.
- In § 9 Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe "und 3" gestrichen.
- 5. § 16 wird aufgehoben.

Artikel 4

Änderung des Vermögenszuordnungsgesetzes

Das Vermögenszuordnungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. März 1994 (BGBI. I S. 709), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Oktober 2003 (BGBI. I S. 2081), wird wie folgt geändert:

In § 8 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter "das Bundesvermögensamt vertreten, in dessen Bezirk das Grundstück liegt" durch die Wörter "die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vertreten" ersetzt.

Artikel 5

Änderung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Das Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Dezember 1990 (BGBI. 1991 II S. 256), geändert durch Artikel 17 § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBI. I S. 2182), wird wie folgt geändert:

Artikel 4 § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter "Behörden sind die Oberfinanzdirektionen (Bundesvermögensabteilungen)" durch die Wörter "Behörde ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben" ersetzt.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

Artikel 6

Änderung der Bundesobergrenzenverordnung

Die Bundesobergrenzenverordnung vom 21. Januar 2003 (BGBI. I S. 92) wird wie folgt geändert:

1. Nach § 1 wird folgender § 2 eingefügt:

"§ 2

Beförderungsämter in der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

Im gehobenen Dienst der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dürfen die Anteile der Beförderungsämter folgende Obergrenzen nicht überschreiten:

In der Besoldungsgruppe A 11 30 vom Hundert, in der Besoldungsgruppe A 12 20 vom Hundert, in der Besoldungsgruppe A 13 9 vom Hundert."

2. Der bisherige § 2 wird § 3.

Artikel 7

Änderung der Leistungsstufenverordnung

In § 5 Abs. 1 Satz 1 der Leistungsstufenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2002 (BGBI. I S. 3743), die durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, wird nach dem Wort "bei" die Angabe "der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben," eingefügt.

Artikel 8

Änderung der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung

In § 6 Satz 1 der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2002 (BGBI. I S. 3745), die durch Artikel 16 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, wird nach dem Wort "bei" die Angabe "der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben," eingefügt.

Artikel 9

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 6, 7 und 8 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 10 Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Der Bundesminister der Finanzen Hans Eichel

Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung (RVOrgG)

Vom 9. Dezember 2004

| Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen: | | Artikel 31 | Änderung des Körperschaftsteuergesetzes | |
|---|---|-------------|--|--|
| | | Artikel 32 | Änderung des Gewerbesteuergesetzes | |
| | | Artikel 33 | Änderung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes | |
| | Inhaltsübersicht | Artikel 34 | Änderung des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und | |
| | Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch | | der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen | |
| Artikel 2 | Weitere Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetz- buch | Artikel 35 | Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes | |
| Artikel 3 | Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch | Artikel 36 | Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßen- | |
| Artikel 4 | Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch | | bahnen | |
| Artikel 5 | Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch | | Änderung des Arbeitssicherstellungsgesetzes | |
| Artikel 6 | Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch | | Anderung des Lohnfortzahlungsgesetzes | |
| Artikel 7 | Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch | | Anderung des Betriebsrentengesetzes | |
| Artikel 8 | Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch | Artikel 40 | Aufhebung des Gesetzes über den Ausgleich von Aufwendungen für das Altersübergangsgeld | |
| Artikel 9 | Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch | Artikel 41 | Änderung des Hüttenknappschaftlichen Zusatzver- | |
| Artikel 10 | Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch | | sicherungs-Gesetzes | |
| Artikel 11 | Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch | Artikel 42 | Änderung der Studentenkrankenversicherungs-Mel- deverordnung | |
| Artikel 12 | Änderung des Abgeordnetengesetzes | Artikel 43 | Änderung des Krankenversicherungs-Kostendämp- | |
| Artikel 13 | Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bundesdisziplinargesetzes bei den bundesunmittel- | | fungsgesetzes | |
| | baren Körperschaften mit Dienstherrnfähigkeit im Ge- | Artikel 44 | Änderung der Postrentendienstverordnung | |
| | schäftsbereich des Bundesministeriums für Gesund- heit und Soziale Sicherung | Artikel 45 | Änderung des Fremdrentengesetzes | |
| Artikel 14 | Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes | Artikel 46 | Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte | |
| Artikel 15 | Änderung des Dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetzes | Artikel 47 | Änderung des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit | |
| Artikel 16 | Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes | Artikel 48 | Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes | |
| Artikel 17 | Änderung der Bundespflegesatzverordnung | Artikel 49 | Änderung des Gesetzes zu der Vereinbarung vom | |
| Artikel 18 | Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres | | Dezember 1964 zur Durchführung des Abkom- mens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepu- blik Deutschland und dem Vereinigten Königreich | |
| Artikel 19 | Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres | | Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit | |
| Artikel 20 | Änderung der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung | Artikel 50 | Änderung des Gesetzes zu dem Abkommen vom | |
| Artikel 21 | Änderung des Entschädigungsrentengesetzes | | 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Sozia- | |
| Artikel 22 | (weggefallen) | | le Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975 | |
| Artikel 23 | Änderung des Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes | Artikel 51 | Änderung des Sozialversicherungs-Angleichungs- | |
| Artikel 24 | Änderung des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich | Artikel 52 | gesetzes-Saar (weggefallen) | |
| Artikel 25 | Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes | Artikel 53 | Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes | |
| Artikel 26 | Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes | Artikel 54 | Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüber- | |
| Artikel 27 | Änderung der Verordnung zur Durchführung von § 5 Abs. 4 des Finanzverwaltungsgesetzes | Artikel 55 | führungsgesetzes Änderung der AAÜG-Erstattungsverordnung | |
| Artikel 28 | Änderung der Abgabenordnung | Artikel 56 | Änderung des Zusatzversorgungssystem-Gleichstel- | |
| | Änderung des Berlinförderungsgesetzes 1990 | A.4:1 1.5.3 | lungsgesetzes | |
| Artikel 30 | Änderung des Einkommensteuergesetzes | Artikel 5/ | Änderung der Wahlordnung für die Sozialversic rung | |

| Artikel 58 | Weitere Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung |
|-------------|--|
| Artikel 59 | Änderung der Schiedsamtsverordnung |
| Artikel 60 | Änderung des Sozialversicherungs-Organisations- gesetzes Saar |
| Artikel 61 | Änderung des Achten Gesetzes zur Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes |
| Artikel 62 | Änderung des Bundesversorgungsgesetzes |
| Artikel 62a | Änderung der Arbeitsentgeltverordnung |
| Artikel 63 | Änderung der Beitragszahlungsverordnung |
| Artikel 64 | Änderung der Beitragsüberwachungsverordnung |
| Artikel 65 | Änderung der Datenerfassungs- und -übermittlungs- verordnung |
| Artikel 66 | Änderung der Beitragseinzugs- und Meldevergütungsverordnung |
| Artikel 67 | Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung |
| Artikel 68 | Änderung des Gesetzes zur Stabilisierung des Mitgliederkreises von Bundesknappschaft und See- Krankenkasse |
| Artikel 69 | Änderung des Gesetzes zu dem Zweiten Zusatz- abkommen vom 2. März 1989 zum Abkommen vom 25. Februar 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossen- schaft über Soziale Sicherheit und der Zusatzverein- barung vom 2. März 1989 zur Vereinbarung vom 25. August 1978 zur Durchführung des Abkommens |
| Artikel 70 | Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes |
| Artikel 71 | Änderung der RV-Pauschalbeitragsverordnung |
| Artikel 72 | Änderung der Versorgungslast-Erstattungsverordnung |
| Artikel 73 | Änderung der Reha-Pauschalerstattungsverordnung |
| Artikel 74 | Änderung der RV-Wehr- und Zivildienstpauschalbeitragsverordnung |
| Artikel 75 | Änderung der Verordnung über die Erstattung einigungsbedingter Leistungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten |
| Artikel 76 | Änderung der Versicherungsnummern-, Kontoführungs- und Versicherungsverlaufsverordnung |
| Artikel 77 | Aufhebung des Gesetzes zur Ausgleichszahlung durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung an die Krankenkassen |
| Artikel 78 | Änderung der Verordnung über die Pauschalierung und Zahlung des Ausgleichsbetrags der Bundesagentur für Arbeit an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten wegen voller Erwerbsminderung |
| Artikel 79 | Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes |
| Artikel 80 | Änderung des Bundeseisenbahnneugliederungsgesetzes |
| Artikel 81 | Änderung des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes |
| Artikel 82 | Gesetz zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See |
| Artikel 83 | Gesetz zu Übergangsregelungen zur Organisations- reform in der gesetzlichen Rentenversicherung |
| Artikel 84 | Gesetz zur Abgaben- und Gerichtskostenbefreiung im Rahmen der Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung |
| Artikel 85 | Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang |

Artikel 86 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Artikel 1

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

(860-6)

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBI. I S. 754, 1404, 3384), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3183), wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angaben zum Dritten Kapitel Erster Abschnitt werden wie folgt gefasst:

"Drittes Kapitel

Organisation, Datenschutz und Datensicherheit

Erster Abschnitt
Organisation

Erster Unterabschnitt

Deutsche Rentenversicherung

§ 125 Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

Zweiter Unterabschnitt

Zuständigkeit in der allgemeinen Rentenversicherung

- § 126 Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung
- § 127 Zuständigkeit für Versicherte und Hinterbliebene
- § 128 Örtliche Zuständigkeit der Regionalträger
- § 129 Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für Versicherte
- § 130 Sonderzuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- § 131 Auskunfts- und Beratungsstellen

Dritter Unterabschnitt

Zuständigkeit in der knappschaftlichen Rentenversicherung

- § 132 Versicherungsträger
- § 133 Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für Beschäftigte
- § 134 Knappschaftliche Betriebe und Arbeiten
- § 135 Nachversicherung
- § 136 Sonderzuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- § 137 Besonderheit bei der Durchführung der Versicherung und bei den Leistungen

Vierter Unterabschnitt

Grundsatz- und

Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung, Erweitertes Direktorium

- § 138 Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung
- § 139 Erweitertes Direktorium
- § 140 Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung

Fünfter Unterabschnitt

Vereinigung von Regionalträgern

- § 141 Vereinigung von Regionalträgern auf Beschluss ihrer Vertreterversammlungen
- § 142 Vereinigung von Regionalträgern durch Rechtsverordnung".
- b) Nach der Angabe zu § 212 werden folgende Angaben eingefügt:
 - "§ 212a Prüfung der Beitragszahlungen und Meldungen für sonstige Versicherte und Nachversicherte
 - § 212b Prüfung der Beitragszahlung bei versicherungspflichtigen Selbständigen".
- Nach der Angabe zu § 214 wird folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 214a Liquiditätserfassung".
- d) Die Angabe zu § 218 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 218 (weggefallen)".
- e) Die Angabe zu § 219 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 219 Finanzverbund in der allgemeinen Rentenversicherung".
- f) Die Angabe zu § 273 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 273 Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See".
- g) Die Angabe zu § 273b wird wie folgt gefasst: "§ 273b (weggefallen)".
- h) Die Angabe zu § 274a wird wie folgt gefasst: "§ 274a (weggefallen)".
- i) Nach der Angabe zu § 274b wird folgende Angabe eingefügt:

"Dritter Titel

Übergangsvorschriften zur Zuständigkeit der Rentenversicherungsträger

- § 274c Ausgleichsverfahren
- § 274d Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung bis zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See".
- j) Die Angabe zu § 287c wird wie folgt gefasst: "§ 287c (weggefallen)".

- In § 6 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort "Angestellte" durch das Wort "Beschäftigte" ersetzt.
- 3. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "Sie werden nur auf Grund von Richtlinien der Deutschen Rentenversicherung Bund erbracht, die im Benehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung erlassen werden."
 - b) In Absatz 3 werden die Wörter "im Bereich der Träger der Rentenversicherung der Arbeiter sowie im Bereich der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Bundesknappschaft" gestrichen.
- In § 52 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 63 Abs. 7 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 6. § 68 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1, 3, 4, 5 und 6 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter "des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" und das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - c) In Absatz 7 Satz 2 und 4 werden jeweils die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 7. In § 80 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 83 Abs. 1 Satz 4 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 84 Abs. 2 und 3 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

- In § 86 Abs. 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 87 Abs. 2 und 3 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 93 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 13. § 109a Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 Nr. 2 werden die Wörter "die Landesversicherungsanstalt, die" durch die Wörter "der Regionalträger, der" ersetzt.
 - b) In den Sätzen 3 und 4 zweiter Halbsatz werden jeweils die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 14. In § 115 Abs. 6 Satz 2 werden die Wörter "gemeinsamen Richtlinien der Träger der Rentenversicherung" durch die Wörter "Richtlinien der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 15. § 119 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Nr. 2 werden die Wörter "den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt
 - c) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Deutsche Rentenversicherung Bund setzt für die Träger der allgemeinen Rentenversicherung die Vorschüsse fest."
 - d) Absatz 6 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Deutsche Rentenversicherung Bund setzt für die Träger der allgemeinen Rentenversicherung die Vorschüsse fest."
- In § 120a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 17. Das Dritte Kapitel Erster Abschnitt Erster bis Fünfter Unterabschnitt wird wie folgt gefasst:

"Drittes Kapitel

Organisation, Datenschutz und Datensicherheit

Erster Abschnitt

Organisation

Erster Unterabschnitt Deutsche Rentenversicherung

§ 125

Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

- (1) Die Aufgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (allgemeine Rentenversicherung und knappschaftliche Rentenversicherung) werden von Regionalträgern und Bundesträgern wahrgenommen. Der Name der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung besteht aus der Bezeichnung "Deutsche Rentenversicherung" und einem Zusatz für ihre jeweilige regionale Zuständigkeit.
- (2) Bundesträger sind die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Die Deutsche Rentenversicherung Bund nimmt auch die Grundsatzund Querschnittsaufgaben und die gemeinsamen Angelegenheiten der Träger der Rentenversicherung wahr.

Zweiter Unterabschnitt

Zuständigkeit in der allgemeinen Rentenversicherung

§ 126

Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung

Für die Erfüllung der Aufgaben der Rentenversicherung sind in der allgemeinen Rentenversicherung die Regionalträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig.

§ 127

Zuständigkeit für Versicherte und Hinterbliebene

- (1) Zuständig für Versicherte ist der Träger der Rentenversicherung, der durch die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung bei der Vergabe der Versicherungsnummer festgelegt worden ist. Ist eine Versicherungsnummer noch nicht vergeben, ist bis zur Vergabe der Versicherungsnummer die Deutsche Rentenversicherung Bund zuständig.
- (2) Das Erweiterte Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmt die Zuordnung von Versicherten zu einem Träger der Rentenversicherung nach folgenden Grundsätzen:
- Die Versicherten werden zu 55 vom Hundert den Regionalträgern, zu 40 vom Hundert der Deutschen Rentenversicherung Bund und zu 5 vom Hundert der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zugeordnet.
- Im ersten Schritt werden Versicherte gemäß § 129 oder § 133 der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See unter Anrechnung auf ihre Quote nach Nummer 1 zugeordnet.
- Im zweiten Schritt werden den Regionalträgern so viele der verbleibenden Versicherten zugeordnet, dass, für jeden örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Regionalträgers gesondert, jeweils die Quote nach Nummer 1 hergestellt wird.

- 4. Im dritten Schritt werden die übrigen Versicherten zur Herstellung der Quote nach Nummer 1 zwischen der Deutschen Rentenversicherung Bund und, unter Anrechnung der Vorwegzuordnung nach Nummer 2, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See verteilt. Dabei werden der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See Versicherte in Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Oberbayern, Sachsen und im Saarland gleichmäßig zugewiesen.
- (3) Für Personen, die als Hinterbliebene eines verstorbenen Versicherten Ansprüche gegen die Rentenversicherung geltend machen, ist der Träger der Rentenversicherung zuständig, an den zuletzt Beiträge für den verstorbenen Versicherten gezahlt worden sind. Der so zuständige Träger bleibt auch zuständig, wenn nach dem Tod eines weiteren Versicherten ein anderer Träger zuständig wäre. Bei gleichzeitigem Tod mehrerer Versicherter ist der Träger der Rentenversicherung zuständig, an den der letzte Beitrag gezahlt worden ist. Sind zuletzt an mehrere Träger der Rentenversicherung Beiträge gezahlt worden, ergibt sich die Zuständigkeit nach folgender Reihenfolge:
- 1. Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See,
- 2. Deutsche Rentenversicherung Bund,
- 3. Regionalträger.

Örtliche Zuständigkeit der Regionalträger

- (1) Die örtliche Zuständigkeit der Regionalträger richtet sich, soweit nicht nach über- und zwischenstaatlichem Recht etwas anderes bestimmt ist, nach folgender Reihenfolge:
- 1. Wohnsitz,
- 2. gewöhnlicher Aufenthalt,
- 3. Beschäftigungsort,
- 4. Tätigkeitsort

der Versicherten oder der Hinterbliebenen im Inland. Bei Leistungsansprüchen ist für die örtliche Zuständigkeit der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend. Bei Halbwaisenrenten ist der für den überlebenden Ehegatten, bei Waisenrenten, bei denen ein überlebender Ehegatte nicht vorhanden ist, der für die jüngste Waise bestimmte Regionalträger zuständig. Wären bei Leistungsansprüchen von Hinterbliebenen mehrere Regionalträger zuständig, ist der Regionalträger zuständig, bei dem zuerst ein Antrag gestellt worden ist.

- (2) Liegt der nach Absatz 1 maßgebende Ort nicht im Inland, ist der Regionalträger zuständig, der zuletzt nach Absatz 1 zuständig war.
- (3) Ist nach den Absätzen 1 und 2 die Zuständigkeit eines Trägers der Rentenversicherung nicht gegeben, ist die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz zuständig.

§ 129

Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für Versicherte

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist zuständig, wenn die Versicherten
- 1. beim Bundeseisenbahnvermögen,
- bei der Deutschen Bahn Aktiengesellschaft oder den gemäß § 2 Abs. 1 des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBI. I S. 2378, 2386) ausgegliederten Aktiengesellschaften,
- 3. bei Unternehmen, die gemäß § 3 Abs. 3 des genannten Gesetzes aus den Aktiengesellschaften ausgegliedert worden sind, von diesen überwiegend beherrscht werden und unmittelbar und überwiegend Eisenbahnverkehrsleistungen erbringen oder eine Eisenbahninfrastruktur betreiben,
- bei den Bahn-Versicherungsträgern, der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten und dem Bahnsozialwerk,
- in der Seefahrt (Seeschifffahrt und Seefischerei) oder
- bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

beschäftigt sind.

(2) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist auch zuständig für selbständig Tätige, die als Seelotse, Küstenschiffer oder Küstenfischer versicherungspflichtig sind.

§ 130

Sonderzuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist für Leistungen zuständig, wenn ein Beitrag auf Grund einer Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit nach § 129 Abs. 1 oder Abs. 2 gezahlt worden ist. In diesen Fällen führt die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auch die Versicherung durch.

§ 131

Auskunfts- und Beratungsstellen

Die Regionalträger unterhalten für den Bereich der Auskunft und Beratung ein Dienststellennetz für die Deutsche Rentenversicherung.

Dritter Unterabschnitt

Zuständigkeit in der knappschaftlichen Rentenversicherung

§ 132

Versicherungsträger

Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

Zuständigkeit

der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für Beschäftigte

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist zuständig, wenn die Versicherten

- in einem knappschaftlichen Betrieb beschäftigt sind,
- ausschließlich oder überwiegend knappschaftliche Arbeiten verrichten oder
- bei Arbeitnehmerorganisationen oder Arbeitgeberorganisationen, die berufsständische Interessen des Bergbaus wahrnehmen, oder bei den Bergämtern, Oberbergämtern oder bergmännischen Prüfstellen, Forschungsstellen oder Rettungsstellen beschäftigt sind und für sie vor Aufnahme dieser Beschäftigung fünf Jahre Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt worden sind.

§ 134

Knappschaftliche Betriebe und Arbeiten

- (1) Knappschaftliche Betriebe sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden, Betriebe der Industrie der Steine und Erden jedoch nur dann, wenn sie überwiegend unterirdisch betrieben werden.
- (2) Als knappschaftliche Betriebe gelten auch Versuchsgruben des Bergbaus.
- (3) Knappschaftliche Betriebe sind auch Betriebsanstalten oder Gewerbeanlagen, die als Nebenbetriebe eines knappschaftlichen Betriebs mit diesem räumlich und betrieblich zusammenhängen.
- (4) Knappschaftliche Arbeiten sind die räumlich und betrieblich mit einem Bergwerksbetrieb zusammenhängenden, aber von einem anderen Unternehmer ausgeführten Arbeiten. Art und Umfang dieser Arbeiten bestimmt das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.

§ 135

Nachversicherung

Für die Nachversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung nur zuständig, soweit diese für die Zeit einer Beschäftigung bei dem Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung durchgeführt wird. Sie ist auch zuständig für die Nachversicherung einer Beschäftigung bei einem Bergamt, Oberbergamt oder einer bergmännischen Prüfstelle, wenn vor Aufgabe dieser Beschäftigung für fünf Jahre Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt worden sind.

§ 136

Sonderzuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist für Leistungen zuständig, wenn ein Beitrag auf Grund einer Beschäftigung zur knappschaftlichen Rentenversicherung gezahlt worden ist. In diesen Fällen führt die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auch die Versicherung durch.

§ 137

Besonderheit bei der Durchführung der Versicherung und bei den Leistungen

Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See führt die Versicherung für Personen, die wegen

- 1. einer Kindererziehung,
- 2. eines Wehrdienstes oder Zivildienstes,
- 3. eines Bezuges von Sozialleistungen oder von Vorruhestandsgeld

bei ihr versichert sind, in der knappschaftlichen Rentenversicherung durch, wenn diese im letzten Jahr vor Beginn dieser Zeiten zuletzt wegen einer Beschäftigung in der knappschaftlichen Rentenversicherung versichert waren.

Vierter Unterabschnitt

Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung, Erweitertes Direktorium

§ 138

Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Bund nimmt die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung wahr. Dazu gehören:
 - Vertretung der Rentenversicherung in ihrer Gesamtheit gegenüber Politik, Bundes-, Landes-, Europäischen und sonstigen nationalen und internationalen Institutionen sowie Sozialpartnern, Abstimmung mit dem verfahrensführenden Träger der Rentenversicherung in Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof, dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundessozialgericht,
 - Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der Herausgabe von regelmäßigen Informationen zur Alterssicherung für Arbeitgeber, Versicherte und Rentner und der Grundsätze für regionale Broschüren,
- 3. Statistik,
- Klärung von grundsätzlichen Fach- und Rechtsfragen zur Sicherung der einheitlichen Rechtsanwendung aus den Bereichen
 - a) Rehabilitation und Teilhabe.
 - b) Sozialmedizin,
 - c) Versicherung,
 - d) Beitrag,
 - e) Beitragsüberwachung,
 - f) Rente,
 - g) Auslandsrecht, Sozialversicherungsabkommen, Recht der Europäischen Union, soweit es die Rentenversicherung betrifft,

- Organisation des Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitswettbewerbs zwischen den Trägern, insbesondere Erlass von Rahmenrichtlinien für Aufbau und Durchführung eines zielorientierten Benchmarking der Leistungs- und Qualitätsdaten,
- Grundsätze für die Aufbau- und Ablauforganisation, das Personalwesen und Investitionen unter Wahrung der Selbständigkeit der Träger,
- Grundsätze und Steuerung der Finanzausstattung und -verwaltung im Rahmen der Finanzverfassung für das gesamte System,
- Koordinierung der Planung von Rehabilitationsmaßnahmen, insbesondere der Bettenbedarfsund Belegungsplanung,
- 9. Grundsätze und Koordinierung der Datenverarbeitung und Servicefunktionen,
- Funktion zur Registrierung und Authentifizierung für die elektronischen Serviceangebote der Rentenversicherung,
- 11. Funktion als Signaturstelle,
- 12. Grundsätze für die Aus- und Fortbildung,
- 13. Grundsätze der Organisation und Aufgabenzuweisung der Auskunfts- und Beratungsstellen,
- Bereitstellung von Informationen für die Träger der Rentenversicherung,
- Forschung im Bereich der Alterssicherung und der Rehabilitation und
- Treuhänderschaft gemäß dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen.
- (2) Die Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung Bund zu Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung sowie die notwendig werdende Festlegung weiterer Grundsatz- und Querschnittsaufgaben werden durch die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches getroffen; für die Träger der Rentenversicherung sind die Entscheidungen verbindlich. Die Vertreterversammlung kann die Entscheidungsbefugnis gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches ganz oder teilweise auf den Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund übertragen, der gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches entscheidet. Entscheidungen über die Auslegung von Rechtsfragen werden von der Vertreterversammlung und vom Vorstand mit der einfachen Mehrheit aller gewichteten Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl getroffen.
- (3) Der Vorstand kann die Entscheidungsbefugnis gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches ganz oder teilweise auf einen Ausschuss des Vorstandes übertragen. Die Entscheidungen dieses Ausschusses müssen einstimmig ergehen. Der Ausschusslegt dem Vorstand die Entscheidungen vor; der Vorstand kann gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches abweichende Entscheidungen treffen.

- (4) Soweit das Direktorium Vorlagen an die Vertreterversammlung oder den Vorstand unterbreitet, die verbindliche Entscheidungen oder notwendig werdende Festlegungen weiterer Grundsatz- und Querschnittsaufgaben betreffen, bedürfen diese der vorherigen Zustimmung durch das Erweiterte Direktorium. Beratungsergebnisse der Fachausschüsse, in denen alle Träger der Rentenversicherung vertreten sind, sind an die Vertreterversammlung oder den Vorstand weiterzuleiten. Das Nähere regelt die Satzung.
- (5) Die verbindlichen Entscheidungen und die Festlegung weiterer Grundsatz- und Querschnittsaufgaben werden im Amtlichen Mitteilungsblatt der Deutschen Rentenversicherung Bund veröffentlicht

Erweitertes Direktorium

- (1) Das Erweiterte Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus fünf Geschäftsführern aus dem Bereich der Regionalträger, den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund und einem Mitglied der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Das Erweiterte Direktorium wählt aus seiner Mitte mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln aller gewichteten Stimmen einen Vorsitzenden. Die Geschäftsführer aus dem Bereich der Regionalträger werden durch die Vertreter der Regionalträger in der Vertreterversammlung auf Vorschlag der Vertreter der Regionalträger im Vorstand mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Das Nähere zur Beschlussfassung und zur Geschäftsordnung des Erweiterten Direktoriums bestimmt die Satzung der Deutschen Rentenversicherung Bund.
- (2) Beschlüsse des Erweiterten Direktoriums werden mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln aller gewichteten Stimmen getroffen. Die Stimmen der Regionalträger werden mit insgesamt 55 vom Hundert und die der Bundesträger mit insgesamt 45 vom Hundert gewichtet. Dabei werden die Stimmen der Bundesträger untereinander nach der Anzahl der Versicherten gewichtet. Das Nähere zur Stimmengewichtung nach Satz 2 regelt die Satzung.

§ 140

Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung

- (1) Vor verbindlichen Entscheidungen der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 138 Abs. 1 über
- Grundsätze für die Aufbau- und Ablauforganisation und das Personalwesen,
- 2. Grundsätze und Koordinierung der Datenverarbeitung,
- 3. Grundsätze für die Aus- und Fortbildung,
- 4. Grundsätze der Organisation der Auskunfts- und Beratungsstellen sowie

 Entscheidungen, deren Umsetzung in gleicher Weise wie die Umsetzung von Entscheidungen gemäß den Nummern 1 bis 4 Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten haben können.

ist die Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung anzuhören.

- (2) Die Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung setzt sich wie folgt zusammen:
- drei Mitglieder aus der Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung Bund und ein Mitglied aus der Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See; Mitglieder sind jeweils der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates oder, falls eine Stufenvertretung besteht, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates, bei der Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung Bund auch die beiden weiteren Mitglieder des Vorstandes sowie
- je ein Mitglied aus der Personalvertretung eines jeden landesunmittelbaren Trägers der Rentenversicherung; die Regelungen zur Auswahl dieser Mitglieder und das Verfahren der Entsendung werden durch Landesrecht bestimmt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Personalvertretung beteiligen ihre jeweiligen Hauptpersonalvertretungen, sind diese nicht eingerichtet, ihre Gesamtpersonalvertretungen. Die Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung beschließt mit der Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder eine Geschäftsordnung, die Regelungen über den Vorsitz, das Verfahren zur internen Willensbildung und zur Beschlussfassung enthalten muss. Ergänzend finden die Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes Anwendung. Kostentragende Dienststelle im Sinne des § 44 des Bundespersonalvertretungsgesetzes ist die Deutsche Rentenversicherung Bund.

Fünfter Unterabschnitt

Vereinigung von Regionalträgern

§ 141

Vereinigung von Regionalträgern auf Beschluss ihrer Vertreterversammlungen

- (1) Regionalträger können sich zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit oder Leistungsfähigkeit auf Beschluss ihrer Vertreterversammlungen zu einem Regionalträger vereinigen, wenn sich durch die Vereinigung der Zuständigkeitsbereich des neuen Regionalträgers nicht über mehr als drei Länder erstreckt. Der Vereinigungsbeschluss bedarf der Genehmigung der für die Sozialversicherung zuständigen obersten Landesbehörden der betroffenen Länder
- (2) Im Vereinigungsbeschluss müssen insbesondere Festlegungen über Name und Sitz des neuen Regionalträgers getroffen werden. Auf Verlangen der für die Sozialversicherung zuständigen obers-

- ten Landesbehörde mindestens eines betroffenen Landes muss bei länderübergreifenden Vereinigungen zusätzlich eine Festlegung über die Arbeitsmengenverteilung auf die Gebiete der Länder getroffen werden, auf die sich die an der Vereinigung beteiligten Regionalträger erstrecken.
- (3) Die beteiligten Regionalträger legen der nach der Vereinigung zuständigen Aufsichtsbehörde eine Satzung, einen Vorschlag zur Berufung der Mitglieder der Organe und eine Vereinbarung über die Rechtsbeziehungen zu Dritten vor. Die Aufsichtsbehörde genehmigt im Einvernehmen mit den Aufsichtsbehörden der übrigen Länder, auf deren Gebiete sich der Regionalträger erstreckt, die Satzung und die Vereinbarung, beruft die Mitglieder der Organe und bestimmt den Zeitpunkt, an dem die Vereinigung wirksam wird. Mit diesem Zeitpunkt tritt der neue Regionalträger in die Rechte und Pflichten des bisherigen Regionalträgers ein.
- (4) Beschlüsse der Vertreterversammlung des neuen Regionalträgers, die von der im Vereinigungsbeschluss getroffenen Festlegung über den Namen, den Sitz oder die Arbeitsmengenverteilung wesentlich abweichen, bedürfen der Genehmigung der für die Sozialversicherung zuständigen obersten Landesbehörden der Länder, auf die sich der neue Regionalträger erstreckt.

§ 142

Vereinigung von Regionalträgern durch Rechtsverordnung

- (1) Haben in einem Land mehrere Regionalträger ihren Sitz, kann die Landesregierung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit oder der Leistungsfähigkeit zwei oder mehrere Regionalträger durch Rechtsverordnung vereinigen. Das Nähere regelt die Landesregierung nach Anhörung der beteiligten Regionalträger in der Rechtsverordnung nach Satz 1.
- (2) Die Landesregierungen von höchstens drei Ländern können zu den in Absatz 1 genannten Zwecken durch gleichlautende Rechtsverordnungen sich auf ihre Gebiete erstreckende Regionalträger vereinigen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend."
- 18. § 147 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Der Träger der Rentenversicherung" durch die Wörter "Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 wird die Nummer 1 wie folgt gefasst:
 - "1. der Bereichsnummer des zuständigen Trägers der Rentenversicherung,".
 - c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Jede Person, an die eine Versicherungsnummer vergeben wird, und der für sie zuständige Träger der Rentenversicherung sind unver-

züglich über die vergebene Versicherungsnummer sowie über die Zuordnung nach § 127 zu unterrichten."

19. § 148 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "der Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle Cottbus" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle Cottbus" ersetzt.
 - bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz angefügt:
 - "Die Übermittlung darf auch durch Abruf im automatisierten Verfahren erfolgen, ohne dass es einer Genehmigung nach § 79 Abs. 1 des Zehnten Buches bedarf."
- b) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

20. § 150 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird die Nummer 6 wie folgt gefasst:
 - "6. Anschrift."
- c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 151a Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter "Die Träger der Rentenversicherung und der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger erstellen" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund erstellt" ersetzt.
- 22. In § 153 Abs. 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

23. § 154 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) In Absatz 3 Nr. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- c) In Absatz 3 Nr. 2 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

24. § 156 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

..Es werden

- vom Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund gemäß § 64 Abs. 4 des Vierten Buches je drei Vertreter der allgemeinen Rentenversicherung und
- vom Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung je ein Vertreter

der Versicherten und der Arbeitgeber vorgeschlagen; hierbei ist sicherzustellen, dass die Regionalträger und die Bundesträger gleichgewichtig im Sozialbeirat vertreten sind."

25. § 158 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In Absatz 4 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 159 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 163 Abs. 10 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 168 Abs. 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 170 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 176 Abs. 2 werden die Wörter "Träger der Rentenversicherung" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 31. In § 176a werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 32. § 177 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten"

durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

- b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
 - "(4) Die Beitragszahlung des Bundes erfolgt in zwölf gleichen Monatsraten. Die Festsetzung und Auszahlung der Monatsraten sowie die Abrechnung führt das Bundesversicherungsamt entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften durch."
- In § 178 Abs. 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 187b Abs. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt
- 35. § 196 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Die Handwerkskammern haben den Regionalträgern Anmeldungen, Änderungen und Löschungen in der Handwerksrolle oder in dem Verzeichnis nach § 19 der Handwerksordnung, soweit es sich auf zulassungsfreie Handwerksbetriebe bezieht, mitzuteilen. Die Mitteilungen sind von den Regionalträgern an den zuständigen Träger der Rentenversicherung weiterzuleiten. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung wird ermächtigt, durch allgemeine Verwaltungsvorschrift mit Zustimmung des Bundesrates Art und Umfang der Mitteilungen der Handwerkskammern zu bestimmen."
- 36. § 201 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 37. In § 212 werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben.
- 38. Nach § 212 werden folgende §§ 212a und 212b eingefügt:

"§ 212a

Prüfung der Beitragszahlungen und Meldungen für sonstige Versicherte und Nachversicherte

(1) Die Träger der Rentenversicherung prüfen bei den Stellen, die die Pflichtbeiträge für sonstige Versicherte sowie für nachversicherte Personen zu zahlen haben (Zahlungspflichtige), ob diese ihre Meldepflichten und ihre sonstigen Pflichten nach diesem Gesetzbuch im Zusammenhang mit der Zahlung von Pflichtbeiträgen ordnungsgemäß erfül-

- len. Sie prüfen insbesondere die Richtigkeit der Beitragszahlungen und der Meldungen. Eine Prüfung erfolgt mindestens alle vier Jahre; die Prüfung soll in kürzeren Zeitabständen erfolgen, wenn der Zahlungspflichtige dies verlangt.
- (2) Ein Zahlungspflichtiger ist jeweils nur von einem Träger der Rentenversicherung zu prüfen. Die Träger der Rentenversicherung stimmen sich darüber ab, welche Zahlungspflichtigen sie prüfen. Soweit die Prüfungen durch die Regionalträger durchgeführt werden, ist örtlich der Regionalträger zuständig, in dessen Bereich der Zahlungspflichtige seinen Sitz oder Wohnsitz hat. Eine Prüfung beim Arbeitgeber nach § 28p des Vierten Buches soll zusammen mit einer Prüfung bei den Zahlungspflichtigen durchgeführt werden; eine entsprechende Kennzeichnung des Arbeitgebers in der Datei nach § 28p Abs. 8 Satz 1 des Vierten Buches ist zulässig.
- (3) Die Zahlungspflichtigen haben angemessene Prüfhilfen zu leisten. Automatisierte Abrechnungsverfahren sind in die Prüfung einzubeziehen. Die Zahlungspflichtigen und die Träger der Rentenversicherung treffen entsprechende Vereinbarungen.
- (4) Zu prüfen sind auch Rechenzentren und vergleichbare Stellen, soweit sie im Auftrag der Zahlungspflichtigen oder einer von ihnen beauftragten Stelle die Pflichtbeiträge berechnen, zahlen oder Meldungen erstatten. Soweit die Prüfungen durch die Regionalträger durchgeführt werden, richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem Sitz der Stelle. Absatz 3 gilt entsprechend.
- (5) Die Deutsche Rentenversicherung Bund führt für die Prüfung bei den Zahlungspflichtigen eine Datei, in der folgende Daten gespeichert werden:
- 1. der Name,
- 2. die Anschrift,
- die Betriebsnummer und, soweit erforderlich, ein weiteres Identifikationsmerkmal der Zahlungspflichtigen,
- die für die Planung der Prüfung erforderlichen Daten der Zahlungspflichtigen und
- 5. die Ergebnisse der Prüfung.

Sie darf die in dieser Datei gespeicherten Daten nur für die Prüfung bei den Zahlungspflichtigen und bei den Arbeitgebern verwenden. Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung führt für die Prüfung der Zahlungspflichtigen eine Datei, in der

- die Betriebsnummern und, soweit erforderlich, ein weiteres Identifikationsmerkmal der Zahlungspflichtigen,
- die Versicherungsnummern der Versicherten, für welche die Zahlungspflichtigen Pflichtbeiträge zu zahlen haben und
- 3. der Beginn und das Ende der Zahlungspflicht

gespeichert werden; im Falle des Satzes 4 darf die Datenstelle die Daten der Stammsatzdatei (§ 150) und der Dateien nach § 28p Abs. 8 Satz 1 und 2 des Vierten Buches für die Prüfung bei den Zahlungspflichtigen verwenden. Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung ist verpflichtet, auf Anforderung des prüfenden Trägers der Rentenversicherung

- die in den Dateien nach den Sätzen 1 und 3 gespeicherten Daten,
- die in den Versicherungskonten der Träger der Rentenversicherung gespeicherten, auf den Prüfungszeitraum entfallenden Daten der Versicherten, für die von den Zahlungspflichtigen Pflichtbeiträge zu zahlen waren oder zu zahlen sind, und
- die bei den Trägern der Rentenversicherung gespeicherten Daten über die Nachweise der unmittelbar an sie zu zahlenden Pflichtbeiträge

zu erheben und zu verwenden, soweit dies für die Prüfung nach Absatz 1 erforderlich ist. Die dem prüfenden Träger der Rentenversicherung übermittelten Daten sind unverzüglich nach Abschluss der Prüfung bei der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung und beim prüfenden Träger der Rentenversicherung zu löschen. Die Zahlungspflichtigen und die Träger der Rentenversicherung sind verpflichtet, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung die für die Prüfung nach Absatz 1 erforderlichen Daten zu übermitteln. Die Übermittlung darf auch durch Abruf im automatisierten Verfahren erfolgen, ohne dass es einer Genehmigung nach § 79 Abs. 1 des Zehnten Buches bedarf.

- (6) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über
- die Pflichten der Zahlungspflichtigen und der in Absatz 4 genannten Stellen bei automatisierten Abrechnungsverfahren,
- 2. die Durchführung der Prüfung sowie die Behebung von Mängeln, die bei der Prüfung festgestellt worden sind, und
- den Inhalt der Datei nach Absatz 5 Satz 1 hinsichtlich der für die Planung und für die Speicherung der Ergebnisse der Prüfungen bei Zahlungspflichtigen erforderlichen Daten sowie über den Aufbau und die Aktualisierung dieser Datei

bestimmen.

§ 212b

Prüfung der Beitragszahlung bei versicherungspflichtigen Selbständigen

Die Träger der Rentenversicherung sind berechtigt, Prüfungen bei den versicherungspflichtigen Selbständigen durchzuführen. § 212a Abs. 2 Satz 1 bis 3, Abs. 3 Satz 1 und Abs. 6 Nr. 1 und 2 gilt entsprechend. § 212a Abs. 4 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Prüfung auch bei von den versicherungspflichtigen Selbständigen beauftragten steuerberatenden Stellen durchgeführt werden darf. § 98 Abs. 1 Satz 2 bis 4, Abs. 2, 4 und 5 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 des Zehnten Buches gilt entsprechend."

- 39. § 213 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Der Bundeszuschuss zu den Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung ändert sich im jeweils folgenden Kalenderjahr in dem Verhältnis, in dem die Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im vergangenen Kalenderjahr zur entsprechenden Bruttolohn- und -gehaltssumme im vorvergangenen Kalenderjahr steht."

- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
- d) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 angefügt:
 - "(6) Die Festsetzung und Auszahlung der Monatsraten sowie die Abrechnung führt das Bundesversicherungsamt durch."
- In § 214 Abs. 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 41. Nach § 214 wird folgender § 214a eingefügt:

"§ 214a

Liquiditätserfassung

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Bund erfasst arbeitstäglich die Liquiditätslage der allgemeinen Rentenversicherung. Die Träger der allgemeinen Rentenversicherung melden die hierfür erforderlichen Daten an die Deutsche Rentenversicherung Bund. Das Erweiterte Direktorium bei der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmt die Einzelheiten des Verfahrens.
- (2) Die Deutsche Rentenversicherung Bund legt dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und dem Bundesversicherungsamt monatlich oder auf Anforderung in einer Schnellmeldung Angaben über die Höhe der aktuellen Liquidität vor. Das Nähere zur Ausgestaltung dieses Meldeverfahrens wird durch eine Vereinbarung zwischen dem Bundesversicherungsamt und der Deutschen Rentenversicherung Bund geregelt."
- 42. § 216 wird wie folgt gefasst:

"§ 216

Nachhaltigkeitsrücklage

(1) Die Träger der allgemeinen Rentenversicherung halten eine gemeinsame Nachhaltigkeitsrück-

lage (Betriebsmittel und Rücklage), der die Überschüsse der Einnahmen über die Ausgaben zugeführt werden und aus der Defizite zu decken sind. Das Verwaltungsvermögen gehört nicht zu der Nachhaltigkeitsrücklage.

(2) Die gemeinsame Nachhaltigkeitsrücklage wird bis zum Umfang von 50 vom Hundert der durchschnittlichen Ausgaben zu eigenen Lasten aller Träger der allgemeinen Rentenversicherung für einen Kalendermonat dauerhaft von der Deutschen Rentenversicherung Bund verwaltet. Überschreitet die gemeinsame Nachhaltigkeitsrücklage über einen längeren Zeitraum diesen Umfang, ist sie insoweit von den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung zu verwalten. Das Nähere hierzu regelt das Erweiterte Direktorium bei der Deutschen Rentenversicherung Bund."

43. Nach § 217 Abs. 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

- "(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 darf die Nachhaltigkeitsrücklage ganz oder teilweise längstens bis zum nächsten gesetzlich vorgegebenen Zahlungstermin festgelegt werden, wenn gemäß der Liquiditätserfassung nach § 214a erkennbar ist, dass der allgemeinen Rentenversicherung die liquiden Mittel der Nachhaltigkeitsrücklage nicht ausreichen, die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen."
- 44. § 218 wird aufgehoben.
- 45. § 219 wird wie folgt gefasst:

"§ 219

Finanzverbund in der allgemeinen Rentenversicherung

- (1) Die Ausgaben für Renten, Beitragserstattungen, die von der allgemeinen Rentenversicherung zu tragenden Beiträge zur Krankenversicherung und die sonstigen Geldleistungen, die nicht Leistungen zur Teilhabe oder Aufwendungen für Verwaltungs- und Verfahrenskosten sowie Investitionen sind, werden von den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen jeweils für ein Kalenderjahr gemeinsam getragen. Die Zuschüsse des Bundes, die Beitragszahlung des Bundes für Kindererziehungszeiten und die Erstattungen des Bundes, mit Ausnahme der Erstattung für Kinderzuschüsse nach § 270 und der Erstattung durch den Träger der Versorgungslast im Beitrittsgebiet nach § 290a an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung, werden nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen zugeordnet. Die gemeinsame Nachhaltigkeitsrücklage einschließlich der Erträge hieraus wird den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen zugeordnet.
- (2) Die Regionalträger und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der allgemeinen Rentenversicherung überweisen monat-

lich vollständig die von ihnen verwalteten Mittel an den Renten Service der Deutschen Post AG oder an die Deutsche Rentenversicherung Bund, soweit sie nicht unmittelbar für Leistungen zur Teilhabe, Verwaltungs- und Verfahrenskosten, Ausgaben für die Schaffung oder Erhaltung nicht liquider Teile des Anlagevermögens benötigt werden oder von ihnen als Nachhaltigkeitsrücklage zu verwalten sind. Zu den monatlichen Zahlungsterminen zählen insbesondere die Termine für die Vorschüsse zur Auszahlung der Rentenleistungen in das Inland und die Termine für sonstige gemeinsam zu finanzierende Ausgaben einschließlich der Verpflichtungen der Deutschen Rentenversicherung Bund aus der Durchführung des Zahlungsverkehrs für den Risikostrukturausgleich gemäß § 266 des Fünften Buches. Das Nähere hierzu regelt das Erweiterte Direktorium bei der Deutschen Rentenversicherung Bund.

(3) Die Deutsche Rentenversicherung Bund füllt die für die jeweiligen Zahlungsverpflichtungen der allgemeinen Rentenversicherung fehlenden Mittel unter Berücksichtigung der Zahlungen Dritter auf. Reichen die verfügbaren Mittel aller Träger der allgemeinen Rentenversicherung nicht aus, die jeweiligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, beantragt sie zusätzliche finanzielle Hilfen des Bundes."

46. § 220 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die jährlichen Ausgaben im Bereich der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für Leistungen zur Teilhabe werden entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolohn- und gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer festgesetzt."

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

- "(2) Die Träger der allgemeinen Rentenversicherung stimmen die auf sie entfallenden Anteile an dem Gesamtbetrag der Leistungen zur Teilhabe in der Deutschen Rentenversicherung Bund ab. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass die Leistungen zur Teilhabe dem Umfang und den Kosten nach einheitlich erbracht werden. Das Nähere hierzu regelt das Erweiterte Direktorium bei der Deutschen Rentenversicherung Bund."
- c) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Deutsche Rentenversicherung Bund wirkt darauf hin, dass die jährlichen Verwaltungs- und Verfahrenskosten bis zum Jahr 2010 um 10 vom Hundert der tatsächlichen Ausgaben für Verwaltungs- und Verfahrenskosten für das Kalenderjahr 2004 vermindert werden. Vom Jahr 2007 an hat die Deutsche Rentenversicherung Bund jedes Jahr dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung über die Entwicklung der Verwaltungs- und Verfahrenskosten bei den einzelnen Trägern und in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie über die umgesetzten und geplanten Maßnahmen zur Optimierung die-

ser Kosten zu berichten. Dabei ist gesondert auf die Schlussfolgerungen einzugehen, welche sich aus dem Benchmarking der Versicherungsträger ergeben."

- In § 221 Satz 3 werden die Wörter "im Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "in der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 48. § 223 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Soweit im Leistungsfall die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständig ist, erstatten ihr die Träger der allgemeinen Rentenversicherung den von ihnen zu tragenden Anteil der Leistungen."

- bb) In Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Soweit im Leistungsfall ein Träger der allgemeinen Rentenversicherung zuständig ist, erstattet ihm die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung den von ihr zu tragenden Anteil der Leistungen."

- c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" und die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaftbahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 49. § 224 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "zum Termin der Rentenvorschusszahlung eines jeden Kalendervierteljahres fällig werden" durch die Wörter "am Fälligkeitstag der Rentenvorschüsse in das Inland für den letzten Monat eines Kalendervierteljahres zu zahlen sind" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" und die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

- c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 224a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 51. § 227 wird wie folgt gefasst:

..§ 227

Abrechnung der Aufwendungen

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Bund verteilt die Beträge nach § 219 Abs. 1 und § 223 auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung und führt die Abrechnung der Träger der allgemeinen Rentenversicherung mit dem Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung sowie mit der Deutschen Post AG durch. Die Ausgleiche der Zahlungsverpflichtungen zwischen den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung erfolgen ausschließlich buchhalterisch. Die Zahlungsausgleiche der allgemeinen Rentenversicherung mit dem Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung und mit der Deutschen Post AG werden von der Deutschen Rentenversicherung Bund innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Abrechnung durchgeführt.
- (1a) Das Bundesversicherungsamt führt die Abrechnung der Zahlungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung durch. Nachzahlungen des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung werden zugunsten der Deutschen Rentenversicherung Bund und Nachzahlungen an die knappschaftliche Rentenversicherung werden an den Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe der Abrechnung ausgeführt.
- (2) Die Deutsche Post AG teilt der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesversicherungsamt zum Ablauf eines Kalenderjahres die Beträge mit, die auf Anweisung der Träger der allgemeinen Rentenversicherung gezahlt worden sind.
- (3) Im Übrigen obliegt dem Erweiterten Direktorium bei der Deutschen Rentenversicherung Bund die Aufstellung von Grundsätzen zur und die Steuerung der Finanzausstattung und der Finanzverwaltung im Rahmen des geltenden Rechts für das gesamte System der Deutschen Rentenversicherung."
- 52. § 248 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Zeiten der Versicherungspflicht von selbständig Tätigen im Beitrittsgebiet werden der allgemeinen Rentenversicherung zugeordnet."

52a. In § 255a Abs. 3 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

53. § 255e wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- c) In Absatz 4 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- d) In Absatz 5 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 269 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 55. § 273 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Für Beschäftigte ist die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung auch zuständig, wenn die Versicherten auf Grund der Beschäftigung in einem nichtknappschaftlichen Betrieb bereits vor dem 1. Januar 1992 bei der Bundesknappschaft versichert waren, solange diese Beschäftigung andauert. Werden Beschäftigte in einem Betrieb oder Betriebsteil, für dessen Beschäftigte die Bundesknappschaft bereits vor dem 1. Januar 1992 zuständig war, infolge einer Verschmelzung, Umwandlung oder einer sonstigen Maßnahme innerhalb von 18 Kalendermonaten nach dieser Maßnahme in einem anderen Betrieb oder Betriebsteil des Unternehmens tätig, bleibt die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Dauer dieser Beschäftigung zuständig.
 - c) In Absatz 2 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
 - d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe "nach § 140" durch die Angabe "nach § 130 und § 136" ersetzt.

- bb) In Satz 2 wird die Angabe "31. Dezember 2001" durch die Angabe "31. Dezember 2004" ersetzt.
- e) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Beschäftigte, die bei der Bundesknappschaft beschäftigt sind, sind bis zum 30. September 2005 in der knappschaftlichen Rentenversicherung versichert. Für Versicherte, die am 30. September 2005 bei der Bundesknappschaft beschäftigt und in der knappschaftlichen Rentenversicherung versichert sind, bleibt die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Dauer dieser Beschäftigung zuständig. Dies gilt auch für Beschäftigte der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, deren Beschäftigung unmittelbar an ein am 30. September 2005 bei der Bundesknappschaft bestehendes Ausbildungsverhältnis anschließt."
- f) Nach dem neuen Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:
 - "(5) Für Beschäftigte, die am 31. Dezember 1993 nach § 3 der Satzung der damaligen Bundesbahn-Versicherungsanstalt bei diesem Versicherungsträger versichert waren und nicht zu dem Personenkreis gehören, für den die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nach § 129 Abs. 1 zuständig ist, bleibt die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig."
- 56. In § 273a werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- 57. § 273b wird aufgehoben.
- 58. § 274a wird aufgehoben.
- Im Fünften Kapitel Erster Abschnitt Zehnter Unterabschnitt wird nach dem Zweiten Titel folgender Dritter Titel angefügt:

"Dritter Titel

Übergangsvorschriften zur Zuständigkeit der Rentenversicherungsträger

§ 274c

Ausgleichsverfahren

- (1) Versicherte, die vor dem 1. Januar 2005 eine Versicherungsnummer erhalten haben (Bestandsversicherte), bleiben dem am 31. Dezember 2004 zuständigen Träger zugeordnet. Ausgenommen sind Zuständigkeitswechsel
- 1. zwischen den Regionalträgern,

- 2. in die Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und
- 3. auf Grund des Ausgleichsverfahrens nach Absatz 2 bis 6.
- (2) Das Erweiterte Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund beschließt ein Ausgleichsverfahren, das die Zuständigkeit für Bestandsversicherte so festlegt, dass in einem Zeitraum von 15 Jahren eine Verteilung von 45 zu 55 vom Hundert zwischen den Bundesträgern und den Regionalträgern hergestellt wird. Für das Ausgleichsverfahren wird jährlich für jeden Versichertenjahrgang und jeden örtlichen Zuständigkeitsbereich eines Regionalträgers gesondert die Differenz zwischen der Ist-Verteilung und der Soll-Verteilung zwischen den Bundes- und den Regionalträgern ermittelt und jeweils ein der Restlaufzeit entsprechender Anteil der auszugleichenden Versichertenzahl neu zugeordnet. Erfasst werden erstmalig im Jahr 2005 Bestandsversicherte der Geburtsjahrgänge ab 1945 und jünger. In den Folgejahren ist der Geburtsjahrgang, ab dem Bestandsversicherte in das Ausgleichsverfahren einbezogen werden, jeweils um eins zu erhöhen.
- (3) Ausgenommen von dem Ausgleichsverfahren sind Bestandsversicherte,
- für die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zuständig ist,
- 2. die bereits einmal von einem Zuständigkeitswechsel nach Absatz 2 betroffen waren,
- 3. die bereits Leistungen beziehen oder bei denen ein Leistungsverfahren anhängig ist, oder
- solange deren Anwartschaften oder Rentenansprüche ganz oder teilweise im Sinne der §§ 53 und 54 des Ersten Buches übertragen, verpfändet oder gepfändet sind.
- (4) Bestandsversicherte, für die zwischen- oder überstaatliches Recht zur Anwendung kommt, sind ebenfalls entsprechend der Quote zwischen Bundes- und Landesebene unter Berücksichtigung der Aufgabenentwicklung der Verbindungsstellen auszugleichen.
- (5) Die Ausführung des Ausgleichsverfahrens erfolgt durch die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung; der zur Abwicklung verwendete Stammdatensatz ist entsprechend den Erfordernissen für die Dauer des Ausgleichsverfahrens zu erweitern. Über Zuständigkeitswechsel sind die betroffenen Versicherten und deren Rentenversicherungsträger unverzüglich zu unterrichten.
- (6) Bis zum Abschluss des Ausgleichsverfahrens veröffentlicht die Deutsche Rentenversicherung Bund jährlich, erstmals im Jahr 2006, einen Bericht über die tatsächliche Arbeitsmengenverteilung zwischen den Bundes- und den Regionalträgern im Berichtsjahr sowie eine Prognose über die künftige Entwicklung auf beiden Ebenen. Auf dieser Grundlage entscheidet das Erweiterte Direktorium, ob weiterer Bedarf zur Stabilisierung der Arbeitsmen-

gen zwischen den Trägern der Rentenversicherung besteht und beschließt die erforderlichen Maßnahmen

§ 274d

Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung bis zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Bis zum 30. September 2005 tritt an die Stelle der Deutschen Rentenversicherung Bund in § 125 Abs. 1 und 2 Satz 1, §§ 126 sowie 127 Abs. 2 Nr. 1 und 4 und Abs. 3 Nr. 2 die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.
- (2) Bis zum 30. September 2005 wird das Zuordnungsverfahren nach § 127 Abs. 2 vom Vorstand des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln aller Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl festgelegt.
- (3) Bis zum 30. September 2005 treten an die Stelle der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- die Bundesknappschaft in § 127 Abs. 2 Nr. 4, § 129 Abs. 1 Nr. 6 und in den Vorschriften des Dritten Kapitels Erster Abschnitt Dritter Unterabschnitt,
- die Bundesknappschaft, die Bahnversicherungsanstalt und die Seekasse in §§ 125, 126, 127 Abs. 2 Nr. 1 und 2 und, in der angegebenen Reihenfolge, in Absatz 3 Nr. 1 sowie in § 274c Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 1,
- 3. die Bahnversicherungsanstalt in § 129 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und 6 sowie in § 130,
- die Seekasse in § 129 Abs. 1 Nr. 5 und 6, Abs. 2 sowie in § 130."
- In § 275a Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt
- In § 277a Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 62. § 287c wird aufgehoben.
- 63. § 287d Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Das Bundesversicherungsamt verteilt die Beträge nach Absatz 1 auf die allgemeine und die knappschaftliche Rentenversicherung, setzt die Vorschüsse fest und führt die Abrechnung durch. Für die Träger der allgemeinen Rentenversicherung ist § 219 Abs. 1 entsprechend anzuwenden."
- 64. § 287e Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

- "(2) Der Zuschuss des Bundes zu den Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung, soweit sie für das Beitrittsgebiet zuständig ist (Bundeszuschuss-Beitrittsgebiet), wird jeweils für ein Kalenderjahr in der Höhe geleistet, die sich ergibt, wenn die Rentenausgaben für dieses Kalenderjahr einschließlich der Aufwendungen für Kindererziehungsleistungen für Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1927 und abzüglich erstatteter Aufwendungen für Renten und Rententeile mit dem Verhältnis vervielfältigt werden, in dem der Bundeszuschuss in der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet zu den Rentenausgaben desselben Kalenderjahres einschließlich der Aufwendungen aus der Erbringung von Kindererziehungsleistungen für Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 steht. Der Bundeszuschuss-Beitrittsgebiet ist auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung im Beitrittsgebiet entsprechend ihrem jeweiligen Verhältnis an den Beitragseinnahmen buchhalterisch aufzuteilen."
- In § 287f wird die Angabe "nach § 219 Abs. 1 und 2" durch die Angabe "nach § 227 Abs. 1 und 1a" ersetzt.
- 66. § 289 Abs. 1 und 2 werden wie folgt gefasst:
 - "(1) Hat ein Träger der allgemeinen Rentenversicherung eine Gesamtleistung mit einem knappschaftlichen Leistungsanteil festgestellt, so erstattet die Deutsche Rentenversicherung KnappschaftBahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung den auf sie entfallenden Leistungsanteil ohne Kinderzuschuss an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung.
 - (2) Hat die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung eine Gesamtleistung mit einem Leistungsanteil der allgemeinen Rentenversicherung festgestellt, erstatten ihr die Träger der allgemeinen Rentenversicherung den von ihnen zu tragenden Leistungsanteil und den Kinderzuschuss."

67. § 289a wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter "Träger der Rentenversicherung der Arbeiter" durch das Wort "Regionalträger" und die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 227 ist entsprechend anzuwenden."
- 68. In § 291b werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 69. In § 291c werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

70. § 292a Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Das Bundesversicherungsamt führt die Abrechnung mit den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung durch."

71. § 293 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter ter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt
- c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 5 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

"(4) Die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung sind verpflichtet, das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung über die Erfüllung der Verpflichtungen nach Absatz 3 umfassend in monatlichem Abstand zu unterrichten. Die Erfüllung der Verpflichtungen nach Absatz 3 ist vorrangig durch die vorgenannten Träger zu bewirken. Im Übrigen ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung berechtigt, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung im Benehmen mit diesen bei allen Rechtsgeschäften zu vertreten, die zur Erfüllung der Verpflichtungen nach Absatz 3 vorzunehmen sind; insoweit tritt das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung an die Stelle des jeweiligen Vorstandes. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung kann sich dabei eines Dritten bedienen. Die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung haben dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung oder dem von diesem beauftragten Dritten die für die Vornahme dieser Rechtsgeschäfte erforderlichen Unterlagen zu übergeben und die hierfür benötigten Auskünfte zu erteilen. Rechtsgeschäfte über die nach Absatz 3 aufzulösenden Vermögensgegenstände, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund oder von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung vorgenommen werden, bedürfen der Einwilligung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung."

- 72. In § 297 Abs. 1 Satz 3 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 73. In § 307 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 74. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:

In der Tabelle werden in der Überschrift zur zweiten Spalte die Wörter "Rentenversicherung der" durch die Wörter "Allgemeine Rentenversicherung" ersetzt

75. Die Anlage 2a wird wie folgt geändert:

In der Tabelle werden in der Überschrift zur zweiten Spalte die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "Allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

- 76. Die Anlage 2b wird wie folgt geändert:
 - a) In der Tabelle für den Zeitraum vom 1. Januar 1935 bis 31. Dezember 1990 werden in der Überschrift zur zweiten Spalte die Wörter "Rentenversicherung der" durch die Wörter "Allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) In der Tabelle für den Zeitraum ab 1.1.1991 werden in der Überschrift zur zweiten Spalte die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "Allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 2

Weitere Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

(860-6)

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBI. I S. 754, 1404, 3384), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

 In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zum Dritten Kapitel Erster Abschnitt Sechster und Siebter Unterabschnitt wie folgt gefasst:

"Sechster Unterabschnitt

Beschäftigte der Versicherungsträger

- § 143 Bundesunmittelbare Versicherungsträger
- § 144 Landesunmittelbare Versicherungsträger

Siebter Unterabschnitt

Datenstelle der Träger der Rentenversicherung

- § 145 Datenstelle der Träger der Rentenversicherung".
- In § 128 Abs. 3 wird das Wort "Landesversicherungsanstalt" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung" ersetzt.
- 3. Im Dritten Kapitel Erster Abschnitt werden der Sechste und der Siebte Unterabschnitt wie folgt gefasst:

"Sechster Unterabschnitt

Beschäftigte der Versicherungsträger

§ 143

Bundesunmittelbare Versicherungsträger

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und die bundesunmittelbaren Regionalträger besitzen Dienstherrnfähigkeit im Sinne des § 121 des Beamtenrechtsrahmengesetzes.
- (2) Die Mitglieder des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund werden von dem Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung für die Dauer von sechs Jahren zu Beamten auf Zeit ernannt. Die beamtenrechtlichen Vorschriften über die Laufbahnen und die Probezeit sind nicht anzuwenden.
- (3) Ist ein Mitglied des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund aus einem Beamten- oder Richterverhältnis auf Lebenszeit ernannt worden, ruhen für die Dauer der Amtszeit die Rechte und Pflichten aus dem zuletzt im Beamten- oder Richterverhältnis auf Lebenszeit übertragenen Amt mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. § 15a des Beamtenversorgungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.
- (4) Ist ein Mitglied des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund nicht aus einem Beamtenoder Richterverhältnis auf Lebenszeit ernannt worden, ist § 66 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass ein Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit mit Ablauf des Monats der Vollendung des 65. Lebensjahres entsteht. Die Höhe des Ruhegehalts ist entsprechend § 14 Abs. 1 und 3 des Beamtenversorgungsgesetzes zu berechnen.
- (5) Wird ein Geschäftsführer der Deutschen Rentenversicherung Bund nach seiner Amtszeit zum Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung Bund ernannt, gilt § 66 Abs. 4 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes entsprechend.
- (6) Die Mitglieder der Geschäftsführungen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und der bundesunmittelbaren Regionalträger werden auf Vorschlag der Bundesregierung von dem Bundespräsidenten zu Beamten ernannt.

- (7) Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung ernennt die übrigen Beamten der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und der bundesunmittelbaren Regionalträger auf Vorschlag des jeweiligen Vorstandes. Es kann seine Befugnisse auf den Vorstand übertragen, dieser für den einfachen, mittleren und gehobenen Dienst auf das Direktorium oder die Geschäftsführung. Soweit die Ernennungsbefugnis auf den Vorstand oder auf das Direktorium oder die Geschäftsführung übertragen wird, bestimmt die Satzung, durch wen die Ernennungsurkunde zu vollziehen ist.
- (8) Oberste Dienstbehörde für die Mitglieder des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund und für die Mitglieder der Geschäftsführungen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und der bundesunmittelbaren Regionalträger ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, für die übrigen Beamten der Vorstand. Dieser kann seine Befugnisse auf den Präsidenten, das Direktorium, den Geschäftsführer oder auf die Geschäftsführung übertragen. § 187 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes und § 83 Abs. 1 des Bundesdisziplinargesetzes bleiben unberührt.
- (9) Beschäftigte der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See können Beschäftigte der See-Berufsgenossenschaft sein. Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See trägt für diese Beschäftigten die Verwaltungskosten einschließlich der bereits entstandenen und noch entstehenden Pensionslasten. Das Nähere bestimmt die Satzung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.

§ 144

Landesunmittelbare Versicherungsträger

- (1) Die landesunmittelbaren Regionalträger besitzen im Rahmen des Absatzes 2 Dienstherrnfähigkeit im Sinne des § 121 des Beamtenrechtsrahmengesetzes.
- (2) Die Beamten der landesunmittelbaren Regionalträger sind Beamte des Landes, soweit nicht eine landesgesetzliche Regelung etwas anderes bestimmt.
- (3) Die landesunmittelbaren Regionalträger tragen die Bezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen.

Siebter Unterabschnitt

Datenstelle der Träger der Rentenversicherung

§ 145

Datenstelle der Träger der Rentenversicherung

(1) Die Träger der Rentenversicherung unterhalten gemeinsam eine Datenstelle, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund verwaltet wird. Dabei ist sicherzustellen, dass die Datenbestände, die die Deutsche Rentenversicherung Bund als Träger der Rentenversicherung führt, und die Datenbestände der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung dauerhaft getrennt bleiben. Die Träger der Rentenversicherung können die Datenstelle als Vermittlungsstelle einschalten. Sie können durch die Datenstelle auch die Ausstellung von Sozialversicherungsausweisen veranlassen.

- (2) Die Deutsche Rentenversicherung Bund darf eine Datei mit Sozialdaten, die nicht ausschließlich einer Versicherungsnummer der bei ihr Versicherten zugeordnet ist, nur bei der Datenstelle und nur dann führen, wenn die Einrichtung dieser Datei gesetzlich bestimmt ist.
- (3) Die Datenstelle nimmt für die Träger der Rentenversicherung die Aufgaben als Bezeichnete Stelle für Datenübermittlungen innerhalb der Europäischen Union wahr.
- (4) Die Datenstelle untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, soweit ihr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes Aufgaben zugewiesen worden sind. Für die Aufsicht gelten die §§ 87 bis 89 des Vierten Buches entsprechend. Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung kann die Aufsicht ganz oder teilweise dem Bundesversicherungsamt übertragen."

Artikel 3

Änderung des Ersten Buches Sozialgesetzbuch

(860-1)

Das Erste Buch Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 2014), wird wie folgt geändert:

- In § 21 Abs. 2 und § 21b Abs. 2 werden jeweils die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 2. § 23 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Zuständig sind
 - in der allgemeinen Rentenversicherung die Regionalträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.
 - in der knappschaftlichen Rentenversicherung die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.
 - 3. in der Alterssicherung der Landwirte die landwirtschaftlichen Alterskassen."
- In § 35 Abs. 1 Satz 4 werden nach den Wörtern "der Leistungsträger und ihre Verbände," die Wörter "die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung," eingefügt.

Artikel 4

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

(860-3)

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBI. I S. 594, 595), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom

- 19. November 2004 (BGBI. I S. 2902), wird wie folgt geändert:
- In § 336 werden die Wörter "die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 341 Abs. 4 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch

(860-4-1)

Das Vierte Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – (Artikel I des Gesetzes vom 23. Dezember 1976, BGBI. I S. 3845), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. November 2004 (BGBI. I S. 2902), wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 71 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 71 Haushaltsplan der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See".
 - b) Die Angabe zu § 116 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 116 (weggefallen)".
 - c) Die Angabe zu § 117 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 117 Verwaltungsausgaben der knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner".
- 2. § 7a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 3 und Absatz 6 Satz 1 werden jeweils die Wörter "die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In den Absätzen 2 und 3 Satz 1, Absatz 4 und 5 werden jeweils die Wörter "Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 7c Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 18a Abs. 2 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 18f Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 22 Abs. 2 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

- In § 23 Abs. 2 Satz 3 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- 8. § 25 Abs. 2 Satz 6 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Sätze 2 bis 5 gelten für Prüfungen der Beitragszahlung bei sonstigen Versicherten, in Fällen der Nachversicherung und bei versicherungspflichtigen Selbständigen entsprechend, auch soweit die Prüfungen am 1. Januar 2005 noch nicht abgeschlossen sind."
- § 28b in der bis 31. Dezember 2005 geltenden Fassung wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter "Datenstelle der Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) Absatz 2a wird aufgehoben.
 - c) In Absatz 3 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt
 - d) In Absatz 4 werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund"
- 10. In § 28b Abs. 2 Satz 1 in der ab 1. Januar 2006 geltenden Fassung werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 11. § 28f Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
 - "Im Falle des Satzes 1 erhält die beauftragte Stelle auch den Gesamtsozialversicherungsbeitrag, den sie arbeitstäglich durch Überweisung unmittelbar an folgende Stellen weiterzuleiten hat:
 - 1. die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung an die zuständigen Einzugsstellen,
 - die Beiträge zur Rentenversicherung gemäß § 28k,
 - die Beiträge zur Arbeitsförderung an die Bundesagentur für Arbeit."
 - b) Satz 6 wird aufgehoben.
- 12. In § 28h Abs. 3 Satz 2 werden die Wörter "Datenstelle der Rentenversicherungsträger" durch die Wörter

"Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.

- In § 28i Satz 5 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle Cottbus" ersetzt.
- 14. § 28k wird wie folgt gefasst:

"§ 28k

Weiterleitung von Beiträgen

- (1) Die Einzugsstelle leitet dem zuständigen Träger der Pflegeversicherung, der Rentenversicherung und der Bundesagentur für Arbeit die für diese gezahlten Beiträge einschließlich der Zinsen auf Beiträge und Säumniszuschläge arbeitstäglich weiter. Die Deutsche Rentenversicherung Bund teilt den Einzugsstellen die zuständigen Träger der Rentenversicherung und deren Beitragsanteil spätestens bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres für das folgende Kalenderjahr mit. Die Deutsche Rentenversicherung Bund legt den Verteilungsschlüssel für die Aufteilung der Beitragseinnahmen der allgemeinen Rentenversicherung auf die einzelnen Träger unter Berücksichtigung der folgenden Parameter fest:
- Für die Aufteilung zwischen Deutsche Rentenversicherung Bund und Regionalträgern:
 - a) Für 2005 die prozentuale Aufteilung der gezahlten Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten im Jahr 2003,
 - b) Fortschreibung dieser Anteile in den folgenden Jahren unter Berücksichtigung der Veränderung des Anteils der bei den Regionalträgern Pflichtversicherten gegenüber dem jeweiligen vorvergangenen Kalenderjahr.
- Für die Aufteilung der Beiträge unter den Regionalträgern:
 - Das Verhältnis der Pflichtversicherten dieser Träger untereinander.
- Für die Aufteilung zwischen Deutsche Rentenversicherung Bund und Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See:
 - Das Verhältnis der in der allgemeinen Rentenversicherung Pflichtversicherten dieser Träger untereinander.
- (2) Bei geringfügigen Beschäftigungen werden die Beiträge zur Krankenversicherung zu Gunsten des Risikostrukturausgleichs an die Deutsche Rentenversicherung Bund, bei Versicherten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an den Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen weitergeleitet. Das Nähere zur Bestimmung des Anteils des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Krankenkassen, insbesondere über eine pauschale Berechnung und Aufteilung, vereinbaren die Spitzenverbände der beteiligten Träger der Sozialversicherung."

- 15. In § 28I Abs. 2 werden die Wörter "den Trägern der Rentenversicherung oder dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 16. § 28p wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 und Absatz 6 Satz 2 werden jeweils das Wort "Landesversicherungsanstalten" durch das Wort "Regionalträger" ersetzt.
 - b) In Absatz 7 Satz 2 werden der zweite Halbsatz aufgehoben und das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
 - c) Absatz 8 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter "Die Datenstelle der Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.
 - cc) In Satz 3 werden die Wörter "der bei ihr geführten Datei der geringfügig Beschäftigten und" gestrichen und nach dem Wort "Arbeitgebern" die Wörter "und für Prüfungen nach § 212a des Sechsten Buches" eingefügt.
 - dd) In Satz 4 Nr. 3 werden die Wörter ", sofern die Abstimmungen nach § 28k Abs. 2 nicht durchgeführt wurden oder unzulässige Abweichungen ergeben haben, und das Ergebnis der Abstimmungen" gestrichen.
 - ee) In Satz 6 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 17. § 28q wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

c) In Absatz 5 Satz 3 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle Cottbus" ersetzt.

18. § 31 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 - "Die Aufgaben des Geschäftsführers werden bei der Deutschen Rentenversicherung Bund durch das Direktorium wahrgenommen."
- b) Nach Absatz 3a wird folgender Absatz 3b eingefügt:
 - "(3b) Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund werden ein Ausschuss der Vertreterversammlung und ein Ausschuss des Vorstandes gebildet. Diese Ausschüsse entscheiden anstelle der Vertreterversammlung und des Vorstandes, soweit nicht § 64 Abs. 4 gilt."

19. § 32 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Organe der See-Krankenkasse sind die Organe der See-Berufsgenossenschaft. Die Satzungen der See-Berufsgenossenschaft und der See-Krankenkasse können vorsehen, dass für beide Versicherungsträger ein gemeinsamer Geschäftsführer und Stellvertreter gewählt wird, und das Nähere hierzu bestimmen."

20. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund wird der Beschluss über die Satzung gemäß § 64 Abs. 4 gefasst, soweit die Satzung Regelungen zu Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Deutschen Rentenversicherung oder zu gemeinsamen Angelegenheiten der Träger der Rentenversicherung trifft. Im Übrigen entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen der durch Wahl der Versicherten und Arbeitgeber der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmten Mitglieder."

- b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:
 - "(4) Soweit das Sozialgesetzbuch Bestimmungen über die Vertreterversammlung oder deren Vorsitzenden trifft, gelten diese für den Ausschuss der Vertreterversammlung nach § 31 Abs. 3b oder dessen Vorsitzenden entsprechend. Für den Beschluss über die Satzung gilt Absatz 1 Satz 3."

21. Dem § 35 wird folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Für den Ausschuss des Vorstandes nach § 31 Abs. 3b oder dessen Vorsitzenden gelten die Regelungen des Absatzes 2, des § 38 und die des Zweiten Titels entsprechend; zudem obliegt dem Ausschuss die Vertretung in Rechtsangelegenheiten. Der Ausschuss des Vorstandes nach § 31 Abs. 3b verwaltet den Versicherungsträger, soweit Gesetz oder sonstiges Recht nichts Abweichendes bestimmen."

- 22. Nach § 36 Abs. 3 werden folgende Absätze 3a und 3b eingefügt:
 - "(3a) Das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus einem Präsidenten als Vorsitzenden und zwei Geschäftsführern. Die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und die Außendarstellung der Deutschen Rentenversicherung Bund werden grundsätzlich vom Präsidenten wahrgenommen. Im Übrigen werden die Aufgabenbereiche der Mitglieder des Direktoriums durch die Satzung bestimmt. Die Vorschriften über den Geschäftsführer und § 36 Abs. 4 Satz 4 und 5 gelten für das Direktorium entsprechend.
 - (3b) Das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund wird auf Vorschlag des Vorstandes von der Vertreterversammlung gemäß § 64 Abs. 4 gewählt. Über den Vorschlag entscheidet der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund gemäß § 64 Abs. 4. Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt sechs Jahre."

23. § 39 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "der Arbeiter und der Angestellten" gestrichen.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
- b) In Absatz 2 Nr. 1 werden die W\u00f6rter ,der Arbeiter und der Angestellten\u00e4 gestrichen.

24. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Die Vertreterversammlungen der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung haben jeweils höchstens 30 Mitglieder; bis zum Ablauf der am 1. Oktober 2005 laufenden Wahlperiode gilt Satz 2. Für die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund gilt § 44 Abs. 5."

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 zweiter Halbsatz wird die Angabe "3" durch die Angabe "5" ersetzt.
 - bb) Nach Satz 2 werden folgende Sätze eingefügt:

"Bei dem Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund sind Stellvertreter die als solche gewählten Personen. Bei der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund gilt Entsprechendes für die von den Regionalträgern und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gewählten Mitglieder."

25. § 44 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe "bis 4" durch die Angabe "und 3" ersetzt.
 - bb) Nummer 3 wird aufgehoben.
 - cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "der Bahn-Versicherungsanstalt sowie bei" gestrichen.
- c) Folgende Absätze 5 und 6 werden angefügt:
 - "(5) Die Vertreterversammlungen der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wählen aus ihrer Selbstverwaltung jeweils zwei Mitglieder in die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund. Die Gewählten müssen je zur Hälfte der Gruppe der Versicherten und der Gruppe der Arbeitgeber angehören. Die weiteren Mitglieder der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund werden von den Versicherten und Arbeitgebern der Deutschen Rentenversicherung Bund gewählt; ihre Anzahl wird durch die Satzung festgelegt und darf die Zahl 30 nicht überschreiten. Bis zum Ablauf der am 1. Oktober 2005 laufenden Wahlperiode darf sie die Zahl 60 nicht überschreiten. Dem Ausschuss der Vertreterversammlung nach § 31 Abs. 3b gehören die durch Wahl der Versicherten und Arbeitgeber der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmten Mitglieder an.
 - (6) Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund besteht aus 22 Mitgliedern. Zwölf Mitglieder werden auf Vorschlag der Vertreter der Regionalträger, acht Mitglieder auf Vorschlag der nach Absatz 5 Satz 3 gewählten Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Bund und zwei Mitglieder auf Vorschlag der Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gewählt. Die Gewählten müssen je zur Hälfte der Gruppe der Versicherten und der Gruppe der Arbeitgeber angehören. Dem Ausschuss des Vorstandes nach § 31 Abs. 3b gehören die Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund an, die auf Vorschlag der nach Absatz 5 Satz 3 gewählten Vertreter der Deutschen Rentenversicherung Bund bestimmt wurden."
- 26. § 46 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.
- 27. § 49 Abs. 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

"Für das Stimmrecht des Arbeitgebers bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung ist unerheblich, bei welchem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung die Versicherten wahlberechtigt sind."

28. § 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 zweiter Halbsatz werden die Wörter "einer hiernach zuständigen Landesversicherungsanstalt" durch die Wörter "einem hiernach zuständigen Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" und die Wörter "bei

- der Landesversicherungsanstalt, in deren" durch die Wörter "bei dem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung, in dessen" ersetzt.
- b) In Absatz 5 werden die Wörter "und der Seekasse" sowie die Wörter "oder der Seekasse" gestrichen.
- c) In Absatz 6 Nr. 6 Buchstabe b werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

29. § 52 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird die Angabe "§ 46 Abs. 2, 3 und 4" durch die Angabe "§ 46 Abs. 2 und 3" ersetzt.
- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Die Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund werden gemäß § 64 Abs. 4 gewählt."
- 30. § 54 Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben.
- 31. § 60 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:
 - "(1a) Scheiden von den Regionalträgern oder der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gewählte Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund aus, fordert der Vorsitzende des Vorstandes den jeweiligen Regionalträger oder die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auf, unverzüglich Nachfolger zu wählen. Scheiden von den Regionalträgern oder der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See vorgeschlagene Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund aus, fordert der Vorsitzende des Vorstandes die Vorschlagsberechtigten auf, unverzüglich Nachfolger zur Wahl vorzuschlagen. Das Nähere regelt die Satzung. Absatz 2, Absatz 3 Satz 2, Absatz 4 und 5 gelten entsprechend."
 - b) In Absatz 5 wird die Angabe "§ 46 Abs. 4" durch die Angabe "§ 46 Abs. 3" ersetzt.
- 32. § 61 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird aufgehoben.
 - b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 1 und 2.
 - c) In dem neuen Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter "bei den anderen Versicherungsträgern" gestrichen.
- 33. § 62 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "und in der Knappschaftsversicherung" gestrichen.

- bb) Satz 3 wird aufgehoben.
- b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung und des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund ist abweichend von Satz 1 in den ersten beiden Wahlgängen jeweils eine Mehrheit nach § 64 Abs. 4 erforderlich."

34. Dem § 64 wird folgender Absatz 4 angefügt:

"(4) Beschlüsse der Vertreterversammlung und des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund in Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und in gemeinsamen Angelegenheiten der Träger der Rentenversicherung werden mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln aller gewichteten Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl getroffen. Bei Beschlüssen der Vertreterversammlung und des Vorstandes werden die Stimmen der Regionalträger mit insgesamt 55 vom Hundert und die der Bundesträger mit insgesamt 45 vom Hundert gewichtet. In der Vertreterversammlung orientiert sich die Gewichtung innerhalb der Regionalträger und innerhalb der Bundesträger jeweils an der Anzahl der Versicherten der einzelnen Träger. Im Vorstand gilt Entsprechendes innerhalb der Bundesträger. Das Nähere zur Stimmengewichtung nach Satz 1 bis 4 regelt die Satzung."

35. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird aufgehoben.
- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

36. Dem § 69 wird folgender Absatz 5 angefügt:

"(5) Die Träger der Rentenversicherung führen in geeigneten Bereichen ein Benchmarking durch."

37. § 70 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "Träger der Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" werden durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) Folgende Sätze werden angefügt:

"Im Haushaltsplan der Deutschen Rentenversicherung Bund werden die Einnahmen und Ausgaben für Grundsatz- und Querschnittsaufgaben und für gemeinsame Angelegenheiten der Träger der Rentenversicherung in einer gesonderten Anlage zum Haushalt ausgewiesen. Die Anlage wird vom Vorstand gemäß § 64 Abs. 4 aufgestellt und von der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund gemäß § 64 Abs. 4 festgestellt."

38. § 71 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Der Haushaltsplan der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist getrennt nach knappschaftlicher Krankenversicherung, knappschaftlicher Pflegeversicherung, knappschaftlicher Rentenversicherung und allgemeiner Rentenversicherung aufzustellen. Hierbei gelten Verwaltungsausgaben der knappschaftlichen Krankenversicherung und der allgemeinen Rentenversicherung als Verwaltungsausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung. Die Abstimmung nach § 220 Abs. 3 des Sechsten Buches bleibt unberührt."
- c) In Absatz 2 wird das Wort "hat" durch die Wörter "und die allgemeine Rentenversicherung haben"
- d) In Absatz 3 Satz 3 werden das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt und nach dem Wort "knappschaftliche" die Wörter "oder allgemeine" eingefügt.

39. § 72 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See bedarf der Beschluss der Genehmigung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erfolgt."

c) Nach Satz 2 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Bundesagentur für Arbeit bedarf der Beschluss der Genehmigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, die im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen erfolgt."

40. § 73 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

41. § 77 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

"Über die Entlastung des Vorstandes und des Geschäftsführers wegen der Rechnungsergebnisse für die Grundsatz- und Querschnittsaufga-

- ben bei der Deutschen Rentenversicherung Bund beschließt die Vertreterversammlung mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der gewichteten Stimmen der satzungsmäßigen Mitgliederzahl."
- b) In Absatz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt und nach den Wörtern "Pflegeversicherung und die" die Wörter "allgemeine sowie die" eingefügt.
- c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:
 - "(3) Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund sind die Rechnungsergebnisse für die Grundsatz- und Querschnittsaufgaben gesondert nachzuweisen."
- 42. In § 79 Abs. 1 Satz 5 werden die Wörter "Träger der Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "Träger der allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 43. Nach § 90 Abs. 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
 - "(2a) Die Aufsicht über die Deutsche Rentenversicherung Bund führt das Bundesversicherungsamt. Soweit die Deutsche Rentenversicherung Bund Grundsatz- und Querschnittsaufgaben wahrnimmt, führt das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung die Aufsicht; es kann die Aufsicht teilweise dem Bundesversicherungsamt übertragen."
- 44. In § 115 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 45. § 116 wird aufgehoben.
- 46. In der Überschrift zu § 117 wird das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "knappschaftlichen Krankenversicherung der Rentner" ersetzt.

Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch

(860-5)

Das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477, 2482), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. S. 2014), wird wie folgt geändert:

 In § 4 Abs. 2 werden die Wörter "die Bundesknappschaft als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung (Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See)" ersetzt.

- 2. In § 6 Abs. 5 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" und die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung" ersetzt.
- In § 39 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 72 Abs. 3 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 78 Abs. 3 Satz 3 wird die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 5" durch die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 3" ersetzt.
- In § 82 Abs. 3 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 7. In § 83 Satz 3 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 8. In § 86 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 87 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 3 werden jeweils die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 10. § 89 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt
 - b) In Absatz 7 Satz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 11. In § 90 Abs. 3 Satz 4 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 91 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 13. § 165 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"§ 165

See-Krankenkasse".

b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

- "(1) Die See-Krankenversicherung wird von der See-Krankenkasse durchgeführt. Es gelten die Vorschriften der gesetzlichen Krankenversicherung.
- (2) Die Beschäftigten der See-Krankenkasse können Beschäftigte der See-Berufsgenossenschaft sein. Die Beschäftigungsverhältnisse der Beschäftigten der See-Krankenkasse richten sich nach den für die See-Berufsgenossenschaft maßgeblichen Vorschriften."
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.
- d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.
- 14. In der Überschrift zum Sechsten Titel und in der Überschrift zu § 167 wird jeweils das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 15. In § 167 Satz 1 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See unter dem Namen Knappschaft" ersetzt.
- 16. § 174 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In Absatz 4 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersatzt
- 17. § 177 wird wie folgt gefasst:

"§ 177

Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Versicherungspflichtige Mitglieder der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind abweichend von § 173 die in den §§ 133 und 273 Abs. 1 bis 4 des Sechsten Buches genannten Personen, für die die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständig ist.
- (2) Die in § 5 Abs. 1 Nr. 11 und 12 genannten Versicherungspflichtigen und die in § 189 genannten Rentenantragsteller gehören der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See an, wenn sie zuletzt bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See versichert waren oder die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Feststellung der Rente zuständig ist; § 173 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 und § 174 Abs. 1 gelten.
- (3) Die in § 5 Abs. 1 Nr. 2 oder Nr. 5 bis 10 genannten Versicherungspflichtigen gehören der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See an, wenn sie zuletzt bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See versichert waren; § 173 gilt."

- In § 201 Abs. 6 Satz 2 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 19. In § 208 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 5" durch die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 3" ersetzt.

20. § 212 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- b) In Absatz 3 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 21. § 213 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 22. § 219d Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 5" wird durch die Angabe "§§ 67 bis 70 Abs. 1 und 3" ersetzt.
 - b) Die Angabe "§ 72 Abs. 1 und 2 Satz 1 Halbsatz 1" wird durch die Angabe "§ 72 Abs. 1 und 2 Satz 1" ersetzt.
- 23. In § 226 Abs. 4 Satz 4 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 228 Abs. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 25. In § 255 Abs. 1, Abs. 3 Satz 2 und 4 und Abs. 4 Satz 2 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 266 Abs. 6 Satz 6 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 267 Abs. 7 Nr. 4 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 28. § 281 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe "
 § 70 Abs. 5" wird durch die Angabe "
 § 70 Abs. 3" ersetzt.

- b) Die Angabe "§ 72 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 erster Halbsatz" wird durch die Angabe "§ 72 Abs. 1 und 2 Satz 1" ersetzt.
- 29. In § 283 Satz 3 werden die Wörter "der Bundesknappschaft deren Sozialmedizinischer Dienst" durch die Wörter "der knappschaftlichen Krankenversicherung der Sozialmedizinische Dienst der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 309 Abs. 1 Nr. 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

(860-7)

In § 143 Abs. 3 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 2014) geändert worden ist, werden die Wörter "die Seekasse" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" und die Wörter "der Seekasse" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch

(860-9)

In § 64 Abs. 2 Satz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 606) geändert worden ist, werden die Wörter "des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 9

Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch

(860-10-1)

Das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBI. I S. 130), zuletzt geändert durch Artikel 10 Nr. 10 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBI. I S. 1950), wird wie folgt geändert:

 In § 67b Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter "und deren Verbänden" gestrichen und vor dem Wort "Arbeitsgemeinschaften" das Wort "deren" eingefügt.

- 2. § 71 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 10 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Nummer 11 werden die Wörter "der Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle" ersetzt.
- 3. In § 79 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" sowie die Wörter "der Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle" ersetzt.
- 4. § 81 Abs. 3 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung nach § 145 Abs. 1 des Sechsten Buches gilt als öffentliche Stelle des Bundes."
- In § 101a Abs. 3 Nr. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 10

Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch

(860-11)

Das Elfte Buch Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBI. I S. 1014, 1015), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022), wird wie folgt geändert:

- 1. § 44 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe "141" durch die Angabe "137" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 46 Abs. 1 werden die Sätze 3 bis 5 gestrichen und im bisherigen Satz 6 die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 3. In § 52 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 4. § 60 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die Deutsche Rentenversicherung Bund leitet alle Pflegeversicherungsbeiträge aus Rentenleistungen der allgemeinen Rentenversicherung am fünften

- Arbeitstag des Monats, der dem Monat folgt, in dem die Rente fällig war, an den Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung (§ 65) weiter."
- b) In Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 66 Abs. 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 68 Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

(860-12)

In § 45 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 Satz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003, BGBl. I S. 3022, 3023), das durch Artikel 10 Nr. 10a des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 12

Änderung des Abgeordnetengesetzes

(1101-8)

In § 23 Abs. 1 Satz 2 des Abgeordnetengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBI. I S. 326), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. März 2004 (BGBI. I S. 459) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 13

Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bundesdisziplinargesetzes bei den bundesunmittelbaren Körperschaften mit Dienstherrnfähigkeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

(2031-4-18)

Die Verordnung zur Durchführung des Bundesdisziplinargesetzes bei den bundesunmittelbaren Körperschaften mit Dienstherrnfähigkeit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung vom 24. Februar 2003 (BGBI. I S. 300) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:

"§ 1

Oberste Dienstbehörde

- (1) Die Befugnisse des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung als oberster Dienstbehörde im Sinne des Bundesdisziplinargesetzes werden für die Beamtinnen und Beamten der Deutschen Rentenversicherung Bund auf den Vorstand übertragen, der diese Befugnisse auf die Präsidentin oder den Präsidenten oder das Direktorium der Deutschen Rentenversicherung Bund übertragen kann. Satz 1 gilt nicht für die Präsidentin oder den Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung Bund und die übrigen Mitglieder des Direktoriums.
- (2) Die Befugnisse des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung als oberster Dienstbehörde im Sinne des Bundesdisziplinargesetzes werden für die Beamtinnen und Beamten der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See dem Vorstand übertragen, der diese Befugnisse auf die Erste Direktorin oder den Ersten Direktor der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See oder die Geschäftsführung übertragen kann. Satz 1 gilt nicht für die Erste Direktorin oder den Ersten Direktor der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und die übrigen Mitglieder der Geschäftsführung.
- (3) Die Befugnisse des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung als oberster Dienstbehörde im Sinne des Bundesdisziplinargesetzes werden für die Beamtinnen und Beamten der Unfallkasse des Bundes, mit Ausnahme der Beamtinnen und Beamten der Künstlersozialkasse, auf den Vorstand der Unfallkasse des Bundes übertragen, der diese Befugnisse auf die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer der Unfallkasse des Bundes weiter übertragen kann. Die Befugnisse für die Beamtinnen und Beamten der Künstlersozialkasse werden auf die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer der Unfallkasse des Bundes übertragen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer der Unfallkasse des Bundes, ihre oder seine Vertretung sowie für die Vertretung der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers in Angelegenheiten der Künstlersozialkasse."
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
 - "1. bei der Deutschen Rentenversicherung Bund
 - a) für die Präsidentin oder den Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Direktoriums die Bundesministerin oder der Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung,
 - b) für die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter die Präsidentin oder der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund und
 - c) für die übrigen Beamtinnen und Beamten die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter Personal der Körperschaft;".

- b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:
 - "2. bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
 - a) für die Erste Direktorin oder den Ersten Direktor und die übrigen Mitglieder der Geschäftsführung die Bundesministerin oder der Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung,
 - b) für die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter die Geschäftsführung der Körperschaft und
 - c) für die übrigen Beamtinnen und Beamten die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter Personal der Körperschaft;".
- c) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.
- 3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
 - "1. bei der Deutschen Rentenversicherung Bund
 - a) für die Präsidentin oder den Präsidenten und die übrigen Mitglieder des Direktoriums die Bundesministerin oder der Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung,
 - b) für die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter der Vorstand der Körperschaft und
 - c) für die übrigen Beamtinnen und Beamten die Präsidentin oder der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund;".
 - b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:
 - "2. bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
 - a) für die Erste Direktorin oder den Ersten Direktor und die übrigen Mitglieder der Geschäftsführung die Bundesministerin oder der Bundesminister für Gesundheit und Soziale Sicherung,
 - b) für die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter der Vorstand der Körperschaft und
 - c) für die übrigen Beamtinnen und Beamten die Geschäftsführung der Körperschaft;".
 - c) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

(2032-1)

Die Anlage I (Bundesbesoldungsordnungen A und B) des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBI. I S. 3020), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3235) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In der Besoldungsgruppe B 2 werden
 - a) die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bahnversicherungsanstalt" gestrichen,
 - b) die Amtsbezeichnung "Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 3 eingestuft ist –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 3 eingestuft ist –" ersetzt.

2. In der Besoldungsgruppe B 3 werden

- a) die Amtsbezeichnung "Abteilungsdirektor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" und der Zusatz "– als Leiter einer besonders großen und besonders bedeutenden Abteilung –" durch die Amtsbezeichnung "Abteilungsdirektor bei der Deutschen Rentenversicherung Bund" und den Zusatz "– als Leiter einer besonders großen und besonders bedeutenden Abteilung –" ersetzt,
- b) die Amtsbezeichnung "Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 4 eingestuft ist –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 4 eingestuft ist –" ersetzt,
- c) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor der Bahnversicherungsanstalt" gestrichen,
- d) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Vorpommern, Niederbayern-Oberpfalz, Oldenburg-Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schwaben, Thüringen, Unterfranken –" durch die Amtsbezeichnung "Erster Direktor eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung bei höchstens 900 000 Versicherten und laufenden Rentenfällen –" ersetzt.

3. In der Besoldungsgruppe B 4 werden

a) die Amtsbezeichnung "Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" und den

Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 5 eingestuft ist –" ersetzt,

b) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Berlin, Hamburg, Oberbayern, Oberfranken-Mittelfranken, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein –" durch die Amtsbezeichnung "Erster Direktor eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung bei mehr als 900 000 und höchstens 2,3 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –" ersetzt.

4. In der Besoldungsgruppe B 5 werden

- a) die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesknappschaft" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" und den Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung –" ersetzt,
- b) die Amtsbezeichnung "Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft ist –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei einem Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung, wenn der Erste Direktor in Besoldungsgruppe B 6 eingestuft ist –" ersetzt,
- c) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Hannover, Hessen –" durch die Amtsbezeichnung "Erster Direktor eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung bei mehr als 2,3 Millionen und höchstens 3,7 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –" ersetzt.

5. In der Besoldungsgruppe B 6 werden

- a) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor der Bundesknappschaft" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung –" durch die Amtsbezeichnung "Erster Direktor der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" und den Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung –" ersetzt,
- b) die Amtsbezeichnung "Erster Direktor einer Landesversicherungsanstalt" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalt Baden-

Württemberg, Rheinprovinz, Westfalen –" durch die Amtsbezeichnung "Erster Direktor eines Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung" und den Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung bei mehr als 3,7 Millionen Versicherten und laufenden Rentenfällen –" ersetzt.

- In der Besoldungsgruppe B 7 werden die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" und der Zusatz "– als stellvertretender Geschäftsführer oder Mitglied der Geschäftsführung –" gestrichen.
- 7. In der Besoldungsgruppe B 8 werden die Amtsbezeichnung "Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" und der Zusatz "– als Geschäftsführer oder Vorsitzender der Geschäftsführung –" durch die Amtsbezeichnung "Direktor bei der Deutschen Rentenversicherung Bund" und den Zusatz "– als Mitglied des Direktoriums" ersetzt.
- In der Besoldungsgruppe B 10 wird nach der Amtsbezeichnung "Ministerialdirektor" und dem Zusatz "– als Stellvertretender Sprecher der Bundesregierung –" die Amtsbezeichnung "Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund" eingefügt.

Artikel 15

Änderung des Dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetzes

(2038-1)

§ 2 Abs. 2 Satz 1 des Dienstrechtlichen Kriegsfolgen-Abschlussgesetzes vom 20. September 1994 (BGBI. I S. 2442) wird wie folgt gefasst:

"Die Durchführung der Nachversicherung und die Erstattung regeln sich nach dem bisherigen Recht mit der Maßgabe, dass für Nachversicherungen, die nach dem 31. Dezember 2004 erfolgen, diese als in der allgemeinen Rentenversicherung durchgeführt gelten."

Artikel 16

Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes

(2126-9)

Das Krankenhausfinanzierungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1991 (BGBI. I S. 886), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1776), wird wie folgt geändert:

- In § 3 Satz 1 Nr. 4 werden die Wörter "gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter oder der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. In § 27 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Änderung der Bundespflegesatzverordnung

(2126-9-13-2)

In § 27 der Bundespflegesatzverordnung vom 26. September 1994 (BGBI. I S. 2750), die zuletzt durch Artikel 5b des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1776) geändert worden ist, werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 18

Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres

(2160-1)

In § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2002 (BGBI. I S. 2596), das durch Artikel 23 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 19

Änderung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres

(2160-2)

In § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2002 (BGBI. I S. 2600), das durch Artikel 24 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 20

Änderung der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung

(2170-1-21)

Die Sozialhilfedatenabgleichsverordnung vom 21. Januar 1998 (BGBl. I S. 103), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022), wird wie folgt geändert:

- In § 4 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

- b) In Absatz 3 werden die Wörter "Arbeiterrenten- und Angestelltenrentenversicherung" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In der Anlage 4 wird in der Satzbeschreibung zum Antwortdatensatz an DSRV/Träger der Sozialhilfe in der Spalte Feldinhalt zu Feld 01 das Wort "Knappschaft" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (knappschaftliche Rentenversicherung)" ersetzt.

Artikel 21

Änderung des Entschädigungsrentengesetzes

(251-7-2)

Das Entschädigungsrentengesetz vom 22. April 1992 (BGBI. I S. 906), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022), wird wie folgt geändert:

- 1. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Absatz 5 Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 2. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 3. In § 7 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 22

(weggefallen)

Artikel 23

Änderung des Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

(330-2)

Artikel IV des Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes vom 30. Juli 1974 (BGBI. I S. 1625) wird aufgehoben.

Änderung des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich

(404-19-3)

In § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich vom 21. Februar 1983 (BGBI. I S. 105), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 25. Juli 1991 (BGBI. I S. 1606) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 25

Änderung des Arbeitsplatzschutzgesetzes

(53-2)

Das Arbeitsplatzschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Februar 2001 (BGBI. I S. 253), zuletzt geändert durch Artikel 47 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848), wird wie folgt geändert:

- In § 14a Abs. 4 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 14b Abs. 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 26

Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes

(600-1)

Das Finanzverwaltungsgesetz in der Fassung des Artikels 5 des Gesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426, 1427), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3235), wird wie folgt geändert:

- 1. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 18 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) Nummer 20 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
 - bb) In Satz 4 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

 In § 21 Abs. 5 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 27

Änderung der Verordnung zur Durchführung von § 5 Abs. 4 des Finanzverwaltungsgesetzes

(600-1-1-4)

In § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung von § 5 Abs. 4 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 22. August 2002 (BGBI. I S. 3405) werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 28

Änderung der Abgabenordnung

(610-1-3)

In § 6 Abs. 2 Nr. 8 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBI. I S. 3866, 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 12g Abs. 11 des Gesetzes vom 24. August 2004 (BGBI. I S. 2198) geändert worden ist, werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 29

Änderung des Berlinförderungsgesetzes 1990

(610-6-5)

In § 6b Abs. 3 Nr. 1, 2 und 3 des Berlinförderungsgesetzes 1990 in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Februar 1990 (BGBI. I S. 173), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2954) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter "gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 30 Änderung

des Einkommensteuergesetzes (611-1)

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4210, 2003 I S. 179), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3112), wird wie folgt geändert:

- 1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 62 Satz 3 werden jeweils die Wörter "gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - In Nummer 63 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

- In § 10 Abs. 3 Satz 3 werden die Wörter "gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 10c Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 4. § 40a Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In den Sätzen 4 und 6 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" jeweils durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - c) In Satz 5 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 81 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Änderung des Körperschaftsteuergesetzes

(611-4-4)

Das Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBI. I S. 4144), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3112), wird wie folgt geändert:

- In § 5 Abs. 1 Nr. 8 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. § 34 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:
 - "(3a) § 5 Abs. 1 Nr. 8 in der Fassung des Artikels 31 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3242) ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 2005 anzuwenden."
 - b) Der bisherige Absatz 3a wird Absatz 3b.

Artikel 32

Änderung des Gewerbesteuergesetzes

(611-5)

Das Gewerbesteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBI. I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 29. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3076), wird wie folgt geändert:

- In § 3 Nr. 11 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 36 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 3a eingefürt:
 - "(3a) § 3 Nr. 11 in der Fassung des Artikels 32 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3242) ist erstmals für den Erhebungszeitraum 2005 anzuwenden."

Artikel 33

Änderung des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes

(653-1)

- § 99 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 653-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2471) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Erfolgt die Nachversicherung nach dem 31. Dezember 2004, gilt diese als in der allgemeinen Rentenversicherung durchgeführt."

Artikel 34

Änderung des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen

(653-2)

In § 23a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung der Verbindlichkeiten nationalsozialistischer Einrichtungen und der Rechtsverhältnisse an deren Vermögen vom 17. März 1965 (BGBI. I S. 79), das zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 10. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2471) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 35

Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes

(7631-1)

In § 156a Abs. 5 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBI. 1993 I S. 2), das zuletzt durch Artikel 8 Abs. 15 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3166) geändert worden ist, werden die Wörter "die Bahnversicherungsanstalt – Abteilung B –" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen

(7633-1)

In § 6 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7633-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 18. März 1975 (BGBI. I S. 705) geändert worden ist, werden die Wörter "gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 37

Änderung des Arbeitssicherstellungsgesetzes

(800-18)

In § 22 Abs. 2 Satz 1 des Arbeitssicherstellungsgesetzes vom 9. Juli 1968 (BGBI. I S. 787), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 67 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718) geändert worden ist, werden die Wörter "zu den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "zur allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 38

Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes

(800-19-2)

In § 10 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 des Lohnfortzahlungsgesetzes vom 27. Juli 1969 (BGBI. I S. 946), das zuletzt durch Artikel 79 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 39

Änderung des Betriebsrentengesetzes

(800-22-1)

Das Betriebsrentengesetz vom 19. Dezember 1974 (BGBI. I S. 3610), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 5. Juli 2004 (BGBI. I S. 1427), wird wie folgt geändert:

- In § 1a Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 7 Abs. 5 Satz 3 Nr. 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

 In § 18 Abs. 9 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 40

Aufhebung des Gesetzes über den Ausgleich von Aufwendungen für das Altersübergangsgeld

(810-1-47-2)

Das Gesetz über den Ausgleich von Aufwendungen für das Altersübergangsgeld vom 18. Dezember 1992 (BGBI. I S. 2044, 2056), geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 24. Juni 1993 (BGBI. I S. 1038), wird aufgehoben.

Artikel 41

Änderung des Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Gesetzes

(822-15)

Das Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherungs-Gesetz vom 21. Juni 2002 (BGBI. I S. 2167), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 5. Juli 2004 (BGBI. I S. 1427), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 2 Abs. 2 Satz 3 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. In § 5 Abs. 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 3. In § 26 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 42

Änderung der Studentenkrankenversicherungs-Meldeverordnung

(8230-31-2)

In der Anlage 7 der Studentenkrankenversicherungs-Meldeverordnung vom 27. März 1996 (BGBI. I S. 568), die durch Artikel 315 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Bundesknappschaft" durch das Wort "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 43

Änderung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes

(8230-33)

In Artikel 2 § 1 Abs. 1 des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vom 27. Juni 1977 (BGBI. I S. 1069), das durch Artikel 24 des Gesetzes vom 22. Dezember 1983 (BGBI. I S. 1532) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Änderung der Postrentendienstverordnung

(8232-50)

Die Postrentendienstverordnung vom 28. Juli 1994 (BGBI. I S. 1867), zuletzt geändert durch Artikel 316 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304), wird wie folgt geändert:

Die Bezeichnung der Verordnung wird wie folgt gefasst:

"Verordnung über die Wahrnehmung von Aufgaben der Träger der Rentenversicherung und anderer Sozialversicherungsträger durch den Renten Service der Deutschen Post AG (Renten Service Verordnung – RentSV)".

- 2. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Angabe zu § 3 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - b) In der Angabe zu § 15 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - c) Die Angabe zu § 21 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 21 Ausstellung von Ausweisen".
 - d) Die Überschrift zu § 30 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 30 Zahlung der Vorschüsse".
 - e) In der Angabe zu § 33 wird das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- 3. § 1 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Für Aufgaben, die die Deutsche Post AG
 - nach § 119 Abs. 1 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch auf Verlangen der Träger der Rentenversicherung und
 - nach § 99 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch auf Verlangen der Träger der Unfallversicherung

wahrzunehmen hat (Pflichtaufgaben auf Antrag), gelten die Vorschriften dieser Verordnung, soweit sie nicht unmittelbar anzuwenden sind, mit der Maßgabe entsprechend, dass im Bereich der Unfallversicherung die Träger der Unfallversicherung und ihre Spitzenverbände an die Stelle der Träger der Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Bund treten."

- In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter "den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 5. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

- bb) In Satz 3 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt sowie nach dem Wort "Sicherung" das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern "Bundesministerium der Finanzen" die Wörter "und dem Bundesversicherungsamt" eingefügt.
- b) In Absatz 6 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" sowie die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 6. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und der Postrentendienst" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund und der Renten Service" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Nr. 2 wird das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - c) In Absatz 3 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt gefasst:
 - "Vereinbarungen, die auf Dauer von Bedeutung sind, werden vom Renten Service dokumentiert und den Trägern der Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Bund sowie den in Absatz 2 genannten Aufsichtsbehörden und dem Bundesversicherungsamt zur Verfügung gestellt. Der Renten Service hat Dritte auf Anforderung ganz oder teilweise über die getroffenen Vereinbarungen zu unterrichten; er kann von dem Dritten eine Erstattung seiner Auslagen verlangen."
- 7. In § 6 Abs. 4 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 8. In § 9 Abs. 4 Satz 1 werden die Wörter "zum Fälligkeitstag" durch die Wörter "am Auszahlungstag" und am Ende des Satzes der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Satzteil angefügt:
 - "bei Zahlung auf ein Konto des Zahlungsempfängers bei einem Geldinstitut im Inland genügt es für die rechtzeitige Auszahlung, wenn nach dem gewöhnlichen Verlauf die Wertstellung des Betrages der laufenden Geldleistung unter dem Datum des letzten Bankarbeitstages erfolgen kann."
- In § 10 Abs. 1 Satz 4 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 10. In § 15 Abs. 3 Satz 1 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und jeweils das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

- 11. In § 18 Abs. 4 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- 12. In § 20 Abs. 2 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

13. § 21 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort "Rentnerausweisen" durch das Wort "Ausweisen" ersetzt.
- b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "Der Renten Service soll den Empfängern der Anpassungsmitteilung im Rahmen der Rentenanpassung einen auf den Namen der Berechtigten ausgestellten Ausweis zur Verfügung stellen, mit dem die Rentenberechtigung nachgewiesen werden kann."
 - bb) In Satz 2 werden das Wort "Rentnerausweis" jeweils durch das Wort "Ausweis" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1 wird das Wort "Rentnerausweis" jeweils durch das Wort "Ausweis" ersetzt.
- d) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund", das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" und das Wort "Rentnerausweis" durch das Wort "Ausweis" ersetzt.

14. § 22 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" und jeweils das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

15. § 24 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Der Renten Service wertet die ihm von den Meldebehörden mit den Sterbefallmitteilungen übermittelten Daten im Rahmen der Zweckbestimmung der Übermittlung aus, um beim Tod des Berechtigten bei laufenden Inlandszahlungen Überzahlungen zu Lasten der Träger der Rentenversicherung zu vermeiden (Abgleich der Sterbefallmitteilungen) und leitet die

Sterbefallmitteilungen im Rahmen der Zweckbestimmung der Übermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung zur Aktualisierung der Stammsatzdatei weiter."

16. § 25 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- 17. In § 26 werden das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" und die Wörter "den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 18. In § 27 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

19. § 28 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter "den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" und das Wort "fernschriftlich" durch die Wörter "per Telefax" ersetzt.

20. § 29 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Die Höhe der Vorschüsse wird im Benehmen mit dem Renten Service im Voraus für die allgemeine Rentenversicherung durch die Deutsche Rentenversicherung Bund festgesetzt."

21. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Der Renten Service erhält die Vorschüsse
 - für Zahlungen im Inland am Auszahlungstag (§ 118 Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz, § 272a Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz Sechstes Buch Sozialgesetzbuch; § 96 Abs. 1 Satz 1 zweiter Halbsatz, § 218c Abs. 1 zweiter Halbsatz Siebtes Buch Sozialgesetzbuch),
 - für Barzahlungen im Inland einen Bankarbeitstag vor dem Auszahlungstag, soweit das Treuhandvermögen keine ausreichende Deckung ausweist,
 - für Zahlungen in das Ausland frühestens sechs Bankarbeitstage, jedoch nicht mehr als neun Kalendertage vor dem Auszahlungstag der laufenden Geldleistungen.

Durch die Optimierung des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, können weitere Vorschusstermine zwischen der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Renten Service im Einvernehmen mit dem Bundesversicherungsamt vereinbart werden. Fällt der in Satz 1 Nr. 3 genannte Kalendertag der Vorschüsse auf einen Samstag, Sonn- oder Feiertag, sind die Vorschüsse am vorhergehenden Bankarbeitstag fällig; dabei werden regionale Feiertage berücksichtigt. Als Bankarbeitstag gilt jeder Kalendertag, an dem die Beschäftigten der Geldinstitute im Allgemeinen zur Arbeitsleistung verpflichtet sind."

- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) In Absatz 3 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" sowie das Wort "Fälligkeitstermine" durch die Wörter "Termine für die Vorschüsse" ersetzt.
- d) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
 - "(4) Das Bundesversicherungsamt setzt die Termine für die Vorschüsse im Benehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Renten Service fest und gibt die Fälligkeitstermine rechtzeitig im Voraus bekannt."
- e) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

"(4a) Zahlungen an Zahlungsempfänger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland, die auf eine inländische Bankverbindung geleistet werden, sind den Zahlungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 gleichgestellt. Die Deutsche Post AG stellt jährlich für die allgemeine Rentenversicherung den Anteil dieser Zahlungen am Gesamtvolumen aller Zahlungen an Zahlungsempfänger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland fest. Der anteilige Betrag der Zahlungen an Zahlungsempfänger mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland, die auf eine inländische Bankverbindung geleistet werden, wird gemeinsam mit den Vorschüssen für Zahlungen im Inland fällig."

22. § 31 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

"Die Monatsübersicht und die Jahresabrechnung sind den Trägern der Rentenversicherung, dem Bundesversicherungsamt und der Deutschen Rentenversicherung Bund zuzuleiten, die Jahresabrechnung darüber hinaus auch dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung."

cc) In Satz 5 wird das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Auf Grund der Jahresabrechnung überprüft die Deutsche Rentenversicherung Bund die Angaben des Renten Service, stellt die Abrechnungsergebnisse fest und führt den sich hieraus ergebenden Ausgleich durch."

23. § 33 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Angabe "Absätzen 1 bis 3" durch die Angabe "Absätzen 1 und 2" sowie das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden das Wort "Postrentendienstes" und das Wort "Postrentendienst" jeweils durch die Wörter "Renten Service" ersetzt, der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
 - "Leistungseinschränkungen auf anderen Gebieten sind zu verrechnen."
 - cc) In Satz 3 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" sowie das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
 - dd) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

"Für den Bereich der Unfallversicherung gilt Satz 3 entsprechend; an die Stelle der Deutschen Rentenversicherung Bund treten die Spitzenverbände der Unfallversicherung."

- c) In Absatz 5 wird das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service" und das Wort "Sterbedatenabgleich" durch die Wörter "Abgleich der Sterbefallmitteilungen" ersetzt.
- 24. § 35 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Die Höhe der Vergütungsvorschüsse wird im Benehmen mit dem Renten Service rechtzeitig im Voraus für die allgemeine Rentenversicherung von der Deutschen Rentenversicherung Bund festgesetzt."

25. § 36 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 wird jeweils das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service", in Absatz 1 Satz 3 bis 6, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1 wird jeweils das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" und in Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter "den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" und in Absatz 1 Satz 4 und 5 und Absatz 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund", in Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "Der Verband Deutschen

scher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" und in Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter "des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

- b) In Absatz 1 wird Satz 7 wie folgt gefasst:
 - "Die Deutsche Post AG hat dafür Sorge zu tragen, dass die Prüfungseinrichtung auch Einblick in alle Vorgänge und Verfahrensabläufe aus anderen Geschäftsbereichen der Deutschen Post AG erhält, die sich auf die Erfüllung von Aufgaben des Renten Service beziehen oder damit im Zusammenhang stehen, soweit die Prüfung dieser Vorgänge oder Verfahrensabläufe erforderlich ist, um auszuschließen, dass anderen Geschäftsbereichen der Deutschen Post AG vom Renten Service ungerechtfertigte Vorteile eingeräumt werden."
- 26. In § 37 wird das Wort "wird" durch die Wörter "und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Rentendienst der Deutschen Bundespost vom 18. Juli 1985 (BAnz. S. 8169) werden" ersetzt.
- 27. In § 2 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, 2 und 4, Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 Satz 1, § 4 Abs. 1, § 6 Abs. 1 und 4, § 7, § 9 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2, § 10 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, § 11 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1, § 12 Abs. 1 Satz 1, §§ 13 und 14, § 15 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, § 16 Abs. 1, § 17 Abs. 1, § 18 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 und 5, § 19 Abs. 1, § 20 Abs. 1, § 22 Abs. 2 Satz 2, § 23 Abs. 1, § 32 Abs. 1 und 3, § 34 und in den Überschriften zu den §§ 3 und 15 wird jeweils das Wort "Postrentendienst" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- 28. In § 3 Abs. 1 Satz 2, § 24 Abs. 2, § 32 Abs. 2, in der Überschrift zu § 33 und § 33 Abs. 1 wird jeweils das Wort "Postrentendienstes" durch die Wörter "Renten Service" ersetzt.
- 29. In § 1, § 2 Abs. 1, § 32 Abs. 2 und § 34 Abs. 1 werden jeweils die Wörter "Deutsche Bundespost POST-DIENST" und "Deutschen Bundespost POSTDIENST" durch die Wörter "Deutsche Post AG" ersetzt.

Artikel 45

Änderung des Fremdrentengesetzes

(824-2)

Das Fremdrentengesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 824-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1791), wird wie folgt geändert:

1. § 20 wird wie folgt gefasst:

"§ 20

(1) Zeiten der in den §§ 15 und 16 genannten Art werden der allgemeinen Rentenversicherung zugeordnet, soweit die nachfolgenden Vorschriften nichts Abweichendes bestimmen.

- (2) Die in § 15 genannten Beitragszeiten werden, sofern sie auf Grund einer Pflichtversicherung in einer der knappschaftlichen Rentenversicherung entsprechenden Berufsversicherung zurückgelegt sind, der knappschaftlichen Rentenversicherung zugeordnet, wenn die ihnen zugrunde liegende Beschäftigung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet zur Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung geführt hätte.
- (3) Sind Beitrags- oder Beschäftigungszeiten in einem knappschaftlichen Betrieb im Sinne des § 134 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zurückgelegt, ohne dass Beiträge zu einer der knappschaftlichen Rentenversicherung entsprechenden Berufsversicherung entrichtet sind, so werden sie der knappschaftlichen Rentenversicherung vom 1. Januar 1924 an zugeordnet, wenn die Beschäftigung, wäre sie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ohne das Beitrittsgebiet verrichtet worden, nach den jeweils geltenden reichs- oder bundesrechtlichen Vorschriften der Versicherungspflicht in der knappschaftlichen Rentenversicherung unterlegen hätte. § 16 Abs. 1 Satz 2 zweiter Halbsatz findet Anwendung.
- (4) Ist nach dem Ergebnis der Ermittlungen zweifelhaft, welchem Versicherungszweig Beitrags- oder Beschäftigungszeiten zuzuordnen sind, so werden sie der allgemeinen Rentenversicherung zugeordnet.
- (5) Für die Bewertung der Beitrags- und Beschäftigungszeiten von Beschäftigten und versicherungspflichtigen Selbständigen nach den Anlagen 1 bis 16 dieses Gesetzes erfolgt eine Zuordnung zur Rentenversicherung der Arbeiter, wenn die Beschäftigung oder Tätigkeit überwiegend körperlicher Art, und zur Rentenversicherung der Angestellten, wenn sie überwiegend geistiger Art war. Pflichtversicherte Handwerker werden der Rentenversicherung der Arbeiter zugeordnet. Ist nach dem Ergebnis der Ermittlungen zweifelhaft, welchem Versicherungszweig Beitragsoder Beschäftigungszeiten zuzuordnen sind, so werden sie der Rentenversicherung der Arbeiter zugeordnet.
- (6) Die auf Grund einer freiwilligen Versicherung zurückgelegten Beitragszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, in dem sie zurückgelegt sind. Zeiten, für die Beiträge zur freiwilligen Fortsetzung einer Pflichtversicherung entrichtet sind, werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dem die Zeiten der Pflichtversicherung, deren Fortsetzung sie dienen, zuzuordnen sind. Im Übrigen werden Zeiten einer freiwilligen Versicherung, die von nicht pflichtversicherten Personen während einer Beschäftigung oder Tätigkeit überwiegend körperlicher Art begonnen ist, der Rentenversicherung der Arbeiter, Zeiten einer freiwilligen Versicherung, die von nicht pflichtversicherten Personen während einer Beschäftigung oder Tätigkeit überwiegend geistiger Art begonnen ist, der Rentenversicherung der Angestellten zugeordnet. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur für die Zuordnung von Zeiten der freiwilligen Versicherung, die vor dem 1. März 1957 zurückgelegt wurden."
- In § 22b Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte

(8251-10)

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBI. I S. 1890, 1891), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1791), wird wie folgt geändert:

- In § 68 Satz 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. § 106 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 Nr. 5 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 Nr. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 47

Änderung des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit

(8252-4)

In § 10 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit vom 21. Februar 1989 (BGBI. I S. 233), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1791) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 48

Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes

(8253-1)

Das Künstlersozialversicherungsgesetz vom 27. Juli 1981 (BGBI. I S. 705), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3183), wird wie folgt geändert:

- In § 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. In § 4 Nr. 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

- 3. In § 10 Abs. 1 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 4. § 11 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort "Rentenversicherung" die Wörter "oder der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" eingefügt.
 - In Satz 2 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 12 Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 6. In § 26 Abs. 2 Nr. 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 37a zweiter Halbsatz werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 8. In § 43 Abs. 2 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 49

Änderung des Gesetzes
zu der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964
zur Durchführung des Abkommens vom
20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und dem Vereinigten Königreich
Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit

(826-2-12)

Artikel 2 des Gesetzes zu der Vereinbarung vom 10. Dezember 1964 zur Durchführung des Abkommens vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit vom 15. September 1965 (BGBI. 1965 II S. 1273, 1967 II S. 900) wird wie folgt geändert:

- In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "der örtlich zuständigen Knappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung" ersetzt.
- 2. In Absatz 3 werden die Wörter "der Arbeiter" gestrichen und die Wörter "des § 1390 Reichsversicherungsordnung" durch die Wörter "des § 219 Abs. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch" ersetzt.
- 3. In Absatz 4 werden die Wörter "einem Träger der knappschaftlichen Versicherung" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung" ersetzt und die Wörter "im Sinne des § 132 des Reichsknappschaftsgesetzes" gestrichen.

Änderung des Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975

(826-2-27)

In Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes zu dem Abkommen vom 4. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Spanischen Staat über Soziale Sicherheit und dem Ergänzungsabkommen vom 17. Dezember 1975 vom 29. Juli 1977 (BGBI. 1977 II S. 685), das zuletzt durch Artikel 2 Nr. 7 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBI. I S. 1464) geändert worden ist, werden die Wörter "der Arbeiter" gestrichen und die Wörter "des § 1390 Reichsversicherungsordnung" durch die Wörter "des § 219 Abs. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch" ersetzt.

Artikel 51

Änderung des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes-Saar

(826-19)

In § 30 Abs. 3 des Sozialversicherungs-Angleichungsgesetzes-Saar in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 826-19, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 24 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBI. I S. 2261) geändert worden ist, werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 52

(weggefallen)

Artikel 53

Änderung des Renten-Überleitungsgesetzes

(826-30-1)

In Artikel 27 des Renten-Überleitungsgesetzes vom 25. Juli 1991 (BGBI. I S. 1606), das zuletzt durch Artikel 51 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1983) geändert worden ist, werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 54

Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes

(826-30-2)

Das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz vom 25. Juli 1991 (BGBI. I S. 1606, 1677), zuletzt geändert durch Artikel 196 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304), wird wie folgt geändert:

 In § 6 Abs. 8 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

2. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Nr. 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 3 werden die Angabe "§ 126 Abs. 1 Satz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch" durch die Angabe "§ 126 Abs. 1 Satz 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der Fassung des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002 (BGBI. I S. 4621)" und die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 4 erster Halbsatz werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" und die Wörter "die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - cc) In Satz 4 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - dd) In Satz 5 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

4. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 18 Abs. 4 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

 In der Anlage 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 55

Änderung der AAÜG-Erstattungsverordnung

(826-30-2-1)

Die AAÜG-Erstattungsverordnung vom 29. Mai 1992 (BGBI. I S. 999), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBI. I S. 1939), wird wie folgt geändert:

- 1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Nummern 4 und 4a werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Nummer 8 wird das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 4, Absatz 1a Satz 2, Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 4 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Satz 1 wird jeweils das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.
 - c) In Absatz 5 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 3. § 3 wird wie folgt gefasst:

"§ 3

Erstattung der Verwaltungskosten

Der Deutschen Rentenversicherung Bund werden die Verwaltungskosten, die zur Durchführung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes erforderlich sind, im Rahmen einer Abrechnung erstattet. Die Deutsche Rentenversicherung Bund weist dem Bundesversicherungsamt spätestens bis zum 28. Februar nach Ablauf des Jahres, für das die Erstattung geltend gemacht wird, die für die Durchführung erforderlichen Verwaltungskosten nach. Für die Ermittlung der Personalkosten gelten die Personalkostensätze des Bundes entsprechend."

- 4. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter "Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung

- Bund" und die Wörter "der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort "Verwaltungskostenpauschale" durch das Wort "Verwaltungskostenerstattung" und das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.
- In § 5 Satz 1 werden die Angabe "Abs. 1" gestrichen und die Wörter "zum Postzahltermin" durch die Wörter "am Auszahlungstag der Rentenleistung in das Inland" ersetzt.

Artikel 56

Änderung des Zusatzversorgungssystem-Gleichstellungsgesetzes

(826-30-6-2)

In § 8 Abs. 1 des Zusatzversorgungssystem-Gleichstellungsgesetzes vom 24. Juni 1993 (BGBI. I S. 1038, 1047), das zuletzt durch Artikel 199 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304) geändert worden ist, werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 57

Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung

(827-6-3)

Die Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 28. Juli 1997 (BGBI. I S. 1946), zuletzt geändert durch Artikel 317 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304), wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zum Zweiten Teil wird wie folgt gefasst:

"Zweiter Teil

Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlungen in der allgemeinen Rentenversicherung und der Unfallversicherung, der Mitglieder der Verwaltungsräte in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Versichertenältesten der Bundesknappschaft".

- b) Die Angabe zu § 35 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 35 Ausstellung der Wahlausweise für Arbeitgeber in der allgemeinen Rentenversicherung".
- c) Die Angabe zu § 58 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 58 Ermittlung der Wahlergebnisse durch den Wahlausschuss bei den Versicherungsträgern der allgemeinen Rentenversicherung, der Unfall- und Krankenversicherung".

 d) Die Angabe zum Vierten Teil Dritter Abschnitt wird wie folgt gefasst:

"Dritter Abschnitt

Wahl des Vorstandes in der allgemeinen Rentenversicherung, der Unfallversicherung und der Bundesknappschaft".

e) Die Angabe zum Fünften Teil wird wie folgt gefasst:

"Fünfter Teil

Wahl von Versichertenältesten in der allgemeinen Rentenversicherung, der Unfallversicherung und der Kranken- und Pflegeversicherung sowie von Vertrauenspersonen".

- In der Überschrift zum Zweiten Teil werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 3. § 35 wird wie folgt geändert:

In der Überschrift werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

- 4. In § 41 Abs. 5 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
- In der Überschrift zu § 58 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- In der Überschrift zum Vierten Teil Dritter Abschnitt werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 7. In der Überschrift zum Fünften Teil werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 8. In § 80 Abs. 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 58

Weitere Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung

(827-6-3)

Die Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 28. Juli 1997 (BGBI. I S. 1946), zuletzt geändert durch Artikel 57 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - Die Angabe zum Zweiten Teil wird wie folgt gefasst:

"Zweiter Teil

Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlungen in der Renten- und Unfallversicherung sowie der Mitglieder der Verwaltungsräte in der Kranken- und Pflegeversicherung".

- b) Die Angabe zu § 30 wird wie folgt gefasst: "§ 30 (weggefallen)".
- c) Die Angabe zu § 32 wird wie folgt gefasst: "§ 32 (weggefallen)".
- d) Die Angabe zu § 35 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 35 Ausstellung der Wahlausweise für Arbeitgeber in der Rentenversicherung".
- Nach der Angabe "Zweiter Abschnitt" wird die Angabe "Erster Unterabschnitt Briefwahl" gestrichen.
- f) Nach der Angabe zu § 46 werden die Wörter "Zweiter Unterabschnitt Wahl der Versichertenältesten der Bundesknappschaft durch Stimmabgabe im Wahlraum" gestrichen.
- g) Die Angabe zu § 47 wird wie folgt gefasst: "§ 47 (weggefallen)".
- h) Die Angabe zu § 48 wird wie folgt gefasst: "§ 48 (weggefallen)".
- i) Die Angabe zu § 49 wird wie folgt gefasst: "§ 49 (weggefallen)".
- j) Die Angabe zu § 50 wird wie folgt gefasst: "§ 50 (weggefallen)".
- k) Die Angabe zu § 51 wird wie folgt gefasst: "§ 51 (weggefallen)".
- Die Angabe zu § 52 wird wie folgt gefasst: "§ 52 (weggefallen)".
- m) Die Angabe zu § 53 wird wie folgt gefasst: "§ 53 (weggefallen)".
- n) Die Angabe zu § 54 wird wie folgt gefasst: "§ 54 (weggefallen)".
- o) Die Angabe zu § 55 wird wie folgt gefasst: "§ 55 (weggefallen)".
- p) Die Angabe zu § 58 wird wie folgt gefasst:
 "§ 58 Ermittlung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss".
- q) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst: "§ 59 (weggefallen)".
- r) Die Angabe zu § 60 wird wie folgt gefasst: "§ 60 (weggefallen)".
- s) Die Angabe zu § 62 wird wie folgt gefasst: "§ 62 (weggefallen)".
- t) Nach § 62 werden die Wörter "Dritter Teil Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung der Bundesknappschaft" gestrichen.

- u) Die Angabe zu § 63 wird wie folgt gefasst: "§ 63 (weggefallen)".
- v) Die Angabe zu § 64 wird wie folgt gefasst: "§ 64 (weggefallen)".
- w) Die Angabe zu § 65 wird wie folgt gefasst: "§ 65 (weggefallen)".
- x) Die Angabe zu § 66 wird wie folgt gefasst: "§ 66 (weggefallen)".
- y) Die Angabe zu § 67 wird wie folgt gefasst: "§ 67 (weggefallen)".
- z) Die Angabe zu § 68 wird wie folgt gefasst: "§ 68 (weggefallen)".
- aa) Die Angabe zu § 69 wird wie folgt gefasst:"§ 69 (weggefallen)".
- bb) Die Angabe zu § 70 wird wie folgt gefasst: "§ 70 (weggefallen)".
- cc) Die Angabe zu § 71 wird wie folgt gefasst: "§ 71 (weggefallen)".
- dd) Die Angabe zu § 72 wird wie folgt gefasst: "§ 72 (weggefallen)".
- ee) Die Angabe zum Vierten Teil wird wie folgt gefasst:

"Dritter Teil

Wahl der Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane".

ff) Die Angabe zum Vierten Teil Dritter Abschnitt wird wie folgt gefasst:

"Dritter Abschnitt

Wahl des Vorstandes in der Renten- und Unfallversicherung".

gg) Die Angabe zum Fünften Teil wird wie folgt gefasst:

"Vierter Teil

Wahl von Versichertenältesten und Vertrauenspersonen".

hh) Die Angabe zum Sechsten Teil wird wie folgt gefasst:

"Fünfter Teil

Kosten".

 ii) Die Angabe zum Siebten Teil wird wie folgt gefasst:

"Sechster Teil

Schlussvorschriften".

- jj) Die Anlagen 3, 7, 11 und 17 werden aufgehoben.
- In § 1 Nr. 4 werden die Wörter "und die Wahlleitungen in den Wahlräumen für die Wahl der Versichertenältesten bei der Bundesknappschaft" gestrichen.
- 3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 5 werden nach dem Wort "Vertreterversammlung" das Komma durch das Wort

- "oder" ersetzt und die Wörter "oder als Versichertenältester der Bundesknappschaft" gestrichen.
- b) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter "und der Wahl der Versichertenältesten der Bundesknappschaft" gestrichen.
- 4. § 5 Abs. 8 wird aufgehoben.
- Die Überschrift zum Zweiten Teil wird wie folgt gefasst:

"Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlungen in der Rentenund Unfallversicherung sowie der Mitglieder der Verwaltungsräte in der Kranken- und Pflegeversicherung".

- 6. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung "(1)" wird gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- 7. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "und für die Wahl der Versichertenältesten der Bundesknappschaft (§ 39 Abs. 1 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch)" gestrichen.
 - b) In Absatz 2 Nr. 1 werden nach dem Wort "Unfallversicherung" das Komma durch das Wort "und" ersetzt und die Wörter "und der Bundesknappschaft" gestrichen.
 - c) In Absatz 3 Nr. 16 wird die Angabe "Abs. 3" durch die Angabe "Abs. 2" ersetzt.
 - d) Absatz 4 wird aufgehoben.
- 8. In § 15 Abs. 1 Satz 1 werden nach den Wörtern "der Anlage 1" das Komma durch das Wort "und" ersetzt und die Wörter "und für die Wahlen der Versichertenältesten der Bundesknappschaft auf Vordrucken nach dem Muster der Anlage 3" gestrichen.
- 9. § 18 Abs. 3 Satz 4 wird aufgehoben.
- 10. § 22 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe "oder 4" gestrichen.
 - b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 wird das abschließende Komma durch das Wort "oder" ersetzt.
 - bb) Nummer 3 wird aufgehoben.
 - cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.
- 11. § 28 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz wird die Angabe "oder § 62" gestrichen.
 - b) Absatz 4 wird aufgehoben.
- 12. § 30 wird aufgehoben.
- 13. § 32 wird aufgehoben.

- 14. In der Überschrift zu § 35 wird das Wort "allgemeinen" gestrichen.
- 15. § 41 Abs. 5 Satz 3 wird aufgehoben.
- 16. Vor § 43 wird die Überschrift "Erster Unterabschnitt Briefwahl" gestrichen.
- 17. § 45 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - b) Die bisherigen Absätze 3 bis 5 werden die Absätze 2 bis 4.
 - c) Im neuen Absatz 4 wird die Angabe "und § 59 Abs. 4 und 5" gestrichen.
- Nach § 46 wird der Zweite Unterabschnitt aufgehoben.
- 19. Die Überschrift zu § 58 wird wie folgt gefasst:

"Ermittlung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss".

- 20. Die §§ 59 und 60 werden aufgehoben.
- 21. § 62 wird aufgehoben.
- 22. Der Dritte Teil wird aufgehoben.
- 23. Der bisherige Vierte Teil wird neuer Dritter Teil.
- 24. In § 73 Abs. 1 werden die Wörter ", bei der Bundesknappschaft zwei Monate," gestrichen.
- 25. Vor § 77 wird die Überschrift zum Dritten Abschnitt wie folgt gefasst:

"Wahl des Vorstandes in der Renten- und Unfallversicherung".

- 26. In § 79 Abs. 4 werden die Wörter "der Bahn-Versicherungsanstalt sowie bei" gestrichen.
- 27. Der bisherige Fünfte Teil wird neuer Vierter Teil.
- 28. Vor § 80 wird die Überschrift zum neuen Vierten Teil wie folgt gefasst:

"Wahl von Versichertenältesten und Vertrauenspersonen".

- In § 80 Abs. 1 wird das Wort "allgemeinen" gestrichen.
- 30. Der bisherige Sechste Teil wird neuer Fünfter Teil.
- 31. Der bisherige Siebte Teil wird neuer Sechster Teil.
- 32. In der Anlage 1 werden in Nummer 9 der Anmerkungen die Sätze 3 und 4 gestrichen.
- 33. Die Anlagen 3, 7, 11 und 17 werden aufgehoben.

Artikel 59

Änderung der Schiedsamtsverordnung

(827-10)

Die Schiedsamtsverordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 827-10, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 71 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBI. I S. 718), wird wie folgt geändert:

- In § 1 Abs. 3 Satz 4 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 11 Satz 3 erster Halbsatz werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 60

Änderung des Sozialversicherungs-Organisationsgesetzes Saar

(827-11)

Das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz Saar in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 827-11, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch § 24 Satz 3 Nr. 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 1971 (BGBI. I S. 2104), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 5 Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz wird die Angabe "(§ 27)" gestrichen.
- 2. Die §§ 27 und 30 werden aufgehoben.

Artikel 61

Änderung des Achten Gesetzes zur Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes

(827-12)

Artikel 3 § 5 Abs. 1 Satz 8 des Achten Gesetzes zur Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes vom 7. August 1973 (BGBI. I S. 957), das durch Artikel 28 des Gesetzes vom 18. Dezember 1989 (BGBI. I S. 2261) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

"Das an Lebensjahren älteste Mitglied leitet die erste Sitzung der Vertreterversammlung der Holz-Berufsgenossenschaft bis zur Wahl des Vorsitzenden."

Artikel 62

Änderung des Bundesversorgungsgesetzes

(830-2)

Das Bundesversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBI. I S. 21), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1791), wird wie folgt geändert:

- In § 16a Abs. 3 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 2. § 86 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 62a

Änderung der Arbeitsentgeltverordnung

(860-4-1-1)

In § 2 Abs. 2 Nr. 5 der Arbeitsentgeltverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1984 (BGBI. I S. 1642, 1644), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 5. Juli 2004 (BGBI. I S. 1427) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 63

Änderung der Beitragszahlungsverordnung

(860-4-1-7)

§ 6 Abs. 2 Satz 1 der Beitragszahlungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1997 (BGBI. I S. 1927), die zuletzt durch Artikel 111 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- Die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" werden durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- Die Wörter "der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, der Bundesknappschaft" werden durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 64

Änderung der Beitragsüberwachungsverordnung

(860-4-1-8)

Die Beitragsüberwachungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1997 (BGBI. I S. 1930), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBI. I S. 1842), wird wie folgt geändert:

- In § 2 Abs. 2 Nr. 6 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 10 Abs. 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 65

Änderung der Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung

(860-4-1-12)

Die Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung vom 10. Februar 1998 (BGBI. I S. 343), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 19. November 2004 (BGBI. I S. 2902), wird wie folgt geändert:

- In § 22 Satz 1 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 28 Abs. 1 werden die Wörter "dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 3. § 30 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "oder die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" gestrichen.
 - b) In Satz 3 werden die Wörter ", dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "und der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 4. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Satz 1 und 2, Absatz 5 und 6 werden jeweils das Wort "Bundesknappschaft" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- 5. § 34 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Die Einzugsstelle hat die geprüften Daten innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Eingang wie folgt weiterzuleiten:
 - für Versicherte der Rentenversicherung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung,
 - für Versicherte der knappschaftlichen Krankenversicherung unmittelbar an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, wenn diese die knappschaftliche Rentenversicherung durchführt."

- 6. § 36 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 4 werden aufgehoben.
- 7. § 37 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In Satz 1 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
- In § 40 Abs. 4 Satz 2 zweiter Halbsatz werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Datenstelle der Träger der Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 66

Änderung der Beitragseinzugsund Meldevergütungsverordnung

(860-4-1-13)

Die Beitragseinzugs- und Meldevergütungsverordnung vom 12. Mai 1998 (BGBI. I S. 915), zuletzt geändert durch Artikel 114 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848), wird wie folgt geändert:

- In § 1 Satz 2 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle" ersetzt.
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See/Verwaltungsstelle" ersetzt.
- 3. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "die Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung/Verwaltungsstelle" ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter "die Bundesknappschaft/Verwaltungsstelle" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung/Verwaltungsstelle" und die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt
- 4. In § 4 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 67

Änderung der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung

(860-5-12)

Die Risikostruktur-Ausgleichsverordnung vom 3. Januar 1994 (BGBI. I S. 55), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 30. November 2004 (BGBI. I S. 3131), wird wie folgt geändert:

- 1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Krankenversicherung" ersetzt.
 - b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
 - "(5) Träger der gesetzlichen Rentenversicherung im Sinne dieser Verordnung sind die Regionalträger, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See."
- 2. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 4 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Absatz 1 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1 und 3 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- In § 15 Satz 1 werden die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 4. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2, Abs. 3a Satz 1 und 4, Abs. 5 Satz 1 und 4 und Abs. 6 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) In Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 und 2, Absatz 5 Satz 3 und Absatz 6 Satz 3 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 5. § 19 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "der Bundesknappschaft" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.
 - b) In Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe f, Absatz 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1 werden jeweils die Wörter "Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.

Artikel 68

Änderung des Gesetzes zur

Stabilisierung des Mitgliederkreises von Bundesknappschaft und See-Krankenkasse

(860-5-19)

§ 1 des Gesetzes zur Stabilisierung des Mitgliederkreises von Bundesknappschaft und See-Krankenkasse vom 19. April 2000 (BGBI. I S. 571) wird wie folgt gefasst:

"§ 1

Abweichend von § 176 Abs. 1 und § 177 Abs.1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch können Versicherungspflichtige und Versicherungsberechtigte bis zum Inkrafttreten einer Neuregelung des Organisationsrechts der Krankenkassen

- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wählen, wenn die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung in der Rentenversicherung für die Leistungsgewährung zuständig ist,
- die See-Krankenkasse w\u00e4hlen, wenn die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in der Rentenversicherung f\u00fcr die Leistungsgew\u00e4hrung zust\u00e4ndig ist und ein Beitrag zur Rentenversicherung auf Grund einer in der Seefahrt ausge\u00fcbten Besch\u00e4ftigung oder selbst\u00e4ndigen T\u00e4tigkeit gezahlt worden ist.

Für die Ausübung des Wahlrechts gilt § 175 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch entsprechend."

Artikel 69

Änderung

des Gesetzes zu dem Zweiten
Zusatzabkommen vom 2. März 1989
zum Abkommen vom 25. Februar 1964
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Schweizerischen Eidgenossenschaft über
Soziale Sicherheit und der Zusatzvereinbarung
vom 2. März 1989 zur Vereinbarung vom
25. August 1978 zur Durchführung des Abkommens

(860-5-2)

In Artikel 2a Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zu dem Zweiten Zusatzabkommen vom 2. März 1989 zum Abkommen vom 25. Februar 1964 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Soziale Sicherheit und der Zusatzvereinbarung vom 2. März 1989 zur Vereinbarung vom 25. August 1978 zur Durchführung des Abkommens vom 21. November 1989 (BGBI. 1989 II S. 890), das zuletzt durch Artikel 60 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1983) geändert worden ist, werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.

Artikel 70

Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes

(860-5-24)

In § 20 des Krankenhausentgeltgesetzes vom 23. April 2002 (BGBI. I S. 1412, 1422), das zuletzt durch Artikel 5a

des Gesetzes vom 21. Juli 2004 (BGBI. I S. 1776) geändert worden ist, werden die Wörter "die Bundesknappschaft" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" ersetzt.

Artikel 71

Änderung der RV-Pauschalbeitragsverordnung

(860-6-3)

Die RV-Pauschalbeitragsverordnung vom 30. Oktober 1991 (BGBI. I S. 2055), geändert durch die Verordnung vom 21. Dezember 1998 (BGBI. I S. 3830), wird wie folgt geändert:

- 1. § 2 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Berechnungen werden getrennt für die Träger der allgemeinen Rentenversicherung und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung vorgenommen."
- In § 3 Abs. 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 4 Satz 1 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten und die knappschaftliche" durch die Wörter "Träger der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen" ersetzt.
- 4. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort "Arbeiterrentenversicherung" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 5. § 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die Beiträge sind von der Grenzschutzverwaltung Mitte für das vergangene Kalenderjahr an

- 1. die Träger der allgemeinen Rentenversicherung,
- die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung

zu zahlen."

Artikel 72

Änderung der Versorgungslast-Erstattungsverordnung

(860-6-5)

Die Versorgungslast-Erstattungsverordnung vom 19. Dezember 1991 (BGBI. I S. 2346), geändert durch Artikel 61 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1983), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter "zu den Postzahlterminen" durch die Wörter "an den Auszahlungstagen der Rentenleistungen in das Inland" ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Das Bundesversicherungsamt zahlt den auf die allgemeine Rentenversicherung entfallenden Erstattungsbetrag an die Deutsche Rentenversicherung Bund und den auf die knappschaftliche Rentenversicherung entfallenden Anteil an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung aus."
- 2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

"Danach entfallen auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung 94,72 vom Hundert und auf den Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung 5,28 vom Hundert des Erstattungsbetrages."

- b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "(2) Der auf die allgemeine Rentenversicherung entfallende Erstattungsbetrag wird buchhalterisch auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung entsprechend ihrem Anteil an den Beitragseinnahmen aufgeteilt. Diese Aufteilung führt die Deutsche Rentenversicherung Bund durch."

Artikel 73

Änderung der Reha-Pauschalerstattungsverordnung

(860-6-7)

Die Reha-Pauschalerstattungsverordnung vom 3. Dezember 1992 (BGBI. I S. 1997) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:

"§ 1

Grundsatz

- (1) Soweit für Leistungen zur Teilhabe die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung zuständig ist, erstatten ihr die Träger der allgemeinen Rentenversicherung den von ihnen nach § 223 Abs. 1 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zu tragenden Anteil an den Ausgaben.
- (2) Soweit für Leistungen zur Teilhabe die Träger der allgemeinen Rentenversicherung zuständig sind, erstattet die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung ihnen den von ihr nach § 223 Abs. 2 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch zu tragenden Anteil an den Ausgaben.
- (3) Die Erstattung erfolgt in einem pauschalen Verfahren. Die Deutsche Rentenversicherung Bund führt die Schlussabrechnung durch. Die Erstattungsbeträge der Träger der allgemeinen Rentenversicherung werden buchhalterisch auf diese entsprechend ihrem Anteil an den Beitragseinnahmen verteilt.

- (4) Der Zahlungsausgleich zwischen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung und der allgemeinen Rentenversicherung wird von der Deutschen Rentenversicherung Bund durchgeführt."
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.
 - b) In Absatz 1 werden jeweils die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" und das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.
 - c) Absatz 2 Satz 2 und 3 werden aufgehoben.
 - d) In Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" und jeweils das Wort "Rehabilitation" durch das Wort "Teilhabe" ersetzt.

Artikel 74

Änderung der RV-Wehr- und Zivildienstpauschalbeitragsverordnung

(860-6-15)

Die RV-Wehr- und Zivildienstpauschalbeitragsverordnung vom 21. Dezember 1998 (BGBI. I S. 3831) wird wie folgt geändert:

- 1. § 2 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
 - "Die Berechnungen werden getrennt für die jeweiligen Träger der allgemeinen Rentenversicherung und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung vorgenommen."
- 2. In § 3 Abs. 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten" durch die Wörter "allgemeine Rentenversicherung" ersetzt.
- 3. In § 5 Abs. 2 Satz 3 werden die Wörter "Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt.
- 4. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
 - "(1) Die Beiträge sind vom Bundesamt für Wehrverwaltung und vom Bundesamt für den Zivildienst für das vergangene Kalenderjahr für die allgemeine Rentenversicherung an
 - 1. die Träger der allgemeinen Rentenversicherung,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung

zu zahlen."

b) In Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter "Träger der Rentenversicherung der Arbeiter" durch die Wörter "allgemeinen Rentenversicherung" ersetzt. 5. § 7 wird aufgehoben.

Artikel 75

Änderung der Verordnung über die Erstattung einigungsbedingter Leistungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

(860-6-17)

Die Verordnung über die Erstattung einigungsbedingter Leistungen an die Träger der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten vom 17. März 2000 (BGBI. I S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 322 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304), wird wie folgt geändert:

 Die Bezeichnung der Verordnung wird wie folgt gefasst:

> "Verordnung über die Erstattung einigungsbedingter Leistungen an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung".

- In § 1 Abs. 2 werden die Wörter "der Rehabilitation" durch die Wörter "zur Teilhabe" ersetzt.
- 3. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden die Wörter "des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "der Deutschen Rentenversicherung Bund" ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
 - "(3) Für die Berechnung des zu erstattenden Beitrages zur Krankenversicherung der Rentner ist der halbe vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung festgestellte jahresdurchschnittliche allgemeine Beitragssatz in der Krankenversicherung auf die zu erstattende Leistung anzuwenden, soweit der Erstattungsbetrag nicht genau bestimmbar ist. Der Beitrag zur Pflegeversicherung der Rentner wird bis zum 31. März 2004 erstattet. Soweit der Erstattungsbetrag für die Pflegeversicherung der Rentner nicht genau bestimmbar ist, wird er berechnet, indem die zu erstattende Leistung mit dem halben Beitragssatz in der Pflegeversicherung nach § 55 Abs. 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch und mit dem Faktor 3/12 vervielfältigt wird. Für Leistungen zur Teilhabe werden die nachgewiesenen Aufwendungen erstattet."
 - c) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter "Die Bundesknappschaft" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als Träger der knappschaftlichen Rentenversicherung" ersetzt.
- In § 3 wird das Wort "zum Postzahltermin" durch die Wörter "am Auszahlungstag der Rentenleistungen in das Inland" ersetzt.
- 5. § 4 Abs. 2 Satz 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

"Den Zahlungsausgleich zwischen dem Bund und der allgemeinen Rentenversicherung auf Grund der Schlussabrechnung führt das Bundesversicherungsamt mit der Deutschen Rentenversicherung Bund durch. Die Erstattungsbeträge mit Ausnahme der Erstattungen für Leistungen zur Teilhabe werden buchhalterisch auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung nach dem Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen verteilt. Bei Erstattungsbeträgen für Leistungen zur Teilhabe erfolgt die buchhalterische Verteilung auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung in Höhe der ihnen entstandenen Aufwendungen."

Artikel 76

Änderung der Versicherungsnummern-, Kontoführungsund Versicherungsverlaufsverordnung

(860-6-18)

Die Versicherungsnummern-, Kontoführungs- und Versicherungsverlaufsverordnung vom 30. März 2001 (BGBI. I S. 475), geändert durch Artikel 115 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt gefasst:

"§ 1

Vergabe und Zuordnung der Versicherungsnummer

Die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vergibt für Versicherte, an die noch keine inländische Versicherungsnummer vergeben wurde, gemäß § 147 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch eine Versicherungsnummer. Für andere Personen kann eine Versicherungsnummer vergeben werden, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der Rentenversicherung erforderlich ist. Gleichzeitig ordnet die Datenstelle gemäß § 127 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch jeden Versicherten einem Rentenversicherungsträger zu."

- In § 2 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 Satz 4 werden jeweils die Wörter "der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" durch die Wörter "die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 3. § 4 wird wie folgt gefasst:

"§ 4

Zuständigkeit für die Kontoführung

Zuständig für die Kontoführung ist der Träger der Rentenversicherung, der nach den Bestimmungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch für die Erfüllung der Aufgaben der Rentenversicherung zuständig ist."

- 4. In § 5 werden die Wörter "über vergebene Versicherungsnummern und" gestrichen.
- 5. § 6 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Stellt die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung bei der Annahme von Meldungen fest, dass die Voraussetzungen für einen Wechsel der Kontoführung vorliegen, ist der neu zuständige Rentenversicherungsträger zur Übernahme des Versicherungskontos aufzufordern."

6. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

"Anlage (zu § 2 Abs. 2)

Bereichsnummern

| Rentenversicherungsträger | Bereichsnummer |
|--|--|
| Regionalträger nach Gebiet: | |
| Mecklenburg-Vorpommern | 02 |
| – Thüringen | 03 |
| - Brandenburg | 04 |
| - Sachsen-Anhalt | 08 |
| - Sachsen | 09 |
| - Hannover | 10 |
| - Westfalen | 11 |
| - Hessen | 12 |
| - Rheinprovinz | 13 |
| - Oberbayern | 14 |
| - Niederbayern-Oberpfalz | 15 |
| - Rheinland-Pfalz | 16 |
| – für das Saarland | 17 |
| - Oberfranken und Mittelfranken | 18 |
| - Freie und Hansestadt Hamburg | 19 |
| - Unterfranken | 20 |
| - Schwaben | 21 |
| – Württemberg | 23 |
| - Baden | 24 |
| - Berlin | 25 |
| Schleswig-Holstein | 26 |
| Oldenburg-Bremen | 28 |
| - Braunschweig | 29 |
| Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Zulagenummer nach § 90 Abs. 1 Satz 2 EStG | 40 |
| Bundesversicherungsanstalt für Angestellte | Die Bereichs- nummer wird durch Addition der Zahl 40 mit der Bereichs- nummer des Ge- bietes – wenn ein Regional- träger zuständig wäre – gebildet. |
| Bahnversicherungsanstalt bei Beschäftigung im Wirt- schaftsbereich Bahn | 38 |

| Rentenversicherungsträger | Bereichsnummer |
|---|----------------|
| Seekasse bei Beschäftigung im Wirt- schaftsbereich Seefahrt | 39 |
| Bundesknappschaft für das Gebiet | |
| Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein | 80 |
| - Hessen, Rheinprovinz | 81 |
| Baden, Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland | 82 |
| Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen | 89". |

7. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

"Anlage (zu § 2 Abs. 2)

Bereichsnummern

| Rentenversicherungsträger | Bereichsnummer |
|--|------------------------------|
| Regionalträger nach Gebiet: | |
| - Mecklenburg-Vorpommern | 02 |
| – Thüringen | 03 |
| - Brandenburg | 04 |
| - Sachsen-Anhalt | 08 |
| - Sachsen | 09 |
| - Hannover | 10 |
| - Westfalen | 11 |
| - Hessen | 12 |
| - Rheinprovinz | 13 |
| - Oberbayern | 14 |
| - Niederbayern-Oberpfalz | 15 |
| - Rheinland-Pfalz | 16 |
| - für das Saarland | 17 |
| - Oberfranken und Mittelfranken | 18 |
| - Freie und Hansestadt Hamburg | 19 |
| - Unterfranken | 20 |
| - Schwaben | 21 |
| – Württemberg | 23 |
| - Baden | 24 |
| – Berlin | 25 |
| Schleswig-Holstein | 26 |
| Oldenburg-Bremen | 28 |
| - Braunschweig | 29 |
| Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen Zulagenummer nach § 90 Abs. 1 Satz 2 EStG | 40 |
| Deutsche Rentenversicherung Bund | Die Bereichs- nummer wird |

| Rentenversicherungsträger | Bereichsnummer |
|---|--|
| | durch Addition der Zahl 40 mit der Bereichs- nummer des Ge- bietes – wenn ein Regional- träger zuständig wäre – gebildet. |
| Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See | |
| Beschäftigung im Wirt- schaftsbereich Bahn | 38 |
| Beschäftigung im Wirt- schaftsbereich Seefahrt | 39 |
| Sonstige Zuständigkeit der Deut- schen Rentenversicherung Knapp- schaft-Bahn-See für das Gebiet | |
| Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Westfalen, Schleswig-Holstein | 80 |
| - Hessen, Rheinprovinz | 81 |
| Baden, Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland | 82 |
| Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen | 89". |

Artikel 77

Aufhebung des Gesetzes zur Ausgleichszahlung durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung an die Krankenkassen

(860-6-22)

Das Gesetz zur Ausgleichszahlung durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung an die Krankenkassen vom 26. Juni 2001 (BGBI. I S. 1310, 1341) wird aufgehoben.

Artikel 78

Änderung der Verordnung über die Pauschalierung und Zahlung des Ausgleichsbetrags der Bundesagentur für Arbeit an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten wegen voller Erwerbsminderung

(860-6-24)

Die Verordnung über die Pauschalierung und Zahlung des Ausgleichsbetrags der Bundesagentur für Arbeit an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung für arbeitsmarktbedingte Renten wegen voller Erwerbsminderung vom 27. September 2002 (BGBI. I S. 3961), geändert durch Artikel 116 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBI. I S. 2848), wird wie folgt geändert:

- In § 1 Abs. 3 werden die Wörter "Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger" durch die Wörter "Die Deutsche Rentenversicherung Bund" ersetzt.
- 2. § 4 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

"(1) Der auf die knappschaftliche Rentenversicherung entfallende Anteil des Ausgleichsbetrags wird vom Bundesversicherungsamt vorab nach § 224 Abs. 4 Satz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ermittelt. Die Aufteilung des verbleibenden Ausgleichsbetrags auf die Träger der allgemeinen Rentenversicherung erfolgt im Verhältnis ihrer Beitragseinnahmen entsprechend § 219 Abs. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch. Die buchhalterische Aufteilung nach Satz 2 führt die Deutsche Rentenversicherung Bund durch."

Artikel 79

Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes

(860 - 9 - 2)

In § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Behindertengleichstellungsgesetzes vom 27. April 2002 (BGBI. I S. 1467, 1468), das durch Artikel 210 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304) geändert worden ist, wird die Angabe "§ 54 Satz 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung," gestrichen.

Artikel 80

Änderung des Bundeseisenbahnneugliederungsgesetzes

(931-4)

Das Bundeseisenbahnneugliederungsgesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 1994 I S. 2439), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2191), wird wie folgt geändert:

- 1. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - In Absatz 4 werden die Wörter "der Bahnversicherungsanstalt Abteilung A," gestrichen.
- 2. Dem § 15 wird folgender Absatz 6 angefügt:
 - "(6) Ab 1. Oktober 2005 wird die Zusatzversicherung der Bahnversicherungsanstalt Abteilung B von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See weitergeführt."

Artikel 81

Änderung des Deutsche Bahn Gründungsgesetzes

(931-5)

Das Deutsche Bahn Gründungsgesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBI. I S. 2378, 2386, 1994 I S. 2439), zuletzt geändert durch Artikel 264 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBI. I S. 2785), wird wie folgt geändert:

- In § 14 Abs. 2 Satz 2 werden nach den Wörtern "der Bahnversicherungsanstalt Abteilung B" die Wörter ", ab 1. Oktober 2005 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See," eingefügt.
- In § 21 Abs. 4 werden nach den Wörtern "in der Bahnversicherungsanstalt Abteilung B" die Wörter ", ab

 Oktober 2005 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See," eingefügt.

Artikel 82

Gesetz

zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Abschnitt 1

Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund

Ş ·

Fortführung der

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

Die durch das Gesetz über die Errichtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vom 7. August 1953 (BGBI. I S. 857) errichtete Bundesversicherungsanstalt für Angestellte wird unter dem Namen "Deutsche Rentenversicherung Bund" fortgeführt. Sitz der Deutschen Rentenversicherung Bund ist Berlin mit Verwaltungsstellen in Gera, Stralsund und Brandenburg/Havel.

§ 2

Eingliederung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)

- (1) Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. wird am 1. Oktober 2005 in die Deutsche Rentenversicherung Bund eingegliedert.
- (2) Das Vermögen sowie Rechte und Pflichten des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. gehen als Ganzes auf die Deutsche Rentenversicherung Bund über. Die §§ 47 bis 53 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden keine Anwendung. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger ist aufgelöst.
- (3) Der Haushaltsplan 2005 des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger gilt ab dem 1. Oktober 2005 als Anlage zum Haushaltsplan 2005 der Deutschen Rentenversicherung Bund.

§3

Genehmigung der Satzung

Die Satzung der Deutschen Rentenversicherung Bund wird vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung genehmigt.

Abschnitt 2

Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

§ 4

Fortführung der Bundesknappschaft

Die durch das Gesetz zur Errichtung der Bundesknappschaft vom 28. Juli 1969 (BGBl. I S. 974) errichtete

Bundesknappschaft wird unter dem Namen "Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" fortgeführt. Sitz der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist Bochum.

§ 5

Eingliederung der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse

- (1) Die Bahnversicherungsanstalt und die Seekasse werden aufgelöst und gehen in der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See auf.
- (2) Das Vermögen sowie Rechte und Pflichten der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse gehen als Ganzes auf die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See über.

Artikel 83

Gesetz zu

Übergangsregelungen zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung

Abschnitt 1

Dienstrechtliche Übergangsregelungen

§ 1

Deutsche Rentenversicherung Bund

- (1) Die Deutsche Rentenversicherung Bund tritt mit Auflösung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in die Dienstverhältnisse ein, die zu diesem Zeitpunkt zwischen dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und den dort beschäftigten Dienstordnungsangestellten bestehen. Die §§ 128, 129, 130 Abs. 1, §§ 131 und 133 des Beamtenrechtsrahmengesetzes sind sinngemäß anzuwenden.
- (2) Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger treten mit Auflösung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in entsprechender Anwendung des § 132 Abs. 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes zur Deutschen Rentenversicherung Bund über.
- (3) Die Deutsche Rentenversicherung Bund tritt mit Auflösung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse ein, die zu diesem Zeitpunkt zwischen dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger und den dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Auszubildenden bestehen.
- (4) Die in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verband Deutscher Rentenversicherungsträger verbrachten Zeiten gelten bei der Anwendung beamtenrechtlicher einschließlich besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften, personalvertretungsrechtlicher Vorschriften und tarifvertraglicher Regelungen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund als bei ihr verbrachte Zeiten. Den ehemaligen Beschäftigten des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger wird die Verbandszulage weitergezahlt. Sie verringert sich jeweils bei Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen um ein Drittel der Anpassungs- und Erhöhungsbeträge. Die Deutsche Rentenversicherung Bund tritt mit Auflösung des Verbandes

Deutscher Rentenversicherungsträger in dessen Pflichten nach dem aus Anlass seines Umzuges nach Berlin aufgestellten Sozialplan ein.

(5) Die vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger gebildete Versorgungsrücklage wird mit dessen Auflösung der Versorgungsrücklage des Bundes zu Gunsten der Deutschen Rentenversicherung Bund zugeführt

§ 2

Deutsche

Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Bahnversicherungsanstalt treten mit Ablauf des 30. September 2005 nach den §§ 128, 129, 130 Abs. 1, §§ 131 bis 133 des Beamtenrechtsrahmengesetzes zur Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See über.
- (2) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2005 in die Dienstverhältnisse ein, die zu dem genannten Zeitpunkt zwischen der See-Berufsgenossenschaft und den mit Aufgaben der Seekasse und der Seemannskasse betrauten Dienstordnungsangestellten bestehen. Die §§ 128, 129, 130 Abs. 1, §§ 131 und 133 des Beamtenrechtsrahmengesetzes sind sinngemäß anzuwenden. Satz 1 gilt nicht, sofern die Beschäftigten nach § 143 Abs. 9 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der ab 1. Oktober 2005 geltenden Fassung Beschäftigte der See-Berufsgenossenschaft bleiben.
- (3) Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der See-Berufsgenossenschaft, die mit Aufgaben der Seekasse und der Seemannskasse betraut waren, treten mit Ablauf des 31. Dezember 2005 in entsprechender Anwendung des § 132 Abs. 1 des Beamtenrechtsrahmengesetzes zur Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See über. Das Nähere regelt eine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See und der See-Berufsgenossenschaft. Satz 1 gilt nicht, sofern die Beschäftigten nach § 143 Abs. 9 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der ab 1. Oktober 2005 geltenden Fassung Beschäftigte der See-Berufsgenossenschaft bleiben.
- (4) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt mit Ablauf des 30. September 2005 in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden ein, die zu dem genannten Zeitpunkt bei der Bahnversicherungsanstalt beschäftigt sind.
- (5) Die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2005 in die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse ein, die zu dem genannten Zeitpunkt zwischen der See-Berufsgenossenschaft und den mit Aufgaben der Seekasse und der Seemannskasse betrauten Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildenden bestehen. Satz 1 gilt nicht, sofern die Beschäftigten nach § 143 Abs. 9 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der am 1. Oktober 2005 geltenden Fassung Beschäftigte der See-Berufsgenossenschaft bleiben.
- (6) Die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Bahnversicherungsanstalt und zur See-Berufsgenossenschaft verbrachten Zeiten gelten bei der Anwendung beamten-

rechtlicher einschließlich besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften, personalvertretungsrechtlicher Vorschriften und tarifvertraglicher Regelungen bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als bei ihr verbrachte Zeiten.

§ 3

Beschäftigte der Auskunfts- und Beratungsstellen

- (1) Beamtinnen und Beamte der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in den Auskunfts- und Beratungsstellen, die zuletzt Aufgaben im Auskunfts- und Beratungsdienst wahrgenommen haben und gemäß Absatz 4 bestimmt werden, treten nach den §§ 128, 129, 130 Abs. 1, §§ 131 und 133 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in den Dienst des für die jeweilige Auskunfts- und Beratungsstelle zuständigen Regionalträgers der gesetzlichen Rentenversicherung über.
- (2) Der jeweils für die Auskunfts- und Beratungsstellen zuständige Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung tritt in die Arbeitsverhältnisse ein, die zwischen der Deutschen Rentenversicherung Bund und in ihrem Zuständigkeitsbereich bei den Auskunfts- und Beratungsstellen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die zuletzt Aufgaben im Auskunfts- und Beratungsdienst wahrgenommen haben und gemäß Absatz 4 bestimmt werden, bestehen.
- (3) Die in einem Beschäftigungsverhältnis zur Deutschen Rentenversicherung Bund verbrachten Zeiten gelten bei der Anwendung beamtenrechtlicher einschließlich besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften und tarifvertraglicher Regelungen bei dem jeweiligen Regionalträger als bei ihm verbrachte Zeiten.
- (4) Die Deutsche Rentenversicherung Bund verabschiedet bis zum 30. Juni 2006 ein verbindliches Rahmenkonzept zur Umsetzung des Personalübergangs und der weiteren organisatorischen Fragen, die mit dem Übergang des Auskunfts- und Beratungsdienstes verbunden sind, mit der Maßgabe, dass der Übergang bis zum Ablauf der ersten Wahlperiode der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung Bund abgeschlossen ist

§ 4

Sonstige dienstrechtliche Übergangsregelungen

- (1) Für die nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 2 übergetretenen Dienstordnungsangestellten gelten die Regelungen der bisherigen Dienstordnung nach dem Übertritt weiter. Die übergetretenen Dienstordnungsangestellten sind innerhalb eines Jahres nach dem Übertritt in das Beamtenverhältnis zu berufen, wenn sie die dafür erforderlichen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Sie sind unmittelbar in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit unter Verleihung des Amtes zu berufen, das ihrer besoldungsrechtlichen Stellung nach dem Dienstvertrag am Tag vor der Berufung in das Beamtenverhältnis entspricht, sofern sie die dafür erforderlichen beamtenrechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
- (2) Tritt die Deutsche Rentenversicherung Bund, die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See oder ein Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 1 Abs. 3, § 2 Abs. 4 und 5 und § 3 Abs. 2 in ein bestehendes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis

ein, sind mit dem Zeitpunkt des Übertritts die bei dem neuen Arbeitgeber geltenden tarifvertraglichen Regelungen anzuwenden. Die Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung bei der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse sowie aus tarifrechtlichen Besitzstandsregelungen, die über die bei dem neuen Arbeitgeber geltenden Regelungen hinausgehen, gelten für die übergetretenen Beschäftigten weiter.

(3) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf Grund der Maßnahmen der Organisationsreform nicht auf einem Arbeitsplatz verwendet werden können, der mindestens dem bisherigen Arbeitsplatz entsprechend zu bewerten ist, erhalten eine Ausgleichszulage in Höhe der Differenz zwischen der Vergütung oder dem Lohn nach ihrer bisherigen Vergütungs- oder Lohngruppe und der Vergütungsoder Lohngruppe, die ihnen auf ihrem neuen Arbeitsplatz zusteht. Bei jeder Tariferhöhung vermindert sich die Ausgleichszulage um ein Drittel des Erhöhungsbetrages, soweit sie für Stellenzulagen gezahlt wird. Auf Beamtinnen, Beamte und Dienstordnungsangestellte ist § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes anzuwenden. Die am 30. September 2005 amtierende Erste Direktorin oder der am 30. September 2005 amtierende Erste Direktor der Bahnversicherungsanstalt führt nach dem Übertritt zu der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See unter Beibehaltung der bisherigen Besoldungsgruppe die Amtsbezeichnung "Abteilungsdirektorin bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See" oder "Abteilungsdirektor bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See".

(4) Die Interessenvertretungen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sowie in den ehemaligen Betrieben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. und in den ehemaligen Dienststellen der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse, die nicht in eine Dienststelle der Deutschen Rentenversicherung Bund oder der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliedert werden, bleiben bis zu den nächsten Personalratswahlen im Amt; die bisherigen Betriebsräte nehmen die Aufgaben eines örtlichen Personalrats mit dessen Rechten und Pflichten wahr. Die Mitglieder der Betriebs- und Personalräte der in Dienststellen der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliederten Einrichtungen nehmen zusammen und gleichberechtigt mit den Mitgliedern der jeweiligen Personalvertretung die Beteiligungsrechte und sonstigen personalvertretungsrechtlichen Belange der Beschäftigten der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wahr; für sie gelten die Bestimmungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes. § 21b des Betriebsverfassungsgesetzes findet für die ehemaligen Betriebsräte des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. Anwendung. Die Personalvertretungen der in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliederten Einrichtungen bleiben ebenfalls so lange im Amt, wie dies zur Wahrnehmung der mit der Eingliederung im Zusammenhang stehenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte erforderlich ist. Die Personalvertretungen der Auskunfts- und Beratungsstellen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bleiben bis zur nächsten Personalratswahl bei dem jeweils zuständigen Regionalträger im Amt.

- (5) Auf bis zu der Eingliederung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. mit Ablauf des 30. September 2005 in die Deutsche Rentenversicherung Bund förmlich eingeleitete Beteiligungsverfahren sind bis zu deren Abschluss die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes sinngemäß anzuwenden, soweit nicht der Gegenstand des Verfahrens bereits in der den Betrieb aufnehmenden Dienststelle geregelt ist. Dies gilt auch für Verfahren vor der Einigungsstelle und den Arbeitsgerichten. Die bei dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. am 30. September 2005 bestehenden Betriebsvereinbarungen gelten als Dienstvereinbarungen bei der Deutschen Rentenversicherung Bund, es sei denn, ein Betrieb des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. wird in eine Dienststelle der Deutschen Rentenversicherung Bund eingegliedert, in der eine Dienstvereinbarung über den gleichen Regelungsgegenstand besteht. Entsprechendes gilt für die Dienstvereinbarungen der in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliederten Einrichtungen.
- (6) Auf die Jugend- und Auszubildendenvertretungen und die Schwerbehindertenvertretungen ist Absatz 4 Satz 1 und 2 entsprechend anzuwenden. Die Zustimmung der Schwerbehindertenvertretung zu einer Maßnahme bedarf der Mehrheit der Stimmen.
- (7) Die Gleichstellungsbeauftragten, deren Stellvertreterinnen sowie die Vertrauensfrauen der ehemaligen Dienststellen der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse, die nicht in eine Dienststelle der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See eingegliedert werden, bleiben bis zum Ende der Amtszeit, für die sie in der ehemaligen Dienststelle bestellt wurden, im Amt.
- (8) Die Länder haben die nach § 140 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erforderlichen Regelungen über das Verfahren der Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in die Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu treffen. Bis zum Inkrafttreten landesrechtlicher Regelungen ist die Vorschrift des § 140 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch für die landesunmittelbaren Träger entsprechend anzuwenden.

Abschnitt 2

Übergangsregelungen zum Selbstverwaltungsrecht

§ 5

Übergangsregelungen zu den Selbstverwaltungsorganen und der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Bis zum Ablauf der am 1. Oktober 2005 laufenden Wahlperiode richtet sich die Bildung der Selbstverwaltungsorgane und der Geschäftsführung sowie die Beschlussfassung in den Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See abweichend von den Vorschriften des Vierten Abschnitts des Vierten Buches Sozialgesetzbuch nach den §§ 6 bis 10.

\$ 6

Zusammensetzung der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See besteht aus 69 Mitaliedern.
- (2) Die Mitglieder der Vertreterversammlung werden von den Vertreterversammlungen der Bundesknappschaft, der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse aus ihrer Mitte bestimmt, und zwar von der Vertreterversammlung
- a) der Bundesknappschaft 32 Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten und 16 Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber,
- b) der Bahnversicherungsanstalt zwölf Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten und eine Vertreterin oder ein Vertreter der Arbeitgeber und
- c) der Seekasse vier Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten und vier Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber.

Bei der Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Versicherten gilt § 46 Abs. 2 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch nicht.

- (3) Die von der Vertreterversammlung der Bahnversicherungsanstalt bestimmte Arbeitgebervertreterin oder der von der Vertreterversammlung der Bahnversicherungsanstalt bestimmte Arbeitgebervertreter hat dieselbe Zahl der Stimmen wie die von der Vertreterversammlung der Bahnversicherungsanstalt gewählten Versichertenvertreterinnen und Versichertenvertreter; bei einer Abstimmung kann sie oder er jedoch nicht mehr Stimmen abgeben als den anwesenden Versichertenvertreterinnen und Versichertenvertretern zustehen.
- (4) Die Wahl der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nach Absatz 2 hat spätestens am 30. September 2005 zu erfolgen.
- (5) Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See tritt spätestens am 31. Oktober 2005 erstmals zusammen. Für die erste Sitzung der Vertreterversammlung gelten die Vorschriften der §§ 73 und 74 der Wahlordnung für die Sozialversicherung entsprechend mit der Maßgabe, dass die oder der Vorsitzende des Vorstandes der Bundesknappschaft die Aufgaben der oder des Vorsitzenden des Wahlausschusses wahrnimmt.

§ 7

Zusammensetzung des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

(1) Der Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See setzt sich entsprechend der Stimmenverteilung in der Vertreterversammlung nach § 6 Abs. 2 und 3 zusammen. Die Zahl der Mitglieder wird durch die Vertreterversammlung festgelegt. § 77 der Wahlordnung für die Sozialversicherung gilt entsprechend.

(2) Der am 30. September 2005 amtierende Vorstand der Bundesknappschaft nimmt die Aufgaben und Befugnisse des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wahr, bis dieser zu seiner ersten Sitzung zusammentritt.

88

Selbstverwaltungsorgane der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Die Selbstverwaltungsorgane der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine erste stellvertretende Vorsitzende oder einen ersten stellvertretenden Vorsitzenden und eine zweite stellvertretende Vorsitzende oder einen zweiten stellvertretenden Vorsitzende oder der Vorsitzende und die erste stellvertretende Vorsitzende oder der erste stellvertretende Vorsitzende müssen verschiedenen Gruppen angehören.
- (2) In den Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See erfordert die erstmalige Beschlussfassung über die Anpassung der Satzung der Bundesknappschaft die Mehrheit der Stimmen der nach § 6 Abs. 2 Buchstabe a bis c bestimmten Vertreter eines jeden dort genannten Trägers. Kommt kein Beschluss zustande, so kann die Aufsichtsbehörde die Satzung erlassen. Das Gleiche gilt, wenn die Aufsichtsbehörde die Genehmigung der Satzung versagt und die Vertreterversammlung in der von der Aufsichtsbehörde gesetzten Frist keine neue Satzung beschließt oder, wenn auch die neue Satzung nicht genehmigt wird. Für weitere Änderungen oder Ergänzungen der Satzung bedarf es einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen. Die Satzung kann Ausnahmen vorsehen.
- (3) In den Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist zur Beschlussfassung eine Mehrheit in den Gruppen der Versicherten und der Arbeitgeber erforderlich für
- die Wahl der Mitglieder der Geschäftsführung und die Wahl der oder des Vorsitzenden der Geschäftsführung,
- 2. die personelle Besetzung von Ausschüssen,
- die Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Laufbahn des höheren Dienstes sowie die Anstellung, die Beförderung und die Entlassung,
- die Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von Angestellten, mit Ausnahme der Assistenzärztinnen und Assistenzärzte, in Vergütungsgruppen, deren Tätigkeit nach den Tätigkeitsmerkmalen mindestens den Tätigkeiten im Eingangsamt der Laufbahn des höheren Dienstes vergleichbar ist,
- die Festsetzung von Beiträgen zur Krankenversicherung über 11 vom Hundert der beitragspflichtigen Einnahmen.
- (4) Die Satzung bestimmt in Angelegenheiten der knappschaftlichen Krankenversicherung und in Angelegenheiten der ehemaligen Bahnversicherungsanstalt Abteilung B Regelungen zur Beschlussfassung. § 64 Abs. 2 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch findet Anwendung.

§ 9

Amtsdauer

- (1) Die Amtsdauer der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der Bundesknappschaft, der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse endet mit dem erstmaligen Zusammentritt der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See.
- (2) Die Versichertenältesten der Bundesknappschaft sind ab 1. Oktober 2005 Versichertenälteste der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. Die Satzung kann bestimmen, dass die Vertreterversammlung weitere Versichertenälteste für die bisherigen Bereiche der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse wählt.

§ 10

Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Die am 30. September 2005 amtierenden Mitglieder der Geschäftsführung der Bundesknappschaft nehmen die Aufgaben der Mitglieder der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See bis zu deren Ernennung nach § 143 Abs. 6 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der ab 1. Oktober 2005 geltenden Fassung wahr.

§ 11

Übergangsregelungen zu den Selbstverwaltungsorganen und der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Bund

Bis zum Ablauf der am 1. Oktober 2005 laufenden Wahlperiode richtet sich die Bildung der Selbstverwaltungsorgane und der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Bund abweichend von den Vorschriften des Vierten Abschnitts des Vierten Buches Sozialgesetzbuch nach den §§ 12 bis 14.

§ 12

Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund

- (1) Die Mitglieder der Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte werden Mitglieder der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund. § 44 Abs. 5 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt. Dem Ausschuss der Vertreterversammlung nach § 31 Abs. 3b des Vierten Buches Sozialgesetzbuch gehören die aus der Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hervorgegangenen Mitglieder an.
- (2) Die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund tritt spätestens am 31. Oktober 2005 erstmals zusammen. Für die erste Sitzung der Vertreterversammlung gelten die Vorschriften der §§ 73 und 74 der Wahlordnung für die Sozialversicherung entsprechend mit der Maßgabe, dass die oder der Vorsitzende des Vorstandes der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufgaben der oder des Vorsitzenden des Wahlausschusses wahrnimmt.
- (3) Die Amtsdauer der Mitglieder der Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte endet mit dem erstmaligen Zusammentritt der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund.

§ 13

Vorstand der Deutschen Rentenversicherung Bund

Die oder der am 30. September 2005 amtierende Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die oder der am 30. September 2005 amtierende Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger nehmen die Aufgaben des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund bis zur Wahl des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 44 Abs. 6 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch wahr. Bis zur Wahl des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 44 Abs. 6 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch gehören dem Ausschuss des Vorstandes nach § 31 Abs. 3b des Vierten Buches Sozialgesetzbuch die oder der am 30. September 2005 amtierende Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte an.

§ 14

Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Bund

Die am 30. September 2005 amtierenden Mitglieder der Geschäftsführung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte sowie die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und die stellvertretende Geschäftsführerin oder der stellvertretende Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, die am 30. September 2005 amtieren, nehmen die Aufgaben der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Bund bis zur Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der Deutschen Rentenversicherung Bund nach § 143 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der ab 1. Oktober 2005 geltenden Fassung wahr.

§ 15

Erweitertes Direktorium

Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und die stellvertretende Geschäftsführerin oder der stellvertretende Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, die am 30. September 2005 amtieren, nehmen bis zur Errichtung des Erweiterten Direktoriums bei der Deutschen Rentenversicherung Bund dessen Aufgaben wahr.

Abschnitt 3

Überleitung des Satzungsrechts der Bahnversicherungsanstalt und sonstige Übergangsregelungen

§ 16

Überleitung des Satzungsrechts der Bahnversicherungsanstalt

- (1) Soweit die Bahnversicherungsanstalt Leistungen auf Grund satzungsrechtlicher Regelungen erbringt, werden diese ab dem 1. Oktober 2005 durch die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in dem jeweils durch Satzung bestimmten Umfang erbracht.
- (2) Die auf Grund dieser Leistung notwendigen Verwaltungsausgaben sind aus den Einnahmen für die Leistungen zu finanzieren.

(3) Die entsprechenden Einnahmen, Leistungsaufwendungen und Verwaltungsausgaben werden in einem Sondervermögen getrennt von dem sonstigen Vermögen der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See verwaltet. Der Nachweis der Einnahmen und Ausgaben ist in einer Anlage zum Haushaltsplan der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See zu führen, die nicht des Verfahrens nach § 71 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, sondern der Genehmigung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bedarf.

§ 17

Vorlagefrist für die Haushaltspläne 2006

In Abänderung der Fristen nach § 70 Abs. 4 und § 71 Abs. 3 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch sind die Haushaltspläne der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See für das Jahr 2006 dem Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung spätestens zum 30. November 2005 vorzulegen. Der Haushaltsplan der Deutschen Rentenversicherung Bund kann bis zum 28. Februar 2006 beanstandet werden.

§ 18

Finanzierung der Träger der Rentenversicherung im Kalenderjahr 2005

- (1) Für das Kalenderjahr 2005 erfolgt die Finanzierung der Träger der Rentenversicherung weiterhin nach der am 31. Dezember 2004 geltenden Finanzverfassung. Das gilt insbesondere für die Finanzbeziehungen der Träger untereinander, mit dem Bund und mit Dritten nach den bis zum 31. Dezember 2005 in Kraft bleibenden Vorschriften. Der Übergang von der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zur allgemeinen Rentenversicherung bewirkt erst ab dem 1. Januar 2006 durch die dann nach Artikel 86 Abs. 5 in Kraft tretenden Vorschriften eine neue Finanzverfassung für diese Träger.
- (2) Wird in den bis zum 31. Dezember 2005 weitergeltenden Vorschriften von Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter gesprochen, gelten als solche bis zum 30. September 2005 die Landesversicherungsanstalten, die Bahnversicherungsanstalt und die Seekasse als Träger der allgemeinen Rentenversicherung. Wird in diesem Zeitraum vom Träger der Rentenversicherung der Angestellten gesprochen, gilt als solche die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte als Träger der allgemeinen Rentenversicherung. Vom 1. Oktober 2005 bis 31. Dezember 2005 gelten Satz 1 und 2 entsprechend für die Rechtsnachfolger der genannten Träger.
- (3) Als Rentenversicherung der Arbeiter gilt im Kalenderjahr 2005 die allgemeine Rentenversicherung, soweit sie von den Landesversicherungsanstalten, der Bahnversicherungsanstalt oder der Seekasse beziehungsweise deren Rechtsnachfolgern wahrgenommen wird. Als Rentenversicherung der Angestellten gilt im Kalenderjahr 2005 die allgemeine Rentenversicherung, soweit sie von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder deren Rechtsnachfolger wahrgenommen wird.

§ 19

Weiterleitung von Beiträgen im Jahr 2005

Für das Kalenderjahr 2005 teilt der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger den Einzugsstellen die nach § 28k Abs. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch in der ab dem 1. Januar 2005 geltenden Fassung zuständigen Träger der Rentenversicherung und deren Beitragsanteil unverzüglich nach Inkrafttreten dieses Gesetzes mit.

§ 20

Zuständigkeit der Träger der Rentenversicherung bis zur Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

- (1) Bis zum 30. September 2005 tritt in Vorschriften, die durch das Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2005 geändert worden sind, an die Stelle der Deutschen Rentenversicherung Bund die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.
- (2) Bis zum 30. September 2005 tritt in Vorschriften, die durch das Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2005 geändert worden sind, an die Stelle der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See die Bundesknappschaft.

§ 21

Information über die Organisationsreform

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger informiert gemeinsam mit den Trägern der Rentenversicherung die Versicherten sowie die Rentnerinnen und Rentner zum Inkrafttreten dieses Gesetzes über die wesentlichen mit der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung verbundenen Neuregelungen, insbesondere über die neue Versichertenzuordnung.

Artikel 84

Gesetz

zur Abgaben- und Gerichtskostenbefreiung im Rahmen der Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung

§ 1

Kosten bei Errichtung der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

(1) Für die aus Anlass der Umbenennung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Eingliederung des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie der Umbenennung der Bundesknappschaft und der Eingliederung der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse in die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See erforderlichen Rechts- und Amtshandlungen werden Abgaben und Gerichtskosten nach dem Ersten Teil der Kostenordnung nicht erhoben.

(2) Die Abgaben- und Gerichtskostenfreiheit ist von der zuständigen Stelle ohne Nachprüfung anzuerkennen, wenn die Deutsche Rentenversicherung Bund oder die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See bestätigt, dass die Maßnahme der Durchführung dieses Gesetzes dient.

§ 2

Kosten bei der Vereinigung von Regionalträgern

§ 1 gilt entsprechend für die Vereinigung von Regionalträgern gemäß den §§ 141 und 142 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch. Die Abgaben- und Gerichtskostenfreiheit ist von der zuständigen Stelle ohne Nachprüfung anzuerkennen, wenn der neue Regionalträger bestätigt, dass die Maßnahme der Vereinigung dient.

Artikel 85

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf den Artikeln 13, 17, 20, 27, 42, 44, 55, 57 bis 59, 63 bis 67, 71 bis 76 und 78 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 86

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft, soweit in den folgenden Absätzen nichts Abweichendes bestimmt ist.
- (2) Artikel 75 Nr. 3 Buchstabe b tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft.
- (3) Artikel 83 § 19 und § 21 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (4) Artikel 1 Nr. 1 in Buchstabe a die Angaben zu den §§ 131, 138 bis 140 Buchstabe f und g und in Buchstabe i die Angabe zu § 274c Nr. 3 Buchstabe a, Nr. 13, Nr. 14, Nr. 15 Buchstabe b, Nr. 16, in Nr. 17 die §§ 125 Abs. 1 Satz 2, §§ 131, 138, 139 und 140, Nr. 19 bis Nr. 21, Nr. 24, Nr. 31, Nr. 47, Nr. 55 Buchstabe a bis c und f, Nr. 56 bis Nr. 57, in Nr. 59 der § 274c Abs. 2 bis 6, Nr. 71 Buchstabe a, c und d und Nr. 72, Artikel 2, Artikel 3 Nr. 1, Artikel 4 Nr. 1, Artikel 5 Nr. 2, Nr. 3, Nr. 5, Nr. 7, Nr. 9, Nr. 13, Nr. 15, Nr. 17 bis Nr. 22, Nr. 23 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb, Nr. 24 bis Nr. 36, Nr. 39 bis Nr. 40, Nr. 41 Buchstabe b und Nr. 43, Artikel 6 Nr. 1 bis Nr. 4, Nr. 6 bis Nr. 16, Nr. 18, Nr. 20, Nr. 21, Nr. 22 Buchstabe b, Nr. 25 bis Nr. 27, Nr. 28 Buchstabe b und Nr. 29, Artikel 7, Artikel 8, Artikel 9 Nr. 1 bis Nr. 4, Artikel 10 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 bis Nr. 6, Artikel 11, Artikel 13, Artikel 14, Artikel 16 Nr. 2, Artikel 17, Artikel 20 Nr. 1, Nr. 2 Buchstabe a und Nr. 3, Artikel 21, Artikel 26, Artikel 27, Artikel 28, Artikel 30 Nr. 4 und Nr. 5, Artikel 35, Artikel 38, Artikel 39 Nr. 4, Artikel 42, Artikel 44 Nr. 1 bis Nr. 19, Nr. 21, Nr. 22 Buchstabe a, Nr. 23 und Nr. 25 bis Nr. 29, Artikel 48 Nr. 4 und Nr. 6, Artikel 49, Artikel 51, Artikel 53, Artikel 54 Nr. 2 bis Nr. 5, Artikel 55, Artikel 56, Artikel 58, Artikel 59, Artikel 60, Artikel 61, Artikel 62 Nr. 2, Artikel 63 Nr. 2, Artikel 64, Artikel 65 Nr. 1, Nr. 2, Nr. 3 Buchstabe b, Nr. 4, Nr. 7 und Nr. 8, Artikel 66, Artikel 67, Artikel 68, Artikel 70, Artikel 75 Nr. 3 Buchstabe a und c, Artikel 76 Nr. 2 und Nr. 7, Artikel 78 Nr. 1, Artikel 79, Artikel 80, Artikel 81, Artikel 82 und Artikel 84 treten am 1. Oktober 2005 in Kraft.
- (5) Artikel 1 Nr. 1 Buchstabe c bis e, Nr. 15 Buchstabe c und d, Nr. 41 bis Nr. 46, Nr. 51, Nr. 63 bis Nr. 65, Nr. 67 und Nr. 70, Artikel 5 Nr. 10, Artikel 44 Nr. 20, Nr. 22 Buchstabe b und Nr. 24, Artikel 72, Artikel 73, Artikel 75 Nr. 5 und Artikel 78 Nr. 2 treten am 1. Januar 2006 in Kraft.
- (6) Das Gesetz zur Abgaben- und Gerichtskostenbefreiung im Rahmen der Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung tritt am 31. Dezember 2010 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung Ulla Schmidt

Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

(860-7)

Das Siebte Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Unfallversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBI. I S. 1254), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3242), wird wie folgt geändert:

- 1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 98 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 98 Anrechnung anderer Leistungen".
 - b) Nach der Angabe zu § 129 wird folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 129a Zuständigkeit bei gemeinsamer Beteiligung von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden an Unternehmen".
 - Nach der Angabe zu § 218c wird folgende Angabe eingefügt:
 - "§ 218d Besondere Zuständigkeiten".
- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Nr. 10 wird wie folgt gefasst:
 - "10. Personen, die
 - a) für Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder deren Verbände oder Arbeitsgemeinschaften, für die in den Nummern 2 und 8 genannten Einrichtungen oder für privatrechtliche Organisationen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung von Gebietskörperschaften ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen,
 - b) für öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen oder für privatrechtliche Organisationen im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung, in besonderen Fällen mit schriftlicher Genehmigung von öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen,".

- b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach Nummer 2 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 3 angefügt:
 - "3. Personen, die
 - a) eine Tätigkeit bei einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Organisation
 ausüben und deren Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst während
 dieser Zeit ruht. Der Versicherungsschutz
 erstreckt sich auch auf Unfälle oder
 Krankheiten, die infolge einer Verschleppung oder einer Gefangenschaft eintreten
 oder darauf beruhen, dass der Versicherte aus sonstigen mit seiner Tätigkeit zusammenhängenden Gründen, die er nicht
 zu vertreten hat, dem Einflussbereich seines Arbeitgebers entzogen ist,
 - b) als Lehrkräfte vom Auswärtigen Amt durch das Bundesverwaltungsamt an Schulen im Ausland vermittelt worden sind."
- In § 3 Abs. 1 werden nach Nummer 2 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 3 und 4 angefügt:
 - "3. Personen, die
 - a) im Ausland bei einer staatlichen deutschen Einrichtung beschäftigt werden,
 - b) im Ausland von einer staatlichen deutschen Einrichtung anderen Staaten zur Arbeitsleistung zur Verfügung gestellt werden;

Versicherungsschutz besteht nur, soweit die Personen nach dem Recht des Beschäftigungsstaates nicht unfallversichert sind,

- 4. ehrenamtlich Tätige und bürgerschaftlich Engagierte."
- 4. In § 6 Abs. 1 werden nach Nummer 2 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 3 und 4 angefügt:
 - "3. gewählte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen,
 - 4. Personen, die in Verbandsgremien und Kommissionen für Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften sowie anderen selbständigen Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zielsetzung (sonstige Arbeitnehmervereinigungen) ehrenamtlich tätig sind oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen."

- 5. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach der Angabe "Nr. 11 Buchstabe a" ein Komma und die Angabe "Nr. 12" eingefügt.
 - b) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

"Versicherten nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 steht ein Ersatz von Sachschäden nur dann zu, wenn der Einsatz der infolge der versicherten Tätigkeit beschädigten Sache im Interesse des Hilfsunternehmens erfolgte, für das die Tätigkeit erbracht wurde. Die Sätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 12 sowie bei Versicherungsfällen nach § 8 Abs. 2."

6. Dem § 85 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

"Satz 1 findet keine Anwendung auf Versicherte nach § 3 Abs. 1 Nr. 3."

- 7. § 98 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"§ 98

Anrechnung anderer Leistungen".

- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:
 - "(3) Auf Geldleistungen, die nach § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und § 3 Abs. 1 Nr. 3 versicherten Personen wegen eines Körper-, Sach- oder Vermögensschadens nach diesem Buch erbracht werden, sind gleichartige Geldleistungen anzurechnen, die wegen desselben Schadens von Dritten gezahlt werden. Geldleistungen auf Grund privater Versicherungsverhältnisse, die allein auf Beiträgen von Versicherten beruhen, werden nicht angerechnet."
- 8. § 114 Abs. 3 Nr. 1 wird wie folgt gefasst:
 - "1. Satzungen über die Erstreckung des Versicherungsschutzes auf Personen nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3,".
- In § 125 Abs. 1 werden nach Nummer 7 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummern 8 und 9 angefügt:
 - "8. für Personen, die nach § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 versichert sind.
 - 9. für Personen, die nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 versichert sind."
- 9a. § 128 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 1 wird eingefügt:
 - "1a. für Unternehmen, die in selbständiger Rechtsform betrieben werden und an denen das Land
 - a) unmittelbar oder mittelbar überwiegend beteiligt ist oder
 - b) auf deren Organe es einen ausschlaggebenden Einfluss hat,".

- bb) Nach Nummer 10 werden der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 11 angefügt:
 - "11. für Versicherte nach § 3 Abs. 1 Nr. 4."
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

Die Angabe "Absatz 1 Nr. 6, 7 und 9" wird ersetzt durch die Angabe "Absatz 1 Nr. 6, 7, 9 und 11".

- c) Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.
- 9b. § 129 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 Nr. 1 wird eingefügt:
 - "1a. für Unternehmen, die in selbständiger Rechtsform betrieben werden und an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände
 - a) unmittelbar oder mittelbar überwiegend beteiligt sind oder
 - b) auf deren Organe sie einen ausschlaggebenden Einfluss haben,".
 - b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.
 - c) In Absatz 4 wird die Verweisung "Absatz 3" durch die Verweisung "Nr. 1a" ersetzt.
- 9c. Nach § 129 wird eingefügt:

"§ 129a

Zuständigkeit bei gemeinsamer Beteiligung von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden an Unternehmen

- (1) Zur Feststellung der Voraussetzungen für die Zuständigkeit von Unfallversicherungsträgern im Landesbereich oder im kommunalen Bereich sind Beteiligungen von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden an Unternehmen, die in selbständiger Rechtsform betrieben werden, zusammenzurechnen.
- (2) Bei einer gemeinsamen Beteiligung von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden an Unternehmen richtet sich die Zuständigkeit nach der mehrheitlichen Beteiligung.
- (3) Bei gleicher Beteiligung von Bund und Ländern sowie bei gleicher Beteiligung von Bund und Gemeinden oder Gemeindeverbänden erfolgt die Festlegung der Zuständigkeit im gegenseitigen Einvernehmen. Das Einvernehmen ist herzustellen zwischen der jeweils nach Landesrecht zuständigen Stelle und dem Bund; § 125 Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, ist der Unfallversicherungsträger im Landesbereich oder im kommunalen Bereich zuständig.
- (4) Bei gleicher Beteiligung von Ländern erfolgt die Festlegung der Zuständigkeit im gegenseitigen Einvernehmen der nach Landesrecht zuständigen Stellen.
- (5) Bei gleicher Beteiligung von Ländern und Gemeinden oder Gemeindeverbänden erfolgt die Festlegung der Zuständigkeit im gegenseitigen Einvernehmen durch die jeweils nach Landesrecht zuständige Stelle.

- (6) Die Absätze 1 bis 5 gelten hinsichtlich des gemeinsamen ausschlaggebenden Einflusses von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf die Organe des Unternehmens entsprechend."
- 10. § 135 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:
 "Die Versicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 geht der Versicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 vor."
 - b) Dem Absatz 7 wird folgender Satz angefügt: "Die Versicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 geht der Versicherung nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 vor."
- In § 136 Abs. 3 werden nach Nummer 4 der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 5 angefügt:
 - "5. bei nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe a oder b Versicherten, die für eine privatrechtliche Organisation ehrenamtlich tätig werden oder an Ausbildungsveranstaltungen für diese Tätigkeit teilnehmen, die Gebietskörperschaft oder öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft, in deren Auftrag oder mit deren Zustimmung die Tätigkeit erbracht wird."
- 12. § 154 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird nach den Wörtern "der freiwillig Versicherten" die Angabe "nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2" eingefügt.
 - b) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt: "Für die Berechnung der Beiträge der freiwillig Versicherten nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 und 4 gilt § 155 entsprechend."
- 12a. § 185 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe "§ 128 Abs. 1 Nr. 2 bis 9" durch die Angabe "§ 128 Abs. 1 Nr. 2 bis 9 und 11" ersetzt.

- In Satz 2 wird die Angabe "§ 128 Abs. 1 Nr. 6, 7 und 9" durch die Angabe "§ 128 Abs. 1 Nr. 6, 7, 9 und 11" ersetzt.
- 13. § 186 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe "7" die Angabe "und 8" eingefügt.
 - b) In Satz 3 werden der Punkt am Ende des Satzes gestrichen und folgender Halbsatz angefügt:
 - "und die Aufwendungen für die Versicherung nach § 125 Abs. 1 Nr. 9 die jeweils zuständige Dienststelle des Bundes."
- 14. Nach § 218c wird folgender § 218d eingefügt:

"§ 218d

Besondere Zuständigkeiten

- (1) Die Regelungen über die Zuständigkeit für selbständige Unternehmen der öffentlichen Hand in § 128 Abs. 1 Nr. 1a, § 129 Abs. 1 Nr. 1a und § 129a treten am 31. Dezember 2009 außer Kraft, soweit nicht bis zu diesem Zeitpunkt durch Gesetz etwas anderes geregelt ist. Im Falle des Außerkrafttretens gelten ab 1. Januar 2010 die §§ 128, 129 in der am 31. Dezember 2004 geltenden Fassung.
- (2) Für Unternehmen nach § 128 Abs. 1 Nr. 1a oder § 129 Abs. 1 Nr. 1a, die am 31. Dezember 2004 bestanden haben, bleiben abweichend von §§ 128, 129 und § 129a die Unfallversicherungsträger zuständig, die an diesem Tag zuständig waren, wenn bis zum 13. Oktober 2004 ein Antrag nach § 128 Abs. 4 oder § 129 Abs. 3 auf Übernahme in die Zuständigkeit eines Unfallversicherungsträgers der öffentlichen Hand nicht gestellt war."

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung Ulla Schmidt

Siebentes Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes (7. SGGÄndG)

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 0

Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch

(860-10-1)

In § 64 Abs. 3 Satz 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBI. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3242) geändert worden ist, wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: "§ 197a des Sozialgerichtsgesetzes bleibt unberührt."

Artikel 1

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBI. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3220), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird in

"Erster Teil

Gerichtsverfassung"

wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe

"Vierter Abschnitt Bundessozialgericht §§ 38 bis 50" wird eingefügt:

"Fünfter Abschnitt Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte §§ 50a bis 50d".

- b) In der bisherigen Angabe "Fünfter Abschnitt" wird die Angabe "Fünfter" durch die Angabe "Sechster" ersetzt.
- 2. Dem § 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
 - "Sie kann nach Maßgabe des Fünften Abschnitts auch durch besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und Oberverwaltungsgerichte ausgeübt werden."
- 3. § 10 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Bei den Sozialgerichten werden Kammern für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des so-

zialen Entschädigungsrechts (Recht der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden) und des Schwerbehindertenrechts gebildet."

- 4. Dem § 11 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Bei dem Sozialgericht und bei dem Landessozialgericht können auf Lebenszeit ernannte Richter anderer Gerichte für eine bestimmte Zeit von mindestens zwei Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamts, zu Richtern im Nebenamt ernannt werden."
- 5. Dem § 12 wird folgender Absatz 5 angefügt:
 - "(5) In den Kammern für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber mit. In den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes wirken ehrenamtliche Richter aus den Vorschlagslisten der Kreise und der kreisfreien Städte mit."
- 5a. In § 13 Abs. 4 werden nach den Wörtern "der Arbeitsförderung," die Wörter "der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes" eingefügt.
- Dem § 14 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:
 - "(4) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende mitwirken, werden von den in Absatz 1 Genannten aufgestellt.
 - (5) Die Vorschlagslisten für die ehrenamtlichen Richter, die in den Kammern für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes mitwirken, werden von den Kreisen und den kreisfreien Städten aufgestellt."
- 6a. In § 17 Abs. 3 werden nach den Wörtern "Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigung" das Wort "und" durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern "Bundesagentur für Arbeit" die Wörter "und der Kreise und kreisfreien Städte" eingefügt.
- 7. § 31 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Bei den Landessozialgerichten werden Senate für Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung einschließlich der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, für Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie für Angelegenheiten des sozialen Entschädigungsrechts und des Schwerbehindertenrechts gebildet."

- 7a. § 46 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden nach dem Wort "Arbeitsförderung" die Wörter "sowie der Grundsicherung für Arbeitsuchende" eingefügt.
 - b) Dem Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Die ehrenamtlichen Richter für die Senate für Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes werden auf Vorschlag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände berufen."
- Nach dem Vierten Abschnitt wird folgender Fünfter Abschnitt eingefügt:

"Fünfter Abschnitt

Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte

§ 50a

Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass die Sozialgerichtsbarkeit

- in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes,
- in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende

durch besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte und der Oberverwaltungsgerichte ausgeübt wird. Die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Besetzung der Spruchkörper gelten entsprechend, soweit sich aus den Vorschriften dieses Abschnitts nichts anderes ergibt.

§ 50b

Die Berufsrichter der besonderen Spruchkörper sind Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit und werden nach den hierfür geltenden Vorschriften ernannt. Sie können Mitglied mehrerer besonderer und allgemeiner Spruchkörper der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit sein.

§ 50c

Das Präsidium des Verwaltungsgerichts oder des Oberverwaltungsgerichts bestimmt die Zahl und die Besetzung der besonderen Spruchkörper, regelt die Vertretung und verteilt die Geschäfte.

§ 50d

- (1) Aus dem Kreis der für das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht nach den §§ 21 bis 29 der Verwaltungsgerichtsordnung gewählten ehrenamtlichen Richter beruft das Präsidium des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts die ehrenamtlichen Richter.
 - (2) § 23 findet keine Anwendung."
- Der bisherige "Fünfte Abschnitt" wird "Sechster Abschnitt".
- 10. § 51 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:
 - "4a. in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende,".
 - b) Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 6a eingefügt:

- "6a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes,".
- 11. Nach § 51 wird folgender § 52 eingefügt:

"§ 52

Ist ein Landesgesetz nach § 50a erlassen, treten für den betroffenen Bereich die besonderen Spruchkörper der Verwaltungsgerichte an die Stelle der Sozialgerichte und die besonderen Spruchkörper des Oberverwaltungsgerichts an die Stelle des Landessozialgerichts. Über das Rechtsmittel der Revision und die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision entscheidet das Bundessozialgericht."

- 12. § 57 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern "Örtlich zuständig ist das Sozialgericht" die Wörter "oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht," eingefügt.
 - b) In Absatz 3 werden nach dem Wort "Sozialgericht" die Wörter "oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht," eingefügt.
- 13. Dem § 60 wird folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Für das Verfahren vor den besonderen Spruchkörpern der Verwaltungsgerichte und der Oberverwaltungsgerichte gilt § 54 der Verwaltungsgerichtsordnung."
- 14. § 85 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 werden nach den Wörtern "Bundesagentur für Arbeit" die Wörter "mit Ausnahme der Angelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch" eingefügt und der Punkt durch ein Komma ersetzt.
 - b) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefünt:
 - "4. in Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung die Selbstverwaltungsbehörde, soweit nicht durch Gesetz anderes bestimmt wird."
 - c) Nach Satz 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Abweichend von Satz 1 Nr. 1 ist in Angelegenheiten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch der zuständige Träger, der den dem Widerspruch zugrunde liegenden Verwaltungsakt erlassen hat, auch für die Entscheidung über den Widerspruch zuständig; § 44b Abs. 3 Satz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt. Vorschriften, nach denen im Vorverfahren Ausschüsse oder Beiräte an die Stelle einer Behörde treten, bleiben unberührt. Die Ausschüsse oder Beiräte können abweichend von Satz 1 Nr. 1 auch bei der Behörde gebildet werden, die den Verwaltungsakt erlassen hat."

- 14a. In § 197a wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 eingefügt:
 - "(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Träger der Sozialhilfe, soweit sie an Erstattungsstreitigkeiten mit anderen Trägern beteiligt sind."
- 15. Nach § 205 wird folgender § 206 eingefügt:

"§ 206

- (1) Auf Verfahren in Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes, die nicht auf die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit übergehen, ist § 188 der Verwaltungsgerichtsordnung in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung anzuwenden.
- (2) Auf Verfahren, die am 1. Januar 2009 bei den besonderen Spruchkörpern der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit anhängig sind, sind die §§ 1, 50a bis 50 c und 60 in der bis zum 31. Dezember 2008 geltenden Fassung anzuwenden. Für einen Rechtsbehelf gegen Entscheidungen eines besonderen Spruchkörpers des Verwaltungsgerichts, die nach dem 31. Dezember 2008 ergehen, ist das Landessozialgericht zuständig."

Artikel 2

Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung

In § 188 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBI. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3220) geändert worden ist, werden die Wörter "der Sozialhilfe" durch die Wörter "in Angelegenheiten der Fürsorge mit Ausnahme der Angelegenheiten der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes" ersetzt.

Artikel 3

Weitere Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBI. I S. 2535), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

Die Angabe

"Fünfter Abschnitt Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte §§ 50a bis 50d" wird wie folgt gefasst:

- "Fünfter Abschnitt Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte §§ 50a bis 50c".
- 2. § 50d wird aufgehoben.
- 3. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe
 - "Fünfter Abschnitt Besondere Spruchkörper der Verwaltungsgerichte §§ 50a bis 50c" wird gestrichen.
 - b) In der bisherigen Angabe "Sechster Abschnitt" wird die Angabe "Sechster" durch die Angabe "Fünfter" ersetzt.
- 4. § 1 Satz 2 wird aufgehoben.
- 5. Der Fünfte Abschnitt wird aufgehoben; der bisherige "Sechste Abschnitt" wird "Fünfter Abschnitt".
- 6. § 52 wird aufgehoben.
- 7. In § 57 werden in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 3 Satz 1 die Wörter "oder, wenn ein Landesgesetz nach § 50a erlassen ist, das Verwaltungsgericht," gestrichen.
- 8. § 60 Abs. 4 wird aufgehoben.

Artikel 3a

Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

Artikel 38 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022) wird aufgehoben.

Artikel 4

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 am 1. Januar 2005 in Kraft.
- (2) Artikel 1 Nr. 1 bis 9 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
 - (3) Artikel 3 Nr. 1 und 2 tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.
 - (4) Artikel 3 Nr. 3 bis 8 tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung Ulla Schmidt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

Vom 9. Dezember 2004

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

Das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022), zuletzt geändert durch Artikel 21 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2004 (BGBI. I S. 3220), wird wie folgt geändert:

- 1. In Artikel 70 Abs. 2 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:
 - "Artikel 1 § 28 Abs. 2 tritt am 1. Januar 2004 in Kraft."
- 2. Artikel 1 § 28 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die Landesregierungen setzen durch Rechtsverordnung erstmals zum 1. Januar 2005 und dann zum 1. Juli eines jeden Jahres die Höhe der monatlichen Regelsätze im Rahmen der Rechtsverordnung nach § 40 fest."

Artikel 2

Weitere Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch

Artikel 1 des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBI. I S. 3022), geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

- In dem Inhaltsverzeichnis wird nach der Angabe "§ 133 Übergangsregelung für besondere Hilfen an Deutsche nach Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes" die Angabe "§ 133a Übergangsregelung für Hilfeempfänger in Einrichtungen" eingefügt.
- 2. § 35 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 - "Der notwendige Lebensunterhalt in Einrichtungen entspricht dem Umfang der Leistungen der Grundsicherung nach § 42 Satz 1 Nr. 1 bis 3."
 - b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 bis 5 angefügt:

- "(3) Der Träger der Sozialhilfe übernimmt für Leistungsberechtigte nach Absatz 2 Satz 2 die jeweils von ihnen bis zur Belastungsgrenze (§ 62 des Fünften Buches) zu leistenden Zuzahlungen in Form eines ergänzenden Darlehens (§ 37), sofern der Leistungsberechtigte nicht widerspricht. Die Auszahlung der für das ganze Kalenderjahr zu leistenden Zuzahlungen erfolgt unmittelbar an die zuständige Krankenkasse zum 1. Januar oder bei Aufnahme in eine stationäre Einrichtung. Der Träger der Sozialhilfe teilt der zuständigen Krankenkasse spätestens bis zum 1. November des Vorjahres die Leistungsberechtigten nach Absatz 2 Satz 2 mit, soweit diese der Darlehensgewährung nach Satz 1 für das laufende oder ein vorangegangenes Kalenderjahr nicht widersprochen haben.
- (4) In den Fällen des Absatzes 3 Satz 3 erteilt die Krankenkasse über den Träger der Sozialhilfe die in § 62 Abs. 1 Satz 1 des Fünften Buches genannte Bescheinigung jeweils bis zum 1. Januar oder bei Aufnahme in eine stationäre Einrichtung und teilt dem Träger der Sozialhilfe die Höhe der vom Leistungsberechtigten zu leistenden Zuzahlungen mit; Veränderungen im Laufe eines Kalenderjahres sind unverzüglich mitzuteilen.
- (5) Zum 1. Januar 2005 erteilt die Krankenkasse die in § 62 Abs. 1 Satz 1 des Fünften Buches genannte Bescheinigung abweichend von Absatz 4 unmittelbar an die Leistungsberechtigten nach Absatz 2 Satz 2; der Träger der Sozialhilfe teilt der zuständigen Krankenkasse diese Leistungsberechtigten spätestens bis zum 1. Januar 2005 mit."
- 3. Dem § 37 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:
 - "Die Rückzahlung von Darlehen nach § 35 Abs. 3 erfolgt in gleichen Teilbeträgen über das ganze Kalenderjahr."
- 4. In § 82 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 4 angefügt:
 - "(4) Lebt eine Person in einer teilstationären oder stationären Einrichtung, kann die Aufbringung der Mittel für Leistungen nach dem Dritten Kapitel von ihr verlangt werden, soweit Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt erspart werden. Darüber hinaus soll in angemessenem Umfang die Aufbringung der Mittel verlangt werden von Personen, die auf voraussichtlich längere Zeit der Pflege in einer Einrichtung bedürfen, solange sie nicht einen anderen überwiegend unterhalten."

5. Nach § 133 wird folgender § 133a eingefügt:

"§ 133a

Übergangsregelung für Hilfeempfänger in Einrichtungen

Für Personen, die am 31. Dezember 2004 einen Anspruch auf einen zusätzlichen Barbetrag nach § 21 Abs. 3 Satz 4 des Bundessozialhilfegesetzes haben, wird diese Leistung in der für den vollen Kalendermo-

nat Dezember 2004 festgestellten Höhe weiter erbracht."

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 2005 in Kraft.
- (2) Artikel 1 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 9. Dezember 2004

Für den Bundespräsidenten Der Präsident des Bundesrates Matthias Platzeck

> Der Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung Ulla Schmidt

Zehnte Verordnung zur Änderung der Bedarfsgegenständeverordnung*)

Vom 8. Dezember 2004

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft verordnet auf Grund

- des § 32 Abs. 1 Nr. 1 und 4 in Verbindung mit Abs. 3
 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes
 in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1997 (BGBI. I S. 2296), § 32 Abs. 3 zuletzt geändert durch Artikel 34 Nr. 4 der Verordnung vom
 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304), im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und
 Arbeit und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- und des § 44 Abs. 1 Nr. 2 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes:

Artikel 1

Die Bedarfsgegenständeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 1997 (BGBI. 1998 I S. 5), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 7. Januar 2004 (BGBI. I S. 31), wird wie folgt geändert:

- 1. Anlage 3 Abschnitt 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Vorbemerkung wird wie folgt gefasst:
 - "Der Abschnitt findet Anwendung auf
 - 1. Kunststoff,
 - 2. Lebensmittelbedarfsgegenstände mit Oberflächenbeschichtung,
 - 3. Klebstoffe.

Der Abschnitt findet keine Anwendung auf

 Behälter und Lagertanks mit einem Fassungsvermögen von mehr als 10 000 Litern sowie

- *) Diese Verordnung dient der Umsetzung folgender Richtlinien:
 - 2004/13/EG der Kommission vom 29. Januar 2004 zur Änderung der Richtlinie 2002/16/EG über die Verwendung bestimmter Epoxyderivate in Materialien und Gegenständen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen (ABI. EU Nr. L 27 S. 46),
 - 2004/21/EG der Kommission vom 24. Februar 2004 betreffend Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung von "Azofarbstoffen" (dreizehnte Anpassung der Richtlinie 76/769/EWG des Rates an den technischen Fortschritt) (ABI. EU Nr. L 57 S. 4).

- damit verbundene Rohrleitungen, sofern sie mit speziellen Beschichtungen (heavy duty coatings) versehen sind, und
- mit Oberflächenbeschichtungen versehene Lebensmittelbedarfsgegenstände oder Klebstoffe, sofern sie vor dem 1. März 2003 mit Lebensmitteln in Kontakt gekommen sind.

Im Falle des Satzes 2 Nr. 2 dürfen diese Materialien und Gegenstände weiter in den Verkehr gebracht werden, wenn das Datum der Abfüllung auf ihnen angegeben ist. Das Datum der Abfüllung nach Satz 3 kann jedoch durch eine andere Angabe ersetzt werden, sofern diese die Ermittlung des Datums der Abfüllung ermöglicht; auf Nachfrage ist das Datum der Abfüllung den zuständigen Behörden mitzuteilen."

- b) In der Tabelle zu Position "PM/REF-Nr. 13510" wird in Spalte 4 die Angabe "darf BADGE nur noch bis zum 31. Dezember 2004" durch die Angabe "darf BADGE nur noch bis zum 31. Dezember 2005" ersetzt.
- 2. Anlage 10 Nr. 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Spalte 3 wird wie folgt gefasst:

"Analysenmethode, die im Anhang I Nr. 43 der Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen (ABI. EG Nr. L 262 S. 201), geändert durch die Richtlinie 2004/21/EG der Kommission vom 24. Februar 2004 (ABI. EU Nr. L 57 S. 4), genannt ist."

b) Die Fußnote 3 wird gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 8. Dezember 2004

Die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast Herausgeber: Bundesministerium der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. - Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 9,45 \in (8,40 \in zuzüglich 1,05 \in Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 10,05 \in .

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mbH. \cdot Postfach 10 05 34 \cdot 50445 Köln Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung der Umrechnungsfaktoren

Vom 9. Dezember 2004

für den Versorgungsausgleich in der Rentenversicherung

Auf Grund des § 187 Abs. 3 Satz 2 und des § 281a Abs. 3 Satz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBI. I S. 754, 1404, 3384), die durch Artikel 208 Nr. 1 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBI. I S. 2304) geändert worden sind, wird bekannt gemacht:

Die auf Grund des vorläufigen Durchschnittsentgelts und des Beitragssatzes für das Jahr 2005 berechneten Faktoren betragen im Jahr 2005

1. in der allgemeinen Rentenversicherung für die Umrechnung

a) von Entgeltpunkten in Beiträge 5765,9550, von Entgeltpunkten (Ost) in Beiträge 4851,4556,

b) von Beiträgen, Barwerten, Deckungskapitalien und vergleichbaren Deckungsrücklagen in Entgeltpunkte 0,0001734318, von Beiträgen in Entgeltpunkte (Ost) 0,0002061237,

2. in der knappschaftlichen Rentenversicherung für die Umrechnung

a) von Entgeltpunkten in Beiträge 7658,3710, von Entgeltpunkten (Ost) in Beiträge 6443,7282, b) von Beiträgen in Entgeltpunkte 0,0001305761, von Beiträgen in Entgeltpunkte (Ost) 0,0001551897.

Bonn, den 9. Dezember 2004

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung Im Auftrag Peter Ridder